

Klima Katastrophe Kapitalismus

Ausgabe Nr. 62, 11. Januar 2022



Weltweit steigt der Meeresspiegel, Gletscher schmelzen, extreme Wetterlagen wie Dürre und Fluten nehmen zu, Hitzeperioden belasten Natur und Mensch, Regenwälder werden irreparabel zerstört, das Ökosystem verliert sein Gleichgewicht. Die Auswirkungen des so genannten Klimawandels sind längst nicht mehr abstrakte Schreckgespenster. Die Lebensgrundlage vieler Menschen im globalen Süden wird zerstört, aber auch die Auswirkungen innerhalb der kapitalistischen Zentren lassen sich – trotz entschlossener Versuche – kaum noch leugnen. Die internationale Gemeinschaft scheint das Thema „Klimakrise“ zwischenzeitlich auf alle möglichen Verhandlungstische zu bringen. Kriegen wir die drohende Katastrophe jetzt gemeinsam in den Griff? Die Realität sieht leider anders aus: Die ohnehin nicht sonderlich ambitionierten und eher investitionsstrategisch motivierten Klimaziele werden seit Jahren verfehlt und immer wieder neu angepasst, auf nationaler wie internationaler Ebene scheitert ein Klimaabkommen nach dem anderen. Just nach der Flutkatastrophe, die letzten Sommer viele Menschenleben kostete, vermeldete das Bundesumweltministerium, die Klimaziele für 2030, 2040 und die Klimaneutralität seien nicht zu erreichen. Und der im August 2021 erschienene IPCC-Klimabericht macht deutlich, mit welchen Szenarien wir es in Zukunft zu tun haben werden, aller halbherziger Versuche zum Trotz.

Dass sich das Problem nicht in die Peripherie verlagern lässt, führt jedoch nicht dazu, der Klimakrise energisch entgegenzutreten. Vielmehr wird bereitwillig geglaubt, ein „grüner Kapitalismus“ könne eine Lösung bieten. Klimaschutz in den Industrienationen verbindet sich vorzüglich konsumorientiert mit bürgerlichem Lifestyle, individualisierend mit neoliberalen Mindsets und funktional mit kapitalistischer Suche nach neuen Verwertungsfeldern. Er bleibt Kosmetik und kratzt allenfalls an der Oberfläche des Systems. Nicht in den Blick genommen werden strukturelle Zusammenhänge, soziale Ungleichheiten und vor allem die Bedürfnisse des Kapitals, sich gerade in krisenhaften Zeiten beständig verwerten zu müssen.

Dabei trifft auch die Klimakrise diejenigen am härtesten, die am wenigsten zu ihr beitragen. Während sich Reiche in ihren klimatisierten SUVs bewegen und ihren Tätigkeiten in wohltemperierten Büros und Appartements nachgehen, verlieren andernorts Menschen ihre Lebensgrundlage. Die Zerstörung der Umwelt im globalen Süden für die Kapitalakkumulation auf Kosten der dort lebenden Bevölkerung zeigt die Verschränkung der Klimafrage mit sozialen Belangen und die gesellschaftlichen Widersprüche besonders drastisch. Im systemimmanenten Zwang nach neuen Verwertungsmöglichkeiten kann auf Bedürfnisse von Menschen ebenso wenig Rücksicht genommen werden wie auf solche der Natur.

Doch der Widerstand wird sichtbar: Fridays for future ist heute die größte soziale Bewegung der

Welt, in Deutschland führen Aktivist*innen Waldbesetzungen durch, die Zapatistas aus Mexiko erhalten über ihre lokalen Kämpfe hinaus international Aufmerksamkeit. Angesichts eines bürgerlichen Klimaschutzes kann es aus einer radikal linken Perspektive nicht mehr allein um Sensibilisierung gehen, es braucht eine der Realität entsprechende Dramatisierung der Situation und eine Radikalisierung in der inhaltlichen Auseinandersetzung. Das Ziel muss schließlich die umfassende Transformation weg vom Kapitalismus sein.

Wir fragen mit dieser Ausgabe: Wie müssen linke, antikapitalistische, revolutionäre Positionen zur Klimakrise aussehen, gerade auch in Abgrenzung zum bürgerlichen Umweltschutz? Welche Verschränkungen von Klasse und Klimawandel sind auszumachen? Was bedeutet Klimawandel für globale Armut und die Lebenssituation der unteren Klassen? Welche Möglichkeiten bieten die aktivistischen Gruppierungen lokal wie global, den Kampf gegen Klimawandel nicht mit, sondern gegen die herrschenden Klassen zu führen? Wie kann der Kampf gegen Klimawandel mit anderen Befreiungskämpfen verbunden werden?

In der Ausgabe #63 von kritisch-lesen.de im April 2022 geht es dann gleich um die nächste Krise, die kapitalistische Lebensweisen für uns parat halten: Das Pandemische Zeitalter.

Viel Spaß beim kritischen Lesen!

„Schlagkraft mit gemeinsamer Stoßrichtung“



Interview mit Lina und Louis vom Antikapitalistischen Klimatreffen München

Im Klimakampf muss der Klassenkampf mitgedacht werden. Was vielerorts als Interessenskonflikt diskutiert wird, ist im Grunde der Kampf gegen das gleiche Problem.

kritisch-lesen.de: Könnt ihr eure Gruppe kurz vorstellen? Warum habt ihr euch gegründet?

Lina: Wir sind das Antikapitalistische Klimatreffen München, ein offenes Treffen für alle Menschen, die sich gegen den Klimawandel engagieren möchten. Uns war bei unserer Gründung vor ungefähr zweieinhalb Jahren sehr wichtig, die Lücke zwischen Klassenkämpfen und Klimakämpfen zu schließen. Gleichzeitig möchten wir uns theoretisch weiterbilden; sowohl Menschen, die bei uns organisiert sind, als auch die Klimabewegung. Wir wollen Theorie und Praxis vereinen, indem wir beispielsweise Aktionen des sogenannten zivilen Ungehorsams durchführen und unsere Positionen in die Klimabewegung, aber auch in die Linke tragen. Das Antikapitalistische Klimatreffen München machte eine erste Aktion nach einem Klimastreik von Fridays for Future, wo wir uns mit einem antikapitalistischen Block beteiligt hatten, und seitdem machen wir Praxisarbeit in München. Es gibt mittlerweile in neun verschiedenen Städten ein Klimatreffen. Mit denen sind wir gut vernetzt und versuchen, unseren Ansatz auch bundesweit weiterzuentwickeln. Vor allem nach großen Mobilisierungen, wie Klimastreiks, wo wir eigene Blöcke machen oder nach unserer Beteiligung am „Smash IAA“-Bündnis (Bündnis gegen die Internationale Automobilausstellung, kurz IAA, die 2021 in München stattfand, Anm. Red.), hatten wir stetigen Zuwachs. Dadurch werden wir immer handlungsfähiger.

Wie sehen eure Aktionen denn aus?

Louis: Das kann sehr unterschiedlich sein. Dadurch, dass wir ein offenes Treffen sind, haben wir natürlich nur begrenzte Möglichkeiten, Risiken einzugehen. Unsere Aktionen reichen vom Organisieren von Demos, über Flyer verteilen vor Betrieben zu Bannern, die im Stadtbild aufgehängt werden oder ähnliches. Wir haben ein relativ breites Spektrum an Aktionsformen, das ist uns wichtig. Und es ist wichtig, immer wieder ein niederschwelliges Angebot zu schaffen, bei diesen Aktionsformen aktiv dabei zu sein.

Ihr habt einleitend gesagt, dass es euch wichtig ist, das Thema Klasse und Klassenkämpfe bei Klimafragen mitzudenken. Entsprechend habt ihr euch mit den Kämpfen der Bosch-Beschäftigten solidarisiert. Worum ging es da?

Lina: Bosch will das Werk in München schließen, um sich grün zu waschen. Es wird behauptet, das Werk sei nicht mehr haltbar, da die dort produzierten Verbrenner Teile nicht mit Nachhaltigkeit vereinbar wären. Aber eigentlich will Bosch die Produktion der genau gleichen Teile in Billiglohnländer wie Brasilien oder Tschechien verlagern. Die Forderungen der Kampagne Klimaschutz und Klassenkampf und der Beschäftigten ist eine Konversion des Werkes zur Produktionsstätte von klimafreundlichen und gesellschaftlich nützlichen Produkten statt Autoteilen. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz haben wir dem Unternehmen eine Petition übergeben, die mehr als die Hälfte der Beschäftigten unterzeichnet hatten. Auch eine Demonstration haben wir organisiert.

Und was ist dann passiert?

Lina: Klar, die Forderungen wurden nicht erfüllt. Es ist nicht das dabei herausgekommen, was wir wollten. Das haben wir auch nicht so schnell erwartet. Aber wir haben es trotzdem geschafft, ein Symbol zu setzen und sowohl der Klimabewegung als auch den Beschäftigten zu zeigen, dass es möglich ist, gemeinsame Sache zu machen. So etwas hat es noch nie gegeben in Deutschland. Jetzt, da die Schließung immer näher rückt und auch schon die Teilschließung offiziell von der Konzernleitung in Verhandlungen mit dem Betriebsrat vorgeschlagen wurde, gilt es zu schauen, was man für die Beschäftigten akut rausholen kann. Wir bekommen immer noch viele Anfragen für Vorträge, von Zeitungen und Klima-Gruppen. Gruppen, die auch in ihren Städten schauen, ob es vergleichbare Kämpfe gibt.

Es ist eine häufig bemühte Erzählung, dass die Klimarettung mit der ausgebeuteten Klasse nicht zu machen ist, weil sie auf ihrem Rücken stattfindet. Was sind eure Beobachtungen und was wäre eure Entgegnung auf diesen Widerspruch?

Lina: Uns ist sehr wichtig, zu sagen, dass die Beschäftigten nicht verantwortlich für die Klimakrise sind und die Klimabewegung nicht verantwortlich dafür ist, dass die Beschäftigten ihren Job verlieren. Das ist eine Spaltung, die ganz bewusst von oben gemacht wird, damit keine gemeinsame Schlagkraft entstehen kann. Denn natürlich, wenn sich die Klimabewegung und die Beschäftigten, sei es in Autokonzernen oder in Kohlekonzernen zusammenschließen, entsteht eine massive Schlagkraft, wirklich Dinge durchzusetzen. Die Spaltung ist also sehr im Interesse des Kapitals, wird sogar aktiv betrieben. Unsere Antwort ist ganz klar: Wir müssen gemeinsam kämpfen und diese Spaltung überwinden, um wirklich handlungsfähig zu sein. Es war bei Bosch unser großes Ziel, zu sagen: Hey, wir müssen uns nicht gegeneinander ausspielen lassen. Wir sind nicht vor das Werk gezogen und haben ihnen gesagt: Ihr seid schuld daran, dass es den Klimawandel gibt. Sondern wir haben sie gefragt: Wollen wir nicht zusammen dafür kämpfen, dass in diesem Werk sinnvollere Sachen produziert werden? Wir haben den Beschäftigten dort zeigen können, dass wir nicht ihr Feind sind. Das haben wir auch beim Flyern vor dem BMW-Werk oder bei der IAA gemacht. Damit haben wir in die Gewerkschaften eingewirkt und gleichzeitig der Klimabewegung gezeigt, dass man Aktionen machen kann, die sich nicht gegen Beschäftigte richten. Das ist unser Kernthema, das wir in allen unseren Aktionen mitdenken.

Louis: Wichtig ist nicht nur, dass diese extreme Schlagkraft entsteht, sondern dass es eine Schlagkraft mit gemeinsamer Stoßrichtung ist. Die Kraft, die sich da entwickelt, entwickelt sich gegen die Kapitalist:innen, die tagtäglich unsere Klasse ausbeuten. Und die Klimabewegung richtet sich ja auch gegen diejenigen, die im Streben nach Profit eben solche Produktionsverhältnisse schaffen, die Mensch und Natur ausbeuten.

Wenn ihr mit Beschäftigten in den Dialog geht, was wird euch da entgegnet? Schlägt euch viel Skepsis entgegen?

Lina: Bei Bosch hatten wir supergute Dialoge. Anfangs waren viele ziemlich skeptisch und hatten dieses Bild im Kopf: Wegen denen verlieren wir unseren Job. Das konnten wir schnell auflösen. Wir hatten dann tolle Gespräche mit den Beschäftigten, die eben auch erkannt haben, dass Bosch nicht wirklich Klimaschutz betreiben, sondern reine Profitinteressen durchsetzen und die Produktion nur verlagern möchte. Natürlich besteht dieser Widerspruch einer Transformation im Kapitalismus. Die Transformation hin zu E-Autos bedeutet nämlich tatsächlich, dass Beschäftigte hier ihre Jobs verlieren. Sie hat nicht zur Folge, dass keine Verbrenner mehr produziert werden, sondern die Produktion wird eben in Billiglohnländer verlagert, wie es jetzt bei Bosch der Fall ist. Abgesehen davon, dass E-Autos für das Klima auch nicht eben sinnvoll sind, werden auch noch die Verbrenner weiterproduziert. Und die Produktion von E-Autos benötigt weitaus weniger Menschen als die eines Verbrenners. Diese Jobs gehen verloren durch die Umstellung. So entsteht natürlich Angst. In gemeinsamen Gesprächen können wir wenigstens diese gegenseitige Schuldzuweisung überwinden. Das waren zumindest unsere Erfahrungen bei Bosch.

Louis: Bei Bosch standen wir wirklich wochenlang fast täglich vor dem Werk. Damit haben wir

klar den Eindruck hinterlassen, dass uns die Beschäftigten überhaupt nicht egal sind.

Ihr sagt ja selbst, dass es nicht nur darum geht, aufzuzeigen, wer für die Krise verantwortlich ist. Was entgegnet ihr, wenn die reale Sorge des Jobverlusts formuliert wird, habt ihr Lösungsansätze, die ihr mit den Beschäftigten teilt?

Louis: Es ist wichtig, erstmal mittelfristige Perspektiven zu formulieren. Zum Beispiel die 30-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich zu erklären: Jede Stunde, die kein Auto gebaut wird, ist eine Stunde für den Klimaschutz. Und es ist auch im Interesse der Beschäftigten, sie müssen weniger arbeiten und kriegen genauso viel Geld. Aber es ist natürlich keine endgültige Forderung in einem System, das nach Profit strebt. Mittelfristig ist es etwas, das mit ausreichend Schlagkraft erkämpft werden könnte. Aber es gilt aufzuzeigen, dass das keine langfristige Lösung sein kann. Nicht im Kapitalismus.

Macht ihr die Erfahrung, dass die Leute eine Transformation, eine Alternative zum Kapitalismus für denkbar halten?

Louis: Es kommt darauf an, mit wem man diskutiert. In der Klimabewegung ist es schon etwas ganz anderes, weil da die meisten Leute an die Möglichkeit eines Wandels glauben, wie auch immer der aussehen mag. Aber gerade mit den Beschäftigten stand das zum Beispiel bei Bosch noch gar nicht so richtig zur Debatte. Wir können Kämpfe auch nicht von außen herbeireden. Es geht bei der Frage nach Veränderung um die konkrete Erfahrung, im Kampf Dinge bewirken zu können. Diese Erfahrung tatsächlich zu machen, ändert die Perspektive darauf, ob es möglich ist, Alternativen zu Profitwirtschaft und Kapitalismus zu schaffen.

Reden wir nochmal über das Klima: Die Klimakrise ist spürbar gewordene Realität. Trotzdem wurde beispielsweise beim UN-Klimagipfel in Glasgow deutlich, dass die Begrenzung auf 1,5 Grad Erderwärmung definitiv nicht eingehalten werden wird. Warum ist es so schwer zu verstehen, wie katastrophal die Lage ist?

Lina: Es geht dabei nicht ums Verstehen. Alle Regierungen und Konzerne wissen von der Klimakrise, das muss man nicht mehr erklären. Das Problem ist, dass wir in einem System leben, das sich an Profitmaximierung der Wenigen orientiert und nicht an Bedürfnissen aller. Das wird schwierig auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen und bei massivem CO₂-Ausstoß. Es ist keine Frage von Verständnis und Willen, sondern eine Frage von Möglichkeiten im Kapitalismus. Und im Kapitalismus kann keine wirklich klimagerechte Wirtschaft existieren, weil es immer um Wachstum geht. Die Konzerne werden nicht aufhören, umweltschädlich zu produzieren, weil sie dann nicht mehr genug Profite machen und nicht mehr produzieren können. Und die Regierungen spielen natürlich den Konzernen in die Hände, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Deswegen geht es hinsichtlich der Gesetzeslage so wahnsinnig schleppend voran, was man jetzt auch bei der Klimakonferenz in Glasgow gesehen hat. Da haben sich zwar alle Regierungen zum 1,5 Grad Ziel bekannt, aber alle Beschlüsse sind unverbindlich. Im Endeffekt ist das nichts anderes als eine große Greenwashing-Maßnahme, die vermutlich relativ wenig nach sich ziehen wird. Wir müssen niemandem mehr erklären, dass wir in der Klimakrise leben. Die einzige Möglichkeit, die wir haben, Regierungen dazu zu zwingen, Gesetze zu erlassen und Konzerne zu zwingen, anders zu produzieren, ist der Kampf auf der Straße und in den Betrieben.

Linke wissen ja schon länger, dass mit dem Kapitalismus eine Weltrettung nicht zu machen ist. Wir brauchen also eine Transformation. Wie kann man diese Prozesse anschieben? Habt ihr Auseinandersetzungen darüber, wie ein anderes Wirtschaften zu machen wäre?

Louis: Man muss trennen zwischen der Frage, wie eine nachhaltigere Form der Wirtschaft aussieht und der Frage, wie wir dahin kommen. Um eine Nachhaltigkeit zu gewährleisten müsste erstmal das Streben nach Profit ausgesetzt und nach den Bedürfnissen der Gesellschaft gewirtschaftet werden. Das bedeutet wiederum, dass gesellschaftlich über die Produktion entschieden wird, also

darüber, was produziert wird und wie viel und auf welche Art. Produktionsentscheidungen müssten gesellschaftlich diskutiert und an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden und nicht am Profitstreben einiger weniger.

Und solange wir das nicht umgesetzt haben, doch vielleicht der bewusste grüne Konsum?

Lina: Uns wird immer gesagt, wir müssten Bio kaufen und kein Fleisch essen, dann können wir das Klima retten. Das schiebt die Verantwortung für die Klimakrise auf die Konsument:innen ab und nicht auf die, die wirklich verantwortlich sind. Es sind die großen Konzerne, die entscheiden, dass immer mehr Autos gebaut werden, immer mehr Kohle abgebaut wird. Das sind nicht die Konsument:innen.

Louis: Selbst beim privaten Konsum ist die Treibhausgasemission von Superreichen überhaupt nicht vergleichbar mit jener von 90 Prozent der Bevölkerung. Die angebliche Lösung durch Konsum gibt Leuten in dieser krass individualisierten Gesellschaft etwas zu tun, die sich ansonsten organisieren würden.

Ein bisschen nachvollziehbar ist die Suche nach Lösungen im individuellen Konsum ja schon: es gibt einen Drang, etwas zu verändern. Darin zeigt sich eine Alternativlosigkeit, weil es überhaupt keine Idee davon gibt, wie man sich organisieren könnte. Menschen verstehen sich oft als unpolitisch und haben das Gefühl, sie bräuchten gar nicht darüber nachdenken, wie man sich organisieren könnte. Politik machen Politiker:innen. Dann ist man zurückgeworfen auf das eigene Handeln, da spielt der Konsum eine große Rolle, als eine Art individuelle Handlungsermächtigung. Hat die Klimabewegung das Potenzial, die Organisations-Trägheit beziehungsweise das Köcheln im eigenen Individualismus zu überwinden?

Lina: Genau, viele haben diese Perspektivlosigkeit. Das zu ändern ist unsere Aufgabe. Wir müssen zeigen: Politik bedeutet nicht, im Bundestag zu sitzen, sondern Politik bedeutet, sich zu organisieren, und zwar von unten. Veränderungen können wir nur erkämpfen, wenn wir als Bewegung eine Stärke aufbauen, um unsere Forderungen wirklich durchzusetzen. Wir müssen uns eben kontinuierlich organisieren und Kämpfe austragen. Auf der Straße, in Betrieben. Kämpfe, mit denen wir Druck aufbauen können. Auf die Konsumfrage lassen wir uns überhaupt nicht ein.

Louis: Großen Teilen der Bevölkerung ist klar, dass die Klimakrise ein großes Problem ist und das ist ein Anknüpfungspunkt. Der propagierte Individualismus und reine Konsumkritik sind da schädlich. Leider kommt die Klimabewegung oft wie eine übernatürliche, übermenschliche Ansammlung von Leuten rüber, bei der es schwierig ist, sich anzuschließen. Das zu durchbrechen – unter anderem, indem wir versuchen, von oben geschaffene Spaltungen wie die zwischen Arbeiter:innenbewegung und Klimabewegung aufzubrechen, ist extrem wichtige Arbeit, um einfach auch breitere Teile der Gesellschaft zu aktivieren. Ich glaube, noch geht es ums Aktivieren und danach erst ums Radikalisieren.

Lina: Natürlich ist es auch möglich, bei Aktionen den Leuten zu zeigen, auf wessen Seite der Staat steht. Beispielsweise die IAA sehr vielen Leuten gezeigt, wessen Interessen der Staat verteidigt und wessen nicht. Solche großen Events sind damit auch immer ein Fixpunkt der Radikalisierung.

Die Klimabewegung ist sehr divers. Ist das eine Stärke, weil so mehr Leute abgeholt werden oder ist das eher das Einfallstor dafür, dass die Inhalte verwässert werden?

Lina: Wenn eine Bewegung sich in vielen Fragen überhaupt nicht einig ist, hat sie keine Schlagkraft. Wenn man sich über die grundlegendsten Sachen zerstreitet und keine gemeinsamen Ziele und Strategien teilt, dann ist man nicht fähig, wirkliche Veränderungen durchzusetzen und Kämpfe auszufechten. Deswegen ist unsere Position schon, dass wir uns inhaltlich aneinander angleichen müssen. Wir haben unterschiedliche Erfahrungen und Positionen. Das ist auch in Ordnung, aber das muss man ausdiskutieren, um auf einen sinnvollen Weg zu kommen und gemeinsame Positionen auszuarbeiten. Ich glaube, es ist keine Stärke, dass wir so pluralistisch sind

in der Klimabewegung.

Es gibt viele verschiedene Kampagnen und Aktionsformen beispielsweise Enteignungskampagnen, Besetzungen, Blockaden. Teile der Klimabewegung beziehen sich auf zivilen Ungehorsam. Wie ist eure Position dazu?

Lina: Wir sind solidarisch mit allen Aktionsformen, die sich gegen die Eigentümer:innen der Konzerne beziehungsweise die Verantwortlichen der Klimakrise richten. Und natürlich brauchen wir militante Aktionen und Aktionen des zivilen Ungehorsams. Es zeigt sich immer wieder, dass Demonstrationen in diesem System alleine relativ wenig Schlagkraft haben und wenig verändern. Das heißt nicht, dass sie nicht sinnvoll sind. Aber natürlich braucht es auch weitergehende Aktionen. Es ist sicherlich sinnvoll, wenn ein Kohlekraftwerk für mehrere Stunden oder Tage stillsteht. Das ist einerseits auf ganz konkrete Weise gut fürs Klima aber eben auch eine Ansage und ein Symbol. Es gibt viele verschiedene Aktionsformen, an manchen würden wir uns beteiligen, an anderen nicht. Aber die Debatte friedlicher versus militanter Widerstand führen wir nicht. Das ist eine Teilung, die diskursiv gemacht wird, um die Klimabewegung zu spalten. Da werden friedlich und militant gegeneinander ausgespielt. Wir sind eine Bewegung und wenn die Aktionen sich gegen die Richtigen richten, dann sind wir auch solidarisch damit.

Was erwartet ihr in Sachen Klimapolitik von der neuen Bundesregierung?

Louis: De facto erwarte ich nichts in Sachen Klimaschutz. Was ich erwarte, ist, was aus dem Koalitionsvertrag hervorgeht: Die Ampelkoalition möchte Unternehmen bei der notwendigen Transformation unterstützen, was bedeutet, dass die Klimakrise, ebenso wie die wirtschaftliche Krise weiterhin auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung ausgetragen werden soll – ohne dass Krisen-Maßnahmen eingeleitet würden, die tatsächlich helfen. Das bedeutet permanentes Greenwashing, um das eigene Image zu stärken.

Lina: Ein Problem ist, dass die Grünen mitregieren. Viele sehen das als Möglichkeit der Veränderung. Bei den Grünen ist die Diskrepanz zwischen dem, was sie sagen und dem, was sie politisch ausführen, extrem groß. Ihre Politik ist arbeiten:innenfeindlich. Zum Beispiel ihre Befürwortung der Bahnprivatisierung. Es ist als Klimabewegung wichtig zu sagen: Die Grünen stehen nicht auf unserer Seite. Sie sind kein Teil der Klimabewegung. Sie sind eine Gefahr für die Klimabewegung. Und Klimapolitik wird mit der Ampelkoalition weiterhin ein Klassenkampf von oben sein.

Richten wir den Blick mal auf andere Klimakämpfe dieser Welt. Nehmt ihr euch ein Beispiel an der Praxis anderer Kämpfe auf dem Globus? Kennt ihr Beispiele von Kämpfen aus anderen Weltregionen, die ein Vorbild sein könnten?

Louis: Es gibt Regionen der Welt, in denen werden ökosozialistische Systeme aufgebaut, zum Beispiel in Rojava. Aber ich glaube, es ist gefährlich, das einfach adaptieren zu wollen. Wir können nicht einfach den Kampf, den die Kurd:innen führen, übernehmen. Die Situation in Rojava lässt sich nicht einfach übertragen. Bestimmte Situationen erfordern spezielle Herangehensweisen. Wir sind nicht an dem Punkt, dass wir uns bewaffnet irgendwo hinstellen. Deswegen kann eine Strategie nicht grundsätzlich kopiert werden. Wir stehen ganz am Anfang eines Lernprozesses und arbeiten erfolgreich an einer deutschlandweiten Vernetzung. Aber internationalistisch betrachtet stehen wir noch ganz am Anfang. Das muss sich langfristig auf jeden Fall ändern.

Lina: Natürlich sind wir solidarisch mit allen fortschrittlichen Kämpfen weltweit. Was wir auch sehen müssen ist, dass wir in einem imperialistischen Zentrum leben. In Deutschland sitzen die Konzerne, die Waffen in die ganze Welt exportieren, Autos überall produzieren lassen, Kohle abbaggern, Menschen in anderen Ländern ausbeuten und dort die Umwelt zerstören. Wenn wir wirklich international helfen und handeln wollen, müssen wir dafür sorgen, dass diese Konzerne nicht mehr auf diese Weise produzieren können. Die schöne Parole „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ trifft einfach zu. Und parallel zu den Kämpfen hier braucht es bestenfalls natürlich

eine Vernetzung mit Bewegungen weltweit.

Habt ihr noch eine schöne Anekdote aus eurer Praxis, die hoffnungsvoll stimmt?

Lina: Die Proteste gegen die IAA in München haben für mich gezeigt, dass wir mittlerweile eine große Bewegung sind. Wir waren an den „Smash IAA“-Aktionen beteiligt, die vor dem Boschwerk zwei spontane Solidaritätsaktionen gemacht und den Open Space von Bosch bei der IAA blockiert haben. Das war mal eine Aktion, die wirklich eingeschlagen hat in der Klimabewegung und auch außerhalb. Und dabei gezeigt hat, dass die Klimabewegung an der Seite der Beschäftigten steht. Wir waren zwar mit massivem Polizeiaufgebot und Repression konfrontiert, konnten dennoch unsere Aktionen durchführen und sind handlungsfähig geblieben. Das war schon ein Moment, der ziemlich bekräftigend war. Die Vernetzung mit der bundesweiten Klimabewegung auf dem IAA-Camp war auch sehr eindrucksvoll. Die Bewegung breitet sich aus und wir können gemeinsam Inhalte entwickeln. Durch diese bundesweite Vernetzung können wir uns gegenseitig zeigen, wie es funktionieren kann, an der Seite der Beschäftigten zu stehen und sich mit ihnen zu organisieren. Ich glaube, das ist unsere Möglichkeit, unsere Inhalte in die große, pluralistische Klimabewegung hineinzutragen und mit den Leuten aus ganz verschiedenen Kontexten zu diskutieren.

**

Das Interview führte Andrea Strübe.

Zitathinweis: kritisch-lesen.de Redaktion: „Schlagkraft mit gemeinsamer Stoßrichtung“.
Erschienen in: Klima Katastrophe Kapitalismus. 62/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1737>.
Abgerufen am: 11. 01. 2022 13:33.

Kaputt machen, was den Planeten zerstört?



Essay von Jan Ole Arps und Guido Speckmann

Die Zeit läuft ab, nun debattiert die Klimabewegung über radikalere Aktionsformen. Setzen sie damit an der richtigen Stelle an?

Essay von [Jan Ole Arps](#) und [Guido Speckmann](#)

Die Beschlüsse der UN-Klimakonferenz in Glasgow sind eine Katastrophe. Sie besiegeln den Kurs auf eine drastische und nicht umkehrbare Erhitzung der Erde, die das Überleben Hunderter Millionen Menschen und unzähliger Tier- und Pflanzenarten bedroht. Gleich, ob Kippunkte im Klimasystem in zehn, zwanzig oder erst in 50 Jahren erreicht werden: Wir rasen auf eine Situation zu, die das Leben der allermeisten Menschen und auch die Bedingungen für kommunistische Utopien grundlegend verändern wird.

Angesichts der düsteren Lage ist in der hiesigen Klimabewegung eine Debatte über die politische Ausrichtung in Gang gekommen. Zum einen wird über die taktische Frage der Aktionsformen gestritten, zusammengefasst: Muss die Klimabewegung zu radikaleren Mitteln greifen, um den Druck zu erhöhen? Zum anderen geht es um die strategische Orientierung: An wen richtet sich die Bewegung, wie glaubt sie, die Begrenzung der Erderwärmung erreichen zu können?

Die Forderung nach militanten Aktionsformen wird derzeit vor allem in der Absicht erhoben, den Staat zu wirksameren klimapolitischen Maßnahmen zu drängen. Ihr bekanntester Fürsprecher ist der schwedische Humanbiologe Andreas Malm. Seine Aufrufe zur Sabotage und Zerstörung der fossilen Infrastruktur erscheinen in großen Medien, die Begründung: Wenn jemand in deinem Haus eine Zeitbombe platziert, hast du das Recht, sie zu entschärfen. Wenn also eine Industrie unsere Lebensgrundlage zerstört, haben wir das moralische Recht, sie lahmzulegen.

In Deutschland sorgte Ende November 2021 ein Interview des *Spiegel* mit dem langjährigen Klimaaktivisten Tazio Müller für Furore. Darin warnt Müller, dass sich Teile der Klimabewegung angesichts der Untätigkeit der Politik radikalieren werden, sagt „zerdepperte Autoshowrooms, zerstörte Autos, Sabotage in Gaskraftwerken oder an Pipelines“ für nächsten Sommer voraus und prognostiziert gar die Entstehung einer „grünen RAF“. Andere Protestformen hätten nicht gereicht, nun laufe die Zeit davon.

Sicher spricht viel dafür, dass die Klimabewegung ihr Protestrepertoire erweitert, und ja: Die Zeit läuft ab. Dennoch fällt auf, dass die Forderung nach militanten Aktionen vor allem darauf abzielt, den Staat oder sogar die Energiekonzerne selbst (durch Hochtreiben der Kosten) zum Handeln zu bewegen. In einem Artikel von Andreas Malm im britischen *The Guardian* heißt es explizit: Wenn der Staat nicht eingreife, müssen es andere tun – „nicht, weil Aktivist*innen die Abschaffung fossiler Brennstoffe erreichen können – die Macht hierzu haben nur Staaten –, sondern weil ihre Rolle darin besteht, den Druck hierfür zu verstärken.“

Diese Aufrufe zu einem, nennen wir es: militanten Reformismus erkennen zwar an, dass der Staat den Interessen der Unternehmen Vorrang einräumt und zum Umsteuern erst gezwungen werden muss. Sie blenden aber aus, dass der Staat gar nicht anders kann, als möglichst ideale Verwertungsbedingungen für das Kapital zu schaffen. Die politische und militärische Macht eines Staates in der globalen Staatenkonkurrenz basiert vor allem auf seiner wirtschaftlichen Macht –

und die hängt zum Hauptteil davon ab, dass möglichst große, profitable und innovative Unternehmen und Finanzakteure in diesem Staat beheimatet sind, sodass die Wirtschaft brummt, der Klassenkonflikt befriedet werden kann und die Steuereinnahmen sprudeln. Im Kapitalismus ist daher keine Politik denkbar, die wirtschaftliches Wachstum und steigenden Ressourcenverbrauch verhindert – und das wäre nötig, um den Ausstoß klimaschädigender Treibhausgase zumindest auf dem gegenwärtigen Niveau zu halten.

Die Appelle für radikalere Aktionen gehen somit wichtigen grundsätzlichen Fragen aus dem Weg: Bis zu welchem Grad kann die Klimabewegung beim Klimaschutz auf den Staat hoffen, kann sie es überhaupt? Welcher Druck wäre nötig, um wirksamen Klimaschutz zu erzwingen – und wie soll er mobilisiert werden? Und wenn das Erzwingen staatlicher Maßnahmen keine aussichtsreiche Strategie ist: Was sind die Alternativen? Wir wollen im Folgenden versuchen, einige Antworten zu skizzieren, die in den antikapitalistischen Teilen der Klimabewegung diskutiert werden, und herauszuarbeiten, welche politischen Fragen sich daraus ergeben. Schließlich machen wir einen Vorschlag, wie die Debatte weitergehen könnte. Auf Green-New-Deal-Konzepte gehen wir an dieser Stelle nicht ein, weil sie auf der Illusion eines ökologischen Umbaus bei gleichzeitigem wirtschaftlichem Wachstum aufsetzen und mit ihrem Ressourcenbedarf letztlich auf eine Art grünen Kolonialismus hinauslaufen.

Ökosozialismus

Der zurzeit prominenteste Vertreter der ökosozialistischen Richtung in der Klimastrategiedebatte im deutschsprachigen Raum ist der Wirtschaftsgeograf Christian Zeller. Seine Gedanken hat er in dem Buch „Revolution für das Klima – Warum wir eine ökosozialistische Alternative brauchen“ (2020), aber auch in zahlreichen Artikeln dargelegt. Seine Hauptthese lautet, dass die Klimagerechtigkeitsbewegung dringend eine Strategie entwickeln müsse, „die zur Selbstaktivität und Selbstermächtigung der arbeitenden Bevölkerung anregt“. Nur die Lohnabhängigen in den Betrieben seien potenziell in der Lage, die entscheidenden Fragen, was, wie, wo, für wen und auf welche Weise produziert wird, ins Zentrum der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu rücken.

Zellers Definition des Ökosozialismus lautet auf eine Kurzformel gebracht: eine Gesellschaft, die gemeinsam entscheidet, mehr teilt und weniger produziert. Um weniger zu produzieren, sei ein historisch nie dagewesener Um- und Rückbau des industriellen Apparates erforderlich, weil fossile Energien bei weitem nicht durch erneuerbare ersetzt werden können und folglich global mit viel weniger Energie ausgekommen werden müsse. Hierfür sei die Enteignung und Vergesellschaftung der fossilen Konzerne, der Energiewirtschaft sowie des Finanzsektors zu erzwingen, außerdem eine umfassende ökologische Mobilitätswende, die den motorisierten Individualverkehr weitgehend verbannt und eine Stadt- und Raumplanung unter der Prämisse möglichst kurzer Wege einzuleiten. Vom Sozialismus übernimmt Zeller den Fokus auf die Arbeiter*innenklasse, die Eigentumsfrage und den revolutionären Bruch mit dem Kapitalismus als Voraussetzung für eine Gesellschaft, die die Klimaerwärmung abmildern kann.

Vom traditionellen Sozialismus oder der Gewerkschaftsbewegung grenzt Zeller sich ab, weil diese in produktivistischen Wachstumsvorstellungen verhaftet seien und auf die Entwicklung der Produktivkräfte setzten. Heute jedoch sei der Griff nach der Notbremse die einzige Möglichkeit, um zu verhindern, dass sich Produktivkräfte vollends zu Destruktivkräften entfalten. Damit steht bei ihm im Unterschied zu den bisherigen revolutionären Versuchen nicht nur die politische, gesellschaftliche und ökonomische Neuorganisation, sondern die Umgestaltung des gesamten produktiven Apparates der Gesellschaft einschließlich der Reproduktion auf der Tagesordnung. Zeller plädiert deshalb auch für eine strategische Allianz aus feministischer Bewegung, Klimagerechtigkeits- und Arbeiter*innenbewegung.

Er ist sich bewusst, dass es eine gigantische Kluft zwischen den Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, und dem Bewusstsein über die Notwendigkeit dieser Maßnahmen gibt – auch und

vielleicht gerade bei den Lohnabhängigen. Die Forderung nach Um- und Rückbau des industriellen Apparates läuft ja darauf hinaus, dass große Teile der Arbeitenden zugespitzt für das Überflüssigmachen ihres eigenen Arbeitsplatzes streiken müssten. Mit Konversion allein ist es längst nicht getan, ganze Sektoren (Rüstung, Auto) müssten radikal schrumpfen.

Zeller erwidert auf den Einwand, dass weder die Klima- noch die Klassenkämpfe auch nur annähernd für die formulierten Aufgaben vorbereitet seien, dass es keinen linearen Fortschritt gebe, die geschichtliche Entwicklung auch Sprünge, Brüche und Verdichtungen kenne. Auf solche abrupten Entwicklungen müsse sich die Linke angesichts der drohenden Klimakatastrophe einstellen. „Das Erdsystem macht gegenwärtig Sprünge, und die Gesellschaften machen das auch“, schreibt er in seinem Buch.

„In wenigen Jahrzehnten werden wir in einer physisch anderen Welt leben. [...] Darum braucht es Organisationen, die auch in der Lage sind zu springen. Organisationen, die sich an scheinbar realistische Konzepte anpassen, werden durch den Gang der Dinge mitgerissen werden und kein Potenzial mehr haben, alternative Perspektiven vorzuschlagen.“

Eine Anpassung an das, was derzeit politisch erreichbar erscheint, könne dagegen kein Ausweg sein, da es die Realität des Klimawandels verzerre und damit unrealistisch sei.

Die Idee der Sprünge mag man als geschichtsphilosophische Spekulation abtun. Aber Mitte 2018 hätte sich auch niemand die globalen Streiktage von Fridays for Future vorstellen können, Mitte 2019 niemand eine globale Pandemie. Zeller selbst nennt konkrete zarte Pflänzchen, aus denen sich eine plurale ökologische Massenbewegung der Lohnabhängigen entwickeln könnte: die gemeinsame Tarifikampagne der Gewerkschaft ver.di und von Fridays for Future im Herbst 2020, den von der Gewerkschaft CGT getragenen und von Umweltorganisationen unterstützten Streik der Beschäftigten der Total-Raffinerie in französischen Grandpuits zu Beginn des Jahres, der die Konversion der Erdölindustrie zum Ziel hatte, oder den Bosch-Streik in München. „Ich plädiere dafür, eine Debatte über strategische Optionen des Aufbaus gesellschaftlicher Gegenmacht jenseits der Übernahme von Regierungsverantwortung in bürgerlichen Regierungen zu beginnen“, so Zeller in seiner Artikelreihe bei der *Freiheitsliebe*.

Allianz zwischen Klima- und Klassenkämpfen

Der Kampf im Bosch-Werk in München ist aktuell eines der wenigen Beispiele für eine Zusammenarbeit zwischen Klimabewegung und Arbeiter*innen der Autoindustrie in Deutschland. Das Bosch-Werk in München soll unter dem Vorwand des Klimaschutzes geschlossen werden. Dagegen haben sich Klimaaktivist*innen und Beschäftigte zusammengetan. Sie fordern die Umstellung der Produktion auf klimafreundliche und gesellschaftlich notwendige Erzeugnisse. Laura Meschede von der Gruppe Klimaschutz und Klassenkampf kritisierte in *ak 674*, das Teilen der Klimabewegung der Bezug zu Klassenkämpfen fehle, weil sie die Bedeutung des Konsums überbetone. In Wahrheit gehe es um die Frage der Produktion und damit die Eigentumsfrage:

„Die Klasse ist nicht nur aus moralischen Gründen wichtig, sondern vor allem aus strategischen: Der Kampf gegen den Klimawandel ist untrennbar mit der Frage verknüpft, was wir produzieren – und wie. Und Demonstrationen allein können in dieser Frage keinen Druck erzeugen. [...] Das ist bei Streiks anders.“

Zudem betreffe der Klimawandel die Lohnabhängigen am stärksten. Deshalb sei es ein „genuines Klasseninteresse“, gegen den Klimawandel vorzugehen – und es müsse ein besonderes Interesse der Klimabewegung sein, das Bündnis mit den Lohnabhängigen zu schmieden (mehr dazu in unserem Interview, Anm. Red.).

Ähnlich argumentierte die Gruppe Angry Workers aus London kürzlich in einer Artikelserie auf

ihrer Homepage. Die Angry Workers betonen, dass nur selbstorganisierte Arbeiter*innen die Macht entwickeln könnten, Maßnahmen zur Beendigung der Klimakrise durchzusetzen – nicht, indem sie mehr Druck auf den Staat machen, sondern indem sie dafür kämpfen, die kapitalistische Verwertung aufzuheben.

Im Unterschied zur Initiative Klimaschutz und Klassenkampf bei Bosch, die auf Kooperation mit der IG Metall setzt, sehen die Angry Workers in den Gewerkschaften keine geeigneten Bündnispartner: „Die Existenz der Gewerkschaften ist vom Fortbestand des kapitalistischen Systems abhängig. Sie hängt von ihrer Aufgabe ab, die ‚Jobs und Interessen ihrer Mitglieder zu schützen‘.“

Ihre eigene Rolle sehen die Angry Workers – neben Analyse und dem Knüpfen von Kontakten zwischen Arbeitskämpfen und Klimabewegung – darin, Arbeiterselbstorganisation zu stärken und Klimaforderungen in betriebliche Kämpfe einzubringen, etwa mit Hitzestreiks gegen steigende Temperaturen.

Worauf bisher weder die Angry Workers noch die Münchener Gruppe eine Antwort haben, ist, wie die Aneignung der Produktionsmittel durch die Arbeiter*innen in der knappen Zeit gelingen soll oder wie die Notwendigkeit eines Rückbaus vieler Industrien angegangen werden kann. Auch das Dilemma, dass nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch Arbeiter*innen als Lohnabhängige von der erfolgreichen Verwertung des Kapitals abhängig sind, wird bislang nur in Ansätzen reflektiert.

Einen Ausweg deutete der VW-Arbeiter Lars Hirsekorn an. Er betonte den Lebensqualitätsgewinn, den mehr freie Zeit bedeute, und verwies für den Fall der Autoindustrie auf die Notwendigkeit neuer Mobilitätskonzepte, etwa durch einen massiven Ausbau des ÖPNV. Nur dann seien Einschränkungen des Individualverkehrs überhaupt möglich. Schon an diesem Beispiel zeigt sich, wie wichtig es in der Diskussion um Klassen- und Klimakämpfe ist, von vorneherein zu vermeiden, dass die Perspektive auf den Einzelbetrieb beschränkt bleibt.

Bündnis mit den Bewegungen des Globalen Südens

In ihrem Artikel „Warum sich die Klimabewegung dekolonisieren muss“ in der *ak* 673 betonen Esteban Servat und Nico Graak die Gefahr einer NGOisierung oder Parlamentarisierung der Klimabewegung. Dagegen fordern sie deren Dekolonialisierung. Sie schreiben:

*„Die Fronten befinden sich meist im Globalen Süden, wo die Menschen unter der Zerstörung ihres Landes und der kolonialen Ausbeutung durch meist multinationale Konzerne aus dem Globalen Norden leiden, die sich in ihren Heimatländern als grün präsentieren. Eine Strategie zu entwickeln, kann also nur bedeuten, den Menschen an diesen Fronten zuzuhören und sich von ihnen die Ziele und Schwachpunkte der Industrie und der multinationalen Klimaverbrecher*innen zeigen zu lassen.“*

Diese Denkfigur wiederholt einige Probleme, die auch antiimperialistische Konzepte der 1970er und 1980er Jahre kennzeichneten. So fehlt nicht nur der Bezug auf die Ausgebeuteten im Globalen Norden, die ebenfalls verstärkt unter dem Klimawandel leiden (werden), sondern auch auf die Möglichkeit von Kämpfen in den kapitalistischen Zentren – womit auch eine Antwort auf die Frage, wie den Konzernen überhaupt etwas entgegengesetzt werden kann, in weite Ferne rückt.

Trotz dieser Schwachstellen benennt der Appell zur Dekolonisierung zentrale Probleme der Klimagerechtigkeitsbewegung: Dass die Produzent*innen der Klimakrise die Unternehmen im Globalen Norden sind, die Hauptleidtragenden aber in den postkolonialen Gesellschaften vor allem im Globalen Süden leben, ist ein Fakt, den jede klimapolitische Strategie berücksichtigen muss. Und wer sich mit globalen Industrien und Wertschöpfungsketten anlegt, kann dies nur in einer globalen Organisation tun. Dass in den Protesten gegen das Fracking-Gas-Terminal in

Brunsbüttel bei Hamburg diesen Sommer der Versuch unternommen wurde, die globalen Verflechtungen und neokoloniale Verhältnisse in den Mittelpunkt zu stellen, ist ein guter Schritt. Allerdings gilt für globale Unternehmen das gleiche wie für andere: Die größte Macht, sie unter Druck zu setzen, besitzen deren Arbeiter*innen. Die Frage bleibt: Wie geht eine Bewegung, die global sein muss, mit den Machtverhältnissen, die auch zwischen den ausgebeuteten Klassen im Norden und Süden bestehen, politisch um, ohne sie an den Rand zu schieben oder als moralische Appelle zu verhandeln?

Impulse aus der Degrowth-Bewegung

Die Kernthese der wachstumskritischen Bewegung ist: Es ist unmöglich, Wirtschaftswachstum vom Materialdurchsatz – also dem Verbrauch von Rohstoffen und Energie – so weit zu entkoppeln, dass die Erderwärmung auf ein erträgliches Maß beschränkt werden könnte. Oder eingängiger formuliert: Es gibt kein endloses Wachstum auf einen begrenzten Planeten. Die Konsequenz hieraus ist, dass Produktion und Konsum drastisch zu reduzieren sind. Die notwendige radikale Verringerung des Durchsatzes an Materie, Energie und Emissionen ist in Gesellschaften des Globalen Nordens nur durch eine Reduktion der Wirtschaftsleistung und einen tiefgreifenden Umbau von Produktion und Konsum möglich. Das läuft auf eine Deprivilegierung des Globalen Nordens und insbesondere seiner Eliten hinaus.

Die Wachstumskritik nimmt somit im Gegensatz zu traditionellen linken Strömungen die biophysischen Grundlagen der Ökonomie ernst. Ihre Vorschläge zur Verringerung des Energie- und Materialdurchsatzes sind viel ausgefeilter als etwa in ökosozialistischen oder erst recht den beschriebenen betriebszentrierten Konzepten. Damit verbunden findet sich im Degrowth auch eine gründlichere Kritik der Technik, konkret der Hoffnung, dass Technologien ein Mittel sein können, um effizienter zu wirtschaften und so Emissionen zu senken. Fragen, die in den meisten linken Strömungen kaum diskutiert werden.

Die Degrowth-Bewegung beschränkt sich aber nicht auf Kritik, sondern versucht, eine utopische Dimension aufzuzeigen. Weniger Produktion und Konsum bedeutet eben nicht zwangsläufig weniger Zufriedenheit und Glück, sondern mehr. Zeitwohlstand, Entschleunigung, Entschlackung, Abschaffung von Statuskonsum und Entfremdung sind nur einige Stichwörter. In der Praxis versuchen wachstumskritische Zusammenschlüsse, diese Ziele in Ökodörfern, Kommunen, Urban-Gardening-Gruppen etc. zu verwirklichen.

Aber: In der Abscheu vor dem Industrialismus verwerfen viele Wachstumskritiker*innen auch gleich die Arbeiter*innenklasse als Subjekt der Umgestaltung. Eine Kritik des Zwangs zur Kapitalakkumulation als Treiber des Wirtschaftswachstums und damit von erhöhtem Ressourcenverbrauch und Emissionen wird kaum geübt.

Wie kann es weitergehen?

Von den vorgestellten Ansätzen bietet der ökosozialistische Vorschlag am ehesten die Basis für eine plausible strategische Orientierung. Allerdings muss er ergänzt werden um Fragen, die einige der anderen Vorschläge aufwerfen.

Ein Umsteuern, das die Erderhitzung noch abbremsen könnte, ist mit dem kapitalistischen Wachstumszwang schlicht nicht vereinbar. Zu dieser Erkenntnis muss sich die Klimabewegung durchringen, will sie ihr Handeln nicht an Illusionen ausrichten, die an den Verhältnissen zerschellen und in Enttäuschungen enden müssen.

Die beschriebene Kluft zwischen ökologischer Notwendigkeit und politischer Realität lädt dazu ein, in Apokalyptik und Hoffnungslosigkeit zu verfallen. Die Forderung nach militanteren Aktionen ist vor diesem Hintergrund verständlich, aber auch sie bleibt ein Akt der Selbstberuhigung durch

Radikalisierung der Form. Eine Militanzdebatte kann dann sinnvoll geführt werden, wenn Klarheit über die politische Strategie besteht, in die sie eingebettet wäre.

Ob die Sprünge im gesellschaftlichen Bewusstsein und Handeln möglich sind, auf die Christian Zeller verweist, kann sich nur im praktischen Versuch zeigen. Für einen solchen Versuch ist es zentral, dass sich die antikapitalistischen Teile der Klimabewegung an den Aufbau von Handlungsfähigkeit in Industrien wagen, die die Erderhitzung vorantreiben, und dort politische Erfahrungen sammeln. Das Beispiel von Bosch in München kann hierfür erste wichtige Lektionen bieten, anhand derer Möglichkeiten und Schwierigkeiten eines betrieblichen Klimakampfes ausgewertet werden können. An anderen Orten können ähnliche Versuche unternommen werden. Ansatzpunkte gibt es genug, allein in der deutschen Autoindustrie ist in den nächsten Jahren der Abbau von mehr als hunderttausend Arbeitsplätzen und die Schließung zahlreicher Werke geplant; in vielen Betrieben sind Gewerkschafter*innen und Vertrauensleuten die ökologischen Probleme bewusst.

Auch wenn es im Aktionsrepertoire der linken Teile der Klimabewegung näher liegen mag, Automessen zu blockieren, wäre es von enormer strategischer Wichtigkeit, dass sie die Produktionsorte der klimaschädlichen Industrien aufsucht und dort nach Ansätzen für einen gemeinsamen Kampf mit denen sucht, die dort arbeiten.

Gleichzeitig müssen in diese Kämpfe die Erkenntnisse der Degrowth-Bewegung einfließen, das heißt, die Klimabewegung muss sich am Beispiel einzelner Produktionszweige mit den stofflichen Seiten der Produktion und ihrer Umstellung oder ihrem Rückbau befassen. Generell wären Anregungen zu diskutieren, wie die Utopie einer anderen Gesellschaft oder kollektive Vorstellungen eines guten Lebens unter Bedingungen eines veränderten Stoffwechsels mit der Natur, konkret des drastisch reduzierten Energie- und Ressourceneinsatzes denkbar sind. Unter welchen Bedingungen kann Reduktion so gelingen, dass wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte erhalten oder ausgebaut werden – und zwar ohne die post- und neokolonialen Verhältnisse fortzuschreiben, wie es ein Green New Deal im Globalen Norden, der den Zugriff auf Land und Ressourcen im Globalen Süden erfordert, unweigerlich tun würde?

Auch in den nächsten Jahren werden Extremwetterereignisse in gesteigerter Frequenz in vielen Teilen der Welt für Verwüstungen und viel Leid sorgen. Die Beschlüsse von Glasgow haben jede Hoffnung auf ein Vermeiden der Kipppunkte im Klimasystem zunichte gemacht, und die Grünen haben gerade mit großer Mehrheit einem Koalitionsvertrag zugestimmt, mit dem es keine Chance gibt, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Große Teile der Klimabewegung werden sich neu orientieren müssen. Vielleicht stehen die Chancen für eine ökosozialistische Wende der Bewegung, für betriebspolitische Experimente und eine Diskussion über Enteignung, Umbau oder Zerschlagung der deutschen Industrie unter der Kontrolle der Arbeiter*innen ja gar nicht so schlecht.

Anmerkung

Bei diesem Essay handelt es sich um die aktualisierte Fassung eines Artikels, der im Dezember 2021 in der [ak 677](#) erschienen ist. Dort sind auch weiterführende Links und Quellenangaben zu finden.

Zitathinweis: Jan Ole Arps und Guido Speckmann: Kaputt machen, was den Planeten zerstört? Erschienen in: Klima Katastrophe Kapitalismus. 62/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1739>. Abgerufen am: 11. 01. 2022 13:33.

Notbremsung vor der Naturschranke



Ernst Lohoff, Norbert Trenkle (Hg.)

Shutdown

Klima, Corona und der notwendige Ausstieg aus dem Kapitalismus

Die Idee des grünen Kapitalismus ist ein Widerspruch in sich. Um der Umweltzerstörung entgegenzuwirken, braucht es eine neue Art des Wirtschaftens.

Rezensiert von [Lara Wenzel](#)

Im 19. Jahrhundert trafen sich im Versuch, das Nordpolarmeer zu durchqueren ökonomische Interessen mit nationalistischem Forscherdrang. Auf der Suche nach einer Nordost- oder Nordwestpassage froren Expeditionsflotten im Eismeer ein, überwinterten in der Finsternis und benannten noch mit abfrierenden Fingergliedern jede neuauftauchende Insel nach ihren Finanziers. Die Naturbezwinger wurden immer wieder von der Polarnacht in ihre Schranken verwiesen, ohne eine neue Handelsroute erschlossen zu haben. Aus den Tagebüchern und Logbucheinträgen melden sich in der Eiswüste wahnsinnig Gewordene, die im gleißenden, sich ständig verändernden Weiß den Sinn für Raum und Zeit verloren haben.

Doch nicht für lange entzogen sich die Pole dem menschlichen Vermessungs- und Kommodifizierungsdrang, der alles zu einer Ware machen will. Heute braucht es kaum noch die sowjetischen Eisbrecher, um an die Erdölvorkommen zu gelangen. Diese legen sich im exponentiellen Wechselspiel mit der Erderwärmung selbst frei – ein prägnantes Beispiel der „sich selbst beschleunigende[n] Zerstörungsdynamik der abstrakten Reichtumsproduktion“ (S. 74).

Um nicht die Naturschranke zu erreichen, auf die der wachstumsorientierte Kapitalismus unweigerlich zusteuert, fordert der von den Krisis-Autoren Ernst Lohoff und Norbert Trenkle herausgegebene Band „Shutdown – Klima, Corona und der notwendige Ausstieg aus dem Kapitalismus“ ein radikales Umdenken. Die Wirtschaft dürfte nicht mehr an der Vermehrung des Reichtums, also an der marxischen Formel „Geld – Ware – mehr Geld“, ausgerichtet sein, sondern an der „Herstellung nützlicher Dinge zur Befriedigung der konkret-sinnlichen Bedürfnisse aller Menschen“ (S. 9).

Es war der Tauschwert, nicht der Gebrauchswert

Der Sammelband analysiert in sechs Texten das krisenträchtige, kapitalistische System, in dessen Folge Pandemien und Umweltzerstörung die Notwendigkeit eines neuen Wirtschaftens vor Augen führen. Angesichts der „dynamischen Krisenlage“, die im Falle der Corona-Pandemie stetig betont wird, geht die Publikation das Risiko ein, schon veraltet zu sein, bevor sie überhaupt erschienen ist. Doch die Analysen rücken vom oberflächlichen Schein der kapitalistischen Alternativlosigkeiten schnell vor zu dem, was das System im Grunde bewegt. Innerhalb der Theorieströmung der Wertkritik, zu der die Autoren gehören, sind die vorgebrachten Grundlagen nicht neu, aber gegen die Idee eines grünen Kapitalismus bringen die Autoren die marxischen Begriffe und Erkenntnisse mit großer Klarheit in Stellung.

Bei der Produktion von Waren steht nicht die Herstellung von Gebrauchswerten im Vordergrund, sondern die Vermehrung von abstraktem Reichtum. Dass das hergestellte Produkt einen Nutzen

hat, ist für den Wert der Ware zweitrangig, wichtig ist nur der sogenannte Tauschwert. „Was die kapitalistische Produktionsweise antreibt, ist der endlose Zwang, den abstrakten Reichtum zu vermehren, oder, einfacher ausgedrückt, der Zwang, aus Geld mehr Geld zu machen.“ (S. 60) Dieser Bewegung liegt ein gesellschaftliches Verhältnis zugrunde, in dem sich die „vereinzelten Einzelnen“ im Tausch beziehungsweise der Veräußerung ihrer Ware Arbeitskraft aufeinander beziehen. Vermittelt durch Geldbeziehungen stehen die Warensjekte in einem Entfremdung produzierenden Zusammenhang, in dem der entpersonifizierte Kapitalismus auf alle als Zwang einwirkt. Versucht man so verstrickt in Akkumulationslogik und Lohnarbeitszwang auf die Klimakrise zu reagieren, gerät man in einen unauflösbaren Widerspruch, denn es bleibt „entweder aufgrund der ökologischen Zerstörung oder aus wirtschaftlicher Not zu sterben.“ (S. 9)

Abspaltung, Externalisierung, Othering

Reproduktionstätigkeiten fallen aus dieser Form der Vergesellschaftung heraus, was ihre Abwertung begründet, denn nur wertproduzierende Arbeit erhält Anerkennung. Während Kindergärten und Schulen in der Pandemie geschlossen waren, stellte sich die vergeschlechtliche Sphärenteilung schnell wieder ein und es wird stillschweigend angenommen, dass das Gros der Sorgearbeit (wieder) von Frauen übernommen wird. Darauf weisen Lothar Galow-Bergemann und Ernst Lohoff in ihrem Beitrag „Gestohlene Lebenszeit – Warum Kapitalismus zu Verzicht nötigt und wir viel weniger arbeiten könnten“ im Band hin. Die binäre Verteilung von Wertschätzung offenbarte sich in den letzten Monaten nicht nur in der privaten Sphäre, auch die prekären Arbeitsverhältnisse in der Pflege wurden stärker skandalisiert. In ihnen zeigt sich, wie patriarchale und kapitalistische Strukturen miteinander verwachsen sind und ein feministischer Kampf nicht ohne den Bruch mit der Produktion von abstraktem Reichtum geführt werden kann.

In seinem Beitrag „Verdrängte Kosten – Die Externalisierungslogik der kapitalistischen Reichtumsproduktion und deren Aufhebung“ begreift Norbert Trenkle diese Auslagerungsbewegung aus der produktiven Sphäre als ein Grundmotiv des Kapitalismus. Ein eingeschlossenes Außen, das wie zum Beispiel das Weibliche oder die Natur unter bedingungslose Verfügungsgewalt gestellt wird, kann angeeignet und ge-, beziehungsweise „vernutzt“ werden. Die Herrschaft des abstrakten Reichtums „folgt dem inneren Zwang, sich die gesamte Welt einzuverleiben und zum Material ihrer endlosen Selbstzweckbewegung zu machen, und zwar auch dann noch, wenn die Grenzen dieser destruktiven Expansion längst in greifbare Nähe gerückt sind.“ (S. 74)

Die Extraktion natürlicher Ressourcen und vor allem ihre Folgen spielen sich bislang besonders im globalen Süden ab. Wenn die Aneignung und Zerstörung der Natur die dort lebenden Menschen zur Migration zwingt, kommt schnell das Argument auf, die Welt sei überbevölkert. Dabei sind es „nicht nur zu viele, die da essen – es sind vor allem die Falschen“ (S. 144). Julian Bierwirth zeigt, wie jene zu Überflüssigen werden, die momentan die Folgen der kapitalistischen Expansions- und Wachstumsbewegung am intensivsten zu spüren bekommen. Sein Text „Vom leeren Land zum überflüssigen Menschen – Ideologiekritik in Zeiten von Corona- und Klimakrise“ verfolgt an historischen Beispielen das Aufkommen und die Rhetorik der Auslagerungsbewegungen im Kolonialismus bis zu seinen postkolonialen Nachwirkungen.

„So wie in der Frühphase des Kapitalismus die Menschen in den kolonialisierten Gebieten massenhaft versklavt oder umgebracht wurden, um den ‚Überflüssigen‘ aus den Zentren Platz zu machen und ihnen den Raum zu verschaffen für ihre ‚zivilisierte‘ kapitalistische Lebensweise, so werden nun die ‚Überflüssigen‘ in der Peripherie, die für die kapitalistische Verwertung nicht benötigt werden, nur noch als Ballast angesehen, der am besten beseitigt werden sollte.“ (S. 169)

Transformation statt Etatismus

Zunehmend werden die Auswirkungen dieser Vergesellschaftungsform auch im globalen Norden spürbar und ziehen die Frage nach sich, wie man jenseits des Wachstumszwangs wirtschaften soll. „Kann der Kapitalismus ohne seine extensiven Qualitäten weiterexistieren?“, fragen sich liberale Sozialwissenschaftler wie Harald Welzer und verkennen dabei, dass die Akkumulationslogik nicht abtrennbar, sondern das grundlegende Bewegungsprinzip des Kapitalismus ist. Dagegen fordern die Krisis-Autoren eine gesellschaftliche Organisationsform, die überhaupt erst aufgrund einer Reichtums- und Arbeitskritik vorstellbar wird. Gerade in einer Zeit, in der Viele die Macht des Staates anrufen, damit dieser vermeintlich schnelle Lösungen findet, gilt es radikal weiterzudenken:

„Deshalb ist es kein Luxus, sich gerade jetzt die emanzipative Aufhebung der kapitalistischen Reichtumsproduktion auf die Fahnen zu schreiben, sondern der einzig wirkliche Ausweg aus der Spirale der ökologischen Zerstörung, der sozialen Exklusion und der autoritären Formierung der Gesellschaft.“ (S. 88)

In den Nischen sozialer Bewegungen können Vergesellschaftungsformen jenseits der Tauschlogik gefunden werden. Gegen die gängige Aufforderung des individuellen Verzichts für das Klima, fordert der Sammelband im letzten Text das Ende des Verzichts. Mit der Überwindung des Lohnarbeitszwangs stünde den Menschen Lebenszeit zur Verfügung, um bedeutungsvolle soziale Beziehungen zu führen und kreative Potenziale zur Entfaltung zu bringen. Besonders bewegungsnah zeigt sich die Analyse trotz einiger eingestreuter Beispiele jedoch nicht. Ihre Stärke ist die Kritik, die sich gelungen gegen Staatsanrufer*innen und grüne Kapitalismusideolog*innen richtet.

Ernst Lohoff, Norbert Trenkle (Hg.) 2020:

Shutdown. Klima, Corona und der notwendige Ausstieg aus dem Kapitalismus.

Unrast-Verlag, Münster.

ISBN: 978-3-89771-292-8.

200 Seiten. 14,00 Euro.

Zitathinweis: Lara Wenzel: Notbremsung vor der Naturschranke. Erschienen in: Klima Katastrophe Kapitalismus. 62/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1731>. Abgerufen am: 11. 01. 2022 13:33.

Aufrüsten gegen die Klimakrise



Andreas Malm

Klima | X

Die Krisen der Mehrheit muss in eine Krise der Verursacher:innen verwandelt werden, statt Green New Deal bedeutet das: Öko-Leninismus.

Rezensiert von [Tilman von Berlepsch](#)

In seinem brillanten Buch „Klima|x“ stellt der schwedische Humanökologe und Klimaaktivist Andreas Malm den Zusammenhang zwischen Corona-Pandemie und Klimakrise her und räumt mit dem Märchen der Krisen als „externe Schocks“ auf. Fakten- und anekdotenreich liefert er in seinem zugänglichen Essay auch gleich einen Lösungsansatz: den Öko-Leninismus. Dabei überrascht er mit irrwitzigen doch schlüssig argumentierten Vorschlägen: Die Menschen sollten von Jesus und den Bolschewisten lernen, endlich aufhören Buschfleisch und Fledermäuse zu essen und die Ölkonzerne in Klimaschutzagenturen umwandeln. Aber der Reihe nach.

Dass die offensichtlich system-irrelevantesten Branchen während der Corona-Krise die Automobilindustrie und die Flugindustrie waren, wurde mittlerweile schon vielfach festgestellt. Zeitweise wurden Produktionslinien auf medizinische Güter umgestellt und Flugpersonal für die Patient:innenversorgung umgeschult. Dabei macht in der Notsituation weder der staatliche Eingriff, noch der *Shareholder Value* vor den Grenzen des Privateigentums halt. Eine Erkenntnis, die, so führt es Malm vor Augen, bedeutend ist für den Kampf gegen den Klimawandel.

In der Unterscheidung zwischen Corona-Pandemie und Klimakatastrophe sind eine räumliche und eine zeitliche Dimension entscheidend. Handelt es sich doch bei beiden um existentielle Bedrohungen, die Millionen von Menschenleben auf der ganzen Welt kosten, trifft die Corona-Pandemie zunächst alte, weiße Menschen im globalen Norden, während die Klimakatastrophe zunächst vor allem arme Menschen im globalen Süden trifft. Kein Wunder also, dass den beiden Krisen nicht mit der gleichen Vehemenz begegnet wird – die Pandemie wird mit nationalistischen Abschottungsmethoden bekämpft, wohingegen der Krieg gegen den Klimawandel einem internationalistischen Kampf für die Armen gleichkäme.

Wer ist hier der Parasit?

Kenntnisreich und theoretisch untermauert klagt Malm den ökologisch ungleichen Tausch zwischen Nord und Süd, die kapitalistische Landnahme und den Raubbau an der Natur an und baut mit seiner Theorie des *parasitären Kapitals* die marxistische Ursachenanalyse für die gesamte Misere mit ein. „Parasitär“ hat im deutschen Sprachgebrauch als Bezeichnung für Kapital zwar einen antisemitischen Beigeschmack, Malms Vergleiche aus der Virologie, seine ausgiebige und durchaus erhellende Beschäftigung mit Fledermäusen und der Erkenntnis, dass Corona eine menschengemachte zoonotische – also eine von Tier zu Mensch übertragene – Infektionskrankheit ist, machen diese Verwendung jedoch stichhaltig. Vor allem widerspricht Malm mit dem Vergleich von Kapital und Parasit der sogenannten marxistischen Verelendungstheorie, dass der Kapitalismus

sich schon selbst abschaffe, wenn alles nur schlimm genug würde: „Das Kapital überlebt jeden seiner Wirte, es ist der Parasit, der niemals stirbt.“ (S. 170)

Die Saatbank des Sozialismus

Wirklich spannend wird es in der zweiten Hälfte des Buches, wenn Malm die für ihn noch wertvollen und aktuellen Stränge sozialistischer Theorie herausarbeitet, die er als „Saatbank für den chronischen Notstand“ (S. 179) bezeichnet.

Nachdem ihm zunächst ein inhaltlich korrekter, aber angesichts der Wahlsieger Biden und Scholz eindeutig verfrühter Nachruf auf die Sozialdemokratie unterläuft, knüpft Malm sich den Anarchismus und damit einen Teil seiner eigenen Vergangenheit vor. Während der „reformistische Kalender“ der Sozialdemokratie (S. 182) in der Katastrophe verpuffen muss, weil die Zeit nicht für sondern gegen uns arbeitet, fehlt den Anarchist:innen der Mut zur Staatlichkeit, denn harte Macht sei unbedingt erforderlich. Vor allem Luxuskonsument:innen, (illegalen) Waldrodungsunternehmen und dem fossilen Kapital müssen mit harter Hand begegnet werden, wofür Malm den Staat als unbedingt erforderlich betrachtet.

Im Handumdrehen skalpiert Malm auch den esoterisch-anmutenden Wunsch nach verbaler Abrüstung und weniger Kriegsrhetorik beim Kampf gegen den Klimawandel. Nicht nur, dass die Größenordnungen der Todesfälle durch den heraufziehenden Klimakollaps den eines Weltkrieges ähneln werden, sondern das Überleben der Menschheit wird nur durch außergewöhnliche Schritte möglich sein. Schließlich ließen sich auch psychologisch viel mehr Ressourcen und Menschen für den Krieg mobilisieren, als für den Frieden.

Doch wird die Gewaltfrage hier nicht so ausgiebig diskutiert wie in seinem Werk „Wie man eine Pipeline in die Luft jagt“ (2020). Lediglich auf den Begriff der „drakonischen“ Verbote besteht der Autor ausdrücklich, schließlich wurde Kinderarbeit und Sklaverei auch nicht durch freundliche Selbstverpflichtungserklärungen der Unternehmen abgeschafft. In „Klima|x“ werden weniger taktische Fragen der sozialen Bewegungen und des zivilen Ungehorsams erläutert, Malm geht es geht um strategische Fragen, die gesellschaftlichen großen Linien und ihre Dilemmata.

Kriegskommunismus statt Green New Deal

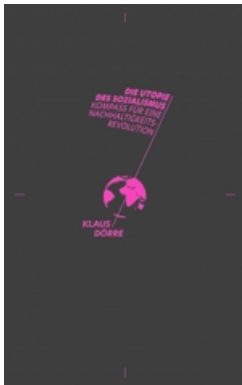
In der aktuellen sozial-ökologischen Transformationsdebatte bezieht man sich immerzu mit großem Popanz auf Roosevelts New Deal der 1930er Jahre. Malm erscheint jedoch eine ältere Analogie sinnvoller. Mit historischem Detailwissen würdigt Malm die Leistungen des sowjetischen Kriegskommunismus zu Zeiten des russischen Bürgerkriegs 1918–1920. Von der gesamten westlichen Welt militärisch angegriffen, von Epidemien, Hungersnöten und Läusen heimgesucht, radikalisierten die Bolschewisten im Notstand ihre Grundsätze, verstaatlichten sämtliche Produktionsmittel und bauten einen biokraftbetriebenen Arbeiterstaat auf. Denn Sowjet-Russland war durch die imperialistischen Invasoren komplett von Kohle und Öl abgeschnitten. „Trotzki, der auf einem holzbefeuerten Zug dahergeritten kommt, Franklin D. Roosevelt, der in einem Meer aus Öl schwimmt: Sie haben die Wahl.“ (S. 241)

Die Erfahrung von Verzicht und Rationierung, die harten Lektionen aus den Gefahren einer stalinistischen Bürokratisierung und die Schaffung der weltweit ersten Naturschutzreservate (*Sapowedniks*) machen den ökologischen Kriegskommunismus für Malm zu einem wertvollen Bezugspunkt für „die Verteidigung der wilden Natur gegen parasitäres Kapital“, die „mittlerweile einen Akt menschlicher Selbstverteidigung darstellt“ (S. 260). Großangelegte Umwandlungsprogramme von zum Beispiel Frontex in eine Grenzschutzagentur gegen illegalen Wildwarenhandel (anstatt illegalisierten Menschen), der Ölindustrie in Kohlendioxidbeseitigungsagenturen, aber auch der Gebrauch von Geoengineering müssen, so Malm, an die Stelle des grenzenlosen Imperialismus gegen die Natur treten.

Andreas Malm 2020:
Klima|X. Übersetzt von: David Frühauf.
Matthes & Seitz, Berlin.
ISBN: 978-3-7518-0307-6.
263 Seiten. 15,00 Euro.

Zitathinweis: Tilman von Berlepsch: Aufrüsten gegen die Klimakrise. Erschienen in: Klima
Katastrophe Kapitalismus. 62/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1724>. Abgerufen am: 11.
01. 2022 13:33.

Ein Weichensteller namens Sozialismus



Klaus Dörre

Die Utopie des Sozialismus

Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution

Für die Nachhaltigkeitsrevolution braucht es eine Linke mit Plan, aber auch den utopischen Sozialismus.

Rezensiert von [Thore Freitag](#)

Seinen neuen Essay „Die Utopie des Sozialismus“ beginnt Klaus Dörre mit einer Selbstverortung: Die „Students For Future“ hatten der Jenaer Soziologieprofessor zu einer studentischen Vollversammlung im Mai 2019 eingeladen, an der auch der Rezensent teilnahm. Wir erleben eine ökonomische und ökologische „Zangenkrise“, lautete Dörres Diagnose. Mehr als tausend Studierende stimmten darauf bei tosendem Beifall einer in Teilen radikalen Beschlussvorlage zum Klimastreik zu. Es handelte sich für Dörre um einen Wendepunkt der Klimabewegung.

Nun setzt Dörre seine soziologischen und klimapolitischen Überlegungen systematisch fort. Im Buch ergänzt er sie um weitere Eckpfeiler eines Sozialismus, der sich neben der sozialen Frage vornehmlich einer „Nachhaltigkeitsrevolution“ verschreibt. Dörre zufolge sind das die drängendsten Fragen unserer Zeit, die politisch und besonders von der Linken adressiert werden müssen. Als Intellektueller verortet sich Dörre in der Bewegung und steht ihr mehr zur Analyse- als zur Strategieentwicklung Rede und Antwort. Mit Begriffen wie der „Zangenkrise“ und der „Landnahme“ trug er schon vor „Fridays For Future“ zur Debatte um die Naturzerstörung auf Grundlage der kapitalistischen Verwertung bei.

In der Zange

Die herrschende Art zu wirtschaften und zu leben (in dieser Reihenfolge) bringe laut Dörre die Erde an den Rand ihrer Belastungsgrenzen und somit an ihren Abgrund. Die Natur wird als Lieferantin für Ressourcen, Energie und Nahrungsmittel vorausgesetzt, aber ist in der kapitalistischen Rechnung dennoch ausgenommen. Sie wurde sich zu großen Teilen umsonst angeeignet, um sich das gesellschaftliche Fortleben wie auch ein Mehr an Kapital zu sichern. In seinem Verwertungsdrang agiert das kapitalistische System längst global – und muss dennoch weiter expandieren und mehr Profit generieren. Das wird ein Knackpunkt der notwendigerweise *globalen* Transformation im Angesicht der Klimakrise sein. Wirtschaftswachstum, wie wir es kennen, ist nach Dörre nicht mehr möglich, ohne die Klimakrise und ökologische Bedrohung zu verschärfen.

Aus mehreren Gründen ist das ewige Wachstum allerdings noch nicht am Ende: Für Teile der Welt ist wirtschaftliches Wachstum gegenwärtig gar der erfolversprechendste Weg aus der Misere. Wie die Klimakrise muss auch ihre Bewältigung daher nicht nur geografisch mehrdimensional gedacht werden. Zur Erklärung dieser Zusammenhänge und zur Schärfung seines Sozialismusbegriffs bedient sich Dörre bei den Ikonen Luxemburg und Engels; Zugleich verarbeitet er Debatten seines Forschungskollegs „Postwachstum“ und moderne sozialistische Theorien. Dörre ist damit ein solides theoretisches Gerüst gelungen und er hat keine Scheu, einige Ideen von Engels zum

Sozialismus umzukrempeln. Auch wenn man nicht in allen Belangen mit Dörres Wegmarken für „sozialistische Handlungsfähigkeit“ (S. 46) übereinstimmt (z.B. wie so oft die Staatsfrage), so macht er klar: Für den sozial(istisch)-ökologischen Umbau braucht es einen Plan. Und das im doppelten Sinne. Im Ringen um eine bessere und zukunftsträchtige, daher notwendig nachhaltige Gesellschaft ist die Linke aktuell nicht die verlässlichste Ansprechpartnerin und der Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus nicht glaubwürdig genug. Dieser Verlust des Utopischen – verbunden mit der andauernden Hegemonie der fossilen, kapitalistischen Ordnung – macht eine große Schwäche der Linken aus und schlägt sich realpolitisch nieder.

Von der Wissenschaft zur Utopie

Vielorts vergegenwärtigt sich die Klimakrise, Kassandrarufe schallen durch die Gesellschaft. ZEIT-Redakteur Bernd Ulrich fragte sich vor Kurzem, warum sich die Literatur angesichts der existenziellen „Krise im Mensch-Natur-Verhältnis“ so wenig mit der Klimakrise auseinandersetze (Nr. 43/ 2021). Die verdrängte Zukunft müsse erzählt werden. Der scheinbare Widerspruch weist auf das neu auszurichtende Denken und Handeln der Gesellschaft hin. Man darf sich nicht dem Dystopismus hingeben. Aber was ist das Schreiben der Utopie inmitten einer blühenden Sachbuchlandschaft zum Klimawandel?

Hatte man sich in der Linken bereits vom theoretischen Ballast des anti-utopischen Bilderverbots befreit – gleichzeitig vermied man den selbstbewussten Gebrauch des Sozialismusbegriffs – so schafft gerade die Klimakrise einen Raum zum Denken und Handeln. In ihr bietet sich die Gelegenheit, die Utopie des Sozialismus zu konkretisieren. Der Marxismus und die Sozialwissenschaften haben längst begonnen, sich verstärkt der Krise des Klimas zu widmen. Was fehlt, ist nicht mehr die Analyse, sondern die strategische Perspektive innerhalb der Krise zur Organisation einer anderen Zukunft. Klaus Dörre wagt den Blick in die Zukunft und liefert überzeugende Argumente und den Anfang eines Konzepts zur Abwehr der drohenden Katastrophe. Auch das ist utopisches Schreiben, oder vielleicht eher die Ausformulierung einer Art Zwischenutopie. *Die* befreite Gesellschaft braucht man sich für die konkreten transformatorischen Aufgaben gar nicht en detail auszumalen.

Der Griff nach dem Kompass

Es ist fraglich, ob das für einen Essay doch sehr wissenschaftlich verfasste Buch seinem Untertitel gänzlich gerecht wird. Kann es auch der Klimabewegung, der Dörre das Buch widmet, als „Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution“ dienen? Müssen die Bewegungen nicht womöglich einen anderen als den von Dörre vorgezeichneten Weg gehen? Die drängenden strategischen Fragen der Klimabewegung erscheinen bei Dörre nur am Rande, auch wenn er wiederholt die unmögliche Umsetzbarkeit ohne Druck der Bewegungen betont. Zwischen Bewegung und Wissenschaft bleibt der Austausch weiterhin nötig, um sich der Utopie statt der drohenden Katastrophe anzunehmen.

Wenn der Klimawandel menschengemacht ist, so ist es auch der Mensch, der sich dem Abwenden der Katastrophe zu widmen hat. Klaus Dörre zeigt, dass es dafür den Sozialismus braucht. Er müsste für die Bewältigung der ökologischen Krise aber mehr sein als der oft zitierte Benjaminsche Griff nach „der Notbremse“. Er müsste nämlich ein Weichensteller sein und den sozial-ökologischen Umbau in die Wege leiten. Dörre weist nachdrücklich auf diese Herausforderung hin. Um sich Aussicht auf Erfolg und nicht zuletzt Hoffnung in diesem großen gesellschaftlichen Konflikt zu sichern, braucht die Linke Handlungsperspektiven. Sie muss sich dieser Herausforderung annehmen. Schon zu viele Signale wurden vom rasenden Zug ignoriert.

Klaus Dörre 2021:

Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution.

Matthes & Seitz, Berlin.

ISBN: 978-3-7518-0328-1.

345 Seiten. 24,00 Euro.

Zitathinweis: Thore Freitag: Ein Weichensteller namens Sozialismus. Erschienen in: Klima
Katastrophe Kapitalismus. 62/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1734>. Abgerufen am: 11.
01. 2022 13:33.

Kein Klimaschutz ohne Kapitalismuskritik



Emma

Ein anderer Blick auf den Klimawandel

In einfachen Bildern skizziert der Comic die Klimakrise als Problem des Kapitalismus und reißt widerständige Praxen und Gegenentwürfe an.

Rezensiert von [peps perdu](#)

Die mit feministischen Comics bekannt gewordene französische Künstlerin Emma widmet sich in ihrem neuesten Buch dem Klimawandel und entlarvt dabei die gängigen Mythen eines grünen Kapitalismus und der vermeintlichen Macht von Verbraucher*innen. Vom Entstehen der globalen Erwärmung über die Rolle der Konzerne und der Politik leitet sie chronologisch in widerständige Praxen und Gegenentwürfe über. Die Autorin selbst führt als Figur durch das Buch und richtet sich in direkter Ansprache an die Leser*innen. Das Ziel ist es, die Ursache der Klimakrise aufzuzeigen – kapitalistische Produktionsweisen.

Zunächst wird der historische Beginn der menschengemachten Klimakrise dargestellt. Ausgehend von der Erfindung der Dampfmaschine durch James Watt im 18. Jahrhundert zeigt Emma auf, wie der Grundstein für die heutige Erderwärmung gelegt wurde. Denn der fossile Motor ermöglichte erst die weitere industrielle Entwicklung. Während zuvor Maschinen mit Wasserkraft betrieben wurden, ermöglichte die kohlenbetriebene Dampfmaschine, die Arbeit zu den Arbeiter*innen in die Städte zu bringen. Dies machte Kohle zum Energielieferanten Nummer eins, der gleichzeitig aber bei der Verbrennung massenhaft CO₂ ausstößt – und damit die Erderwärmung wortwörtlich beschleunigte. In übersichtlichen Zeichnungen mit viel Begleittext werden die Konsequenzen der globalen Erwärmung – von steigendem Meeresspiegel, der Zerstörung von Ökosystemen bis hin zu klimatischen Veränderungen als Fluchtgrund – dargestellt.

Das Klimaproblem wegkonsumieren

Der umfangreichste Teil des Buches widmet sich der Rolle multinationaler Konzerne. Am Pranger steht auch eine Politik, die sich an dem Wachstumsversprechen der Wirtschaft orientiert und mit dieser kollaboriert, statt dauerhaft und nachhaltig alternative Energiegewinnung jenseits von kapitalistischer Akkumulationslogik zu fördern. Emma demaskiert die kampagnenhaften Versuche von Konzernen und Politik, einen „grünen Kapitalismus“ in Form von Recycling, Emissionszertifikaten oder den Appell an Konsument*innen voran zu treiben und zeigt, wie diese Argumentation vom grundlegenden Problem ablenkt: dass fossile Brennstoffe und Kapitalismus das Problem sind. Irritierend stößt hier die Personalisierung des Kapitalismus auf: Statt von einer systematischen Betrachtung auszugehen, spricht der Comic von „den Kapitalist*innen“ und stellt Konzern-Logos vermenschlicht mit Armen und Beinen dar. Der Wunsch nach Vereinfachung ist hier verständlich, wirkt aber deplatziert, wenn gleichzeitig komplexe Maßeinheiten wie die CO₂-Konzentration in parts per million oder als Angabe von Solarenergie Exajoule verwendet werden, ohne diese zu erklären. Auch sind neben generellen Beispielen viele Bezüge gegeben, die eher auf eine französische Leser*innenschaft ausgerichtet sind. Hier wären mehr redaktionelle Anmerkungen bei der Übersetzung wünschenswert gewesen, um die gegebenen Informationen und benannten Konzerne besser einordnen zu können.

Organisierung statt Mülltrennung?

Emma zeigt, welche Veränderungen notwendig sind, um zumindest in Teilen die Folgen der Klimakrise zu begrenzen. Dass die Industriestaaten im globalen Norden dabei für einen Großteil der Schäden verantwortlich sind, diese aber aufgrund kapitalistischer Produktion und Ausbeutung vor allem für die Menschen im globalen Süden spürbar ist, wird auf wenigen Seiten in deutlichen Bildern sichtbar. Das Kapitel endet mit dem Appell, kein Vertrauen in große Konzerne, Staaten und Justiz zu setzen, sondern sich mit anderen zusammen zu tun und selbst aktiv zu werden. Fridays for Future, Ende Gelände und Proteste wie aktuell beim Cop26 in Schottland formulieren dabei eindeutige Forderungen. Nachdem vermeintlich ethischer Konsum und Konsumboykotte im Kapitel davor noch als verkürzt dargestellt werden, wird hier drauf eingegangen, dass langfristig im globalen Norden ein anderer Lebensstil notwendig ist, um eine andauernde Wachstumslogik zu durchbrechen und internationale, gemeinschaftsorientierte Verbindungen zu schaffen. Hier wird der inhärente Widerspruch sichtbar, dass ein ethischer Konsum im Kapitalismus sich immer noch innerhalb kapitalistischer Logiken bewegt, aber auch eine utopische Zukunft jenseits des Kapitalismus einen anderen Lebensstil und weniger Verbrauch von Ressourcen erfordert.

Das Buch richtet sich dem Eindruck nach an Menschen, die denken, mit Bio-Cola, Wasser sparen und Mülltrennung könnte die Klimakrise verhindert werden (Spoiler: Die Klimakrise ist schon da). Ihnen zeigt Emma mit klaren Beispielen auf, dass persönlicher Konsumverzicht nicht zum Ende des Kapitalismus beiträgt – sondern Aktivismus und Organisierung. Dementsprechend kann es als Einführungsliteratur dienen für Menschen, die auf solche Weise tätig werden wollen. Für Leser*innen, die bereits Teil von klimagerechten und antikapitalistischen linken Kämpfen sind, bietet der Comic jedoch weder neue Inhalte noch eine innovative Aufbereitung dieser.

Emma 2021:

Ein anderer Blick auf den Klimawandel. Übersetzt von: Lena Völkening.

Unrast-Verlag, Münster.

ISBN: 978-3-89771-297-3.

96 Seiten. 14,80 Euro.

Zitathinweis: peps perdu: Kein Klimaschutz ohne Kapitalismuskritik. Erschienen in: Klima Katastrophe Kapitalismus. 62/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1725>. Abgerufen am: 11. 01. 2022 13:33.

Die Unerreichbarkeit der Gesellschaft



Armin Nassehi

Das große Nein

Eigendynamik und Tragik des gesellschaftlichen Protests

*Warum Protestbewegungen an ihren eigenen Bedingungen scheitern müssen
– und nur deshalb erfolgreich sein können.*

Rezensiert von [Max Tribukait](#)

Protestbewegungen haben Hochkonjunktur. Es hat daher eine gewisse Plausibilität, dass Armin Nassehis funktionalistische Analyse von Protestformen auf strukturelle Ähnlichkeiten von ganz verschiedenen Formen des Protestes eingeht. So kann der derzeit wohl prominenteste deutsche Soziologe inhaltlich kaum zu vergleichende Protestformen wie die Klimaproteste mit den Phänomenen PEGIDA, den Gelbwestenprotesten aus Frankreich, der Protestgeschichte der sogenannten 68er-Generation und die G20 Proteste in Hamburg scheinbar mühelos nebeneinanderstellen. Und das alles auf gerade einmal 160 Seiten.

Dies gelingt, trotz einiger Schwächen, deshalb, weil es in dieser „Phänomenologie von Protest“ (S. 5) nicht darum geht, zu verstehen, welche Forderungen in einer bestimmten Protestbewegung mit welchen Formen der Rechtfertigung vorgetragen werden, sondern darum, welche Funktionen „Protest als Sozialform“ (S. 8) innerhalb einer Gesellschaft insgesamt erfüllen. Eine solche Herangehensweise bei der Analyse von Protestbewegungen ist deshalb bedenkenswert, weil sie – ganz im Gegensatz zum behandelten Gegenstand – ohne normative Bezugspunkte auskommen will. Protest als Sozialform ist, so Nassehi, weder gut noch schlecht, sondern eine „soziale Tatsache“ (S. 7). Sie dient der Konfliktbearbeitung beziehungsweise der Sichtbarmachung von Differenzen innerhalb einer Gesellschaft.

Protest als Kommunikationsform

Nassehis kultursoziologische Perspektive auf Gesellschaft geht dabei von einem kommunikationstheoretischen Ansatz aus. Sie versucht zu beschreiben, wie die Dynamiken des Protestes als kommunikative Prozesse in einer Gesellschaft ablaufen. Kritik, die Protest ja immer vorzutragen versucht, ist für ihn als Nein-Stellungnahme zu lesen; als grundlegende Form des Nicht-Einverstanden-Seins.

Natürlich ist nicht jede Form der Abweichung, und auch nicht jede Form der Kritik, als Protest zu verstehen. Warum das so ist, liegt in der Ordnung von Gesellschaft, beziehungsweise in der Gesellschaft als Ordnung begründet. Denn es ist nach Nassehi gerade eine der zivilisatorischen Errungenschaften der Moderne, Nein-Stellungnahmen, kommunikative Abweichungen, durch etablierte Routinen in unterschiedlichen Teilsystemen der Gesellschaft bearbeiten zu können. Erst wo dies nicht gelingt, entsteht Protest: Er ist das „was sich den Routinen der institutionalisierten Stellungnahmen entzieht.“ (S. 26). Und hier sind wir bei der Hauptthese des Buches, die sehr präzise, aber wenig überraschend lautet: „Protest ist eine Reaktion auf die begrenzte Institutionalisierungsfähigkeit von Konflikten.“ (S. 37) Genau das zeichnet nach Nassehi auch die

Klimaproteste aus. Sie sind deshalb erfolgreich, weil sie das zentrale Problem benennen. Nämlich die strukturell bedingte Überforderung der Gesellschaft, mit dem Problem des Klimawandels umzugehen.

Das Dilemma der Moderne

Diese Unfähigkeit gesellschaftliche Probleme zu lösen, liegt, so zeigt Nassehi, in der strukturellen beziehungsweise funktionalen Ausdifferenzierung moderner Gesellschaften selbst begründet. Wirtschaft, Wissenschaft, Religion, Politik, Bildung und so weiter sind, systemtheoretisch gesprochen, funktional autonome Teilsysteme innerhalb der gesellschaftlichen Ordnung. Selbst wo das Wissen um notwendige Veränderungen, wie etwa in der Klimapolitik, unbestreitbar gegeben ist, wird die Frage, wie diese Veränderungen auszusehen haben, jeweils anders beantwortet werden, je nachdem, wer der Adressat von Protestforderungen ist. Das ist, wie vieles von dem, was Nassehi herausarbeitet kein Alleinstellungsmerkmal des Problemfeldes, vor dem Klimaaktivist:innen stehen. „Alle Strukturen sind darauf ausgerichtet, dass die Gesellschaft nicht aus einem Guss handeln kann.“ (S. 67). Die verschiedenen Teilsysteme verhindern, was für den Protest an sich unabdingbar ist: gesamtgesellschaftliche Veränderung.

Es ist dramatisch, dass die Gesellschaft gerade in Bezug auf den Klimawandel eben nicht aus einem Guss handeln kann, um schnelle Lösungen, direktere Maßnahmen und wirkungsvollere Abkommen gegen den Klimawandel zu beschließen. Funktionale Ausdifferenzierung ist jedoch zugleich „die zivilisatorische Sicherung“, die sich scheinbar gegen die Gesellschaft selbst wendet, wenn sie, „das Gesamtsystem an einer einheitlichen, zentralisierten Reaktion hindern.“ (S. 73). Das ist die bittere Erkenntnis der Moderne: „Die Funktionsstelle fürs Ganze gibt es nicht, und wo man sich anschickt, sie einzurichten, werden die Standards der Moderne unterlaufen.“ (S. 74). Und genau gegen diese Erkenntnis wendet sich, laut Nassehi, jeder Protest.

Einprogrammierte Enttäuschungserfahrung

Würde Nassehi an diesem Punkt stehenbleiben, so könnte man in jedem Protest vor allem eines sehen: Pures, antimodernes Ressentiment. Die Verzweiflung über die Komplexität der Moderne, mit der man nicht zurechtkommt. Oder mit Nassehis Worten, die gerade in Bezug auf die Klimaproteste treffender nicht sein könnten: Der Klimaprotest verlangt von der Gesellschaft etwas, das er nicht verlangen kann, und zwar „sich gegen ihre Natur (wenn man das so formulieren will) zu verhalten.“ (S. 72f.). Was wir hier sehen, ist das, was Nassehi als die „einprogrammierte Enttäuschungserfahrung“ (S. 140) von Protestbewegungen beschreibt. Sind Proteste folglich der wirkungslose Versuch der Veränderung, der sich an den Strukturen einer solchen Ordnung zwangsläufig brechen muss? Genau so scheint es, wenn Nassehi schreibt:

„An dem Beispiel des legitimen und wichtigen Klimaprotests lässt sich zeigen, wie die Protestförmigkeit auf eine Gesellschaft stößt, die sich solchen Zugriffs verweigert - nicht in erster Linie aus inhaltlichen Gründen oder aus unmoralischem Widerstand, sondern aus strukturellen Gründen.“ (S. 71)

Dennoch sind auch für Nassehi Proteste nicht einfach wirkungslos. Sie erfüllen nicht die Aufgabe, Veränderungen durchzusetzen. Eher haben sie Funktion, Impulse zur Bearbeitung von Problemen zu setzen: Denn, so Nassehi: „Exakt das ist die Funktion des Protests: Themen so zu setzen, dass man an ihnen nicht vorbeikommt“ (S. 82). Diese Funktion ist – dialektisch gedacht –

„die Erfolgsbedingung – und zugleich das Tragische am Protest, der seine Ziele ganz selten wirklich vollständig erreichen kann, weil er ja etwas verlangt, was die moderne gesellschaftliche Differenzierung kategorial ausschließt: dass die Gesellschaft wie aus einem Guss reagieren solle.“ (ebd.)

Von Stoppregeln und Hufeisen

Nassehis Essay ist stringent argumentiert und lässt sich auf viele Weisen gebrauchen: als Funktionsanalyse von Protesten, als Einführung in die Luhmannsche Systemtheorie, als kultursoziologische, durchaus selbstbewusste Problembeschreibung moderner Gesellschaften. Einerseits. Andererseits ist es auch ein sehr ärgerliches Buch. Will man, wie Nassehi, ein in sich normativ enorm stark aufgeladenes Phänomen rein analytisch fassen, so lässt sich doch die Frage stellen, ob und wie das gelingen kann. Inhalt und Form auf diese Weise so stark voneinander zu lösen, eröffnet zwar eine analytisch fruchtbare Perspektive. Aber sie zahlt einen hohen Preis, um den der Autor offenbar auch selbst weiß: Strukturelle Gemeinsamkeiten verdecken inhaltliche Unterschiede. Das wäre für sich genommen auch nicht bedauerlich, aber es führt die Gefahr der Gleichsetzung ein. Das weiß auch Nassehi. Nicht umsonst hebt er beispielsweise offensiv hervor, sein Anliegen bestehe nicht in der Gleichsetzung von Klimaprotesten und rechtspopulistischem Protest bei der Suche nach Gemeinsamkeiten unterschiedlicher Protestformen. Explizit verwirft er gar das, was er eine „Hufeisentheorie des Protests“ (S. 35) nennt. Doch man kann sich fragen, wie weit diese Distanzierung reicht, wenn eben diese Gleichsetzung auf dem Fuße folgt. Wie sonst kommt die Einschätzung zustande, wonach „gerade die sozialen Netzwerke sichtbar [machen], wie sehr sich linker und rechter Protest in der Verachtung der Gegenwart ähneln können“ (S. 35f.)?

Dass es hier nicht nur um eine rhetorische Unsauberkeit geht, zeigt sich, wenn Nassehi, zusätzlich zu der Frage nach dem Verhältnis von Protest und Gewalt, ganz nebenbei auch noch identitätspolitische Fragen in ihren Ausprägungen als Protestformen verhandeln will. Auch hier zeigt sich dieselbe Argumentationsfigur. Wieder betont Nassehi überdeutlich, in der Debatte um Identitätspolitik ginge es ihm nicht um eine „Kritik an Identitätspolitik“ (S. 52), nur um ebendiese nachzuliefern. Bei Nassehi klingt das dann so: Es gäbe eine „Empörungsbereitschaft von allen Seiten, die öffentliche Debatten so schwierig werden lässt, sobald es um Identitätsfragen geht oder sobald alle möglichen Themen auf dem Identitätsfeld ausgetragen werden.“ (S. 58). Kehrt man zu Nassehis theoretischem Framing zurück, wonach Proteste kommunikative Nein-Stellungnahmen sind, wird der theoretische Kurzschluss deutlich. Das Problem sei „das fast völlige Fehlen von Stoppregeln“ (S. 126) für Nein-Stellungnahmen im gesellschaftlichen Diskurs. Eben diese Stoppregeln, oder besser gesagt – Regeln zur Strukturierung des Diskurses – gibt es durchaus. Gerade marginalisierte Gruppen sorgen immer wieder dafür, dass solche Stoppregeln, nach oft anstrengenden Kämpfen, kommunikativ etabliert werden. Forderungen nach diskriminierungsfreier oder wenigstens diskriminierungssensibler Sprache sind eben solche Versuche, kommunikative Grenzen zu ziehen. Nur kann Nassehi diese nicht sehen, da sie selbst wiederum inhaltlich, beziehungsweise diskursiv definiert und nicht funktionalistisch festgelegt werden können.

Man könnte wohlwollend argumentieren, dass Nassehi hier vor allem an die Effekte der sozialen Netzwerke, an die kommunikative „Erhitzung“ (ebd.) gesellschaftlicher Debatten, allein durch die technische Veränderung von Kommunikationsmöglichkeiten denkt. Spätestens wenn Nassehi im Protest gegen den Kapitalismus aber nichts weiter sehen kann, als einen „Platzhalter für das Unbehagen am der Unübersichtlichkeit der Moderne“ (S. 82f.), eine „Chiffre“, einen bloßen Signifikanten, muss man sich jedoch fragen, ob hier wirklich noch Analyse und Inhalt getrennt werden. Vielleicht sieht man hier - mit Nassehis eigenen Worten, „die einprogrammierte Enttäuschungserfahrung“ einer systemtheoretischen Analyse, die bekanntlich alles erklären will. Und dabei inhaltliche Fragen zur Makulatur werden lässt.

Armin Nassehi 2020:

Das große Nein. Eigendynamik und Tragik des gesellschaftlichen Protests.

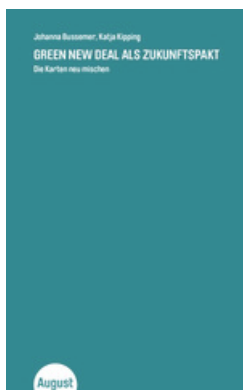
kursbuch.edition, Hamburg.

ISBN: 978-3961961283.

160 Seiten. 20,00 Euro.

Zitathinweis: Max Tribukait: Die Unerreichbarkeit der Gesellschaft. Erschienen in: Klima
Katastrophe Kapitalismus. 62/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1727>. Abgerufen am: 11.
01. 2022 13:33.

Da geht noch was



Johanna Bussemer / Katja Kipping
Green New Deals als Zukunftspakt
Die Karten neu mischen

Der Green New Deal hat viele falsche Freunde. Wichtig wäre eine Linke, die die Transformation innerhalb des bürgerlichen Staats vorantreibt.

Rezensiert von [Lutz Achenbach](#)

Erst grün angemaltes Wachstumsprogramm, dann von der EU-Kommission vereinnahmt. Dass der Green New Deal viele falsche Freunde hat, spricht nicht zwingend gegen ihn. Im Gegenteil. Angesichts des knapper werdenden CO₂-Budgets bis zur Erreichung kritischer Kippunkte sind programmatische Entwürfe zur Bewältigung der Klimakrise gefragt. Folgerichtig hat sich auch die ehemalige Vorsitzende Katja Kipping dem Green New Deal zugewandt.

Im parlamentarischen Abstiegskampf nach der Bundestagswahl ist das angesagter denn je. Denn auch die Linke als gerupfte sozialdemokratische Partei muss nach einem neuen Transformationsprojekt Ausschau halten, will sie nicht noch weiter an Einfluss verlieren. Dafür aber muss sie zentrale gesellschaftliche Debatten führen. Und da kommt der Vorschlag eines Green New Deal von sozialdemokratischen Linken aus Großbritannien und den USA gerade recht, strebt dieser doch eine Verbindung ökologischer und sozialer Kämpfe an. Gleichzeitig haftet ihm der Verdacht einer angeblich unzulässigen Vermengung von verschiedenen Politikfeldern an. So heißt es aus grün-liberalen Kreisen, dass die Klimakrise von der Linken genutzt werde, um Forderungen durchzusetzen, die mit der Klimakrise nichts zu tun hätten, etwa Gesundheitsversorgung für alle oder die Reduzierung der Arbeitszeit. Stattdessen gelte es, auf ökologische Modernisierung durch Förderung entsprechender Unternehmen zu setzen und dies nicht mit sozialpolitischen Forderungen zu belasten.

So wird das nichts

Um dem gesellschaftlich seit Fridays for Future erwachten Klimabewusstsein eine politische Heimat zu geben, braucht es für die Linke daher eine kohärente Erzählung, warum die soziale und ökologische Krise nur in eins zu bewältigen ist. Kipping und ihrer Mitautorin Bussemer ist das bewusst, aber leider gelingt ihnen die Verbindung nicht. Das macht die Lektüre quälend und wirkt besserwisserisch. Es entsteht der Eindruck, die Klimakrise wäre nur das neueste, letzte Argument, sich endlich der sozialen Frage zuzuwenden, und die Linke hätte es schon immer gesagt.

Wesentlicher Punkt ist etwa die Propagierung des Grundeinkommens. Hier wird sich nicht mal die Mühe gemacht, diese Forderung in eine Verbindung mit dem Erfordernis einer ökologischen Transformation zu bringen. Die bekannten Argumente für das Grundeinkommen als Verbesserung des Loses der Prekären werden wiederholt und ergänzt um die Idee eines Weiterbildungsgrundeinkommens. Diese besagt, dass mit dem industriellen Umbau Arbeitsplätze verloren gehen und es den Betroffenen ermöglicht werden soll, sich beruflich weiter zu qualifizieren. Systematisch unterbelichtet bleibt aber das Problem der anstehenden Abwicklung ganzer Industriezweige bei der Umstellung auf erneuerbare Energien. Weiterführend sind hier die

Überlegungen von Riexinger in seinem Buch zum Green New Deal aus dem Vorjahr, der – wie im amerikanischen Entwurf des Green New Deals – die Idee einer Jobgarantie propagiert. Arbeiter*innen, die in Folge des Umbaus der Industrie ihren Job verlieren, sollen Anspruch auf einen Job zu gleichen Konditionen im öffentlichen Sektor bekommen oder auf Kosten der Unternehmen neu qualifiziert werden. So soll der Konflikt zwischen den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten und den Forderungen nach einem ökologischen Umbau entschärft werden. Da es sich um häufig gut bezahlte Stellen im Automobil- und Energiesektor handelt, die verloren gehen, ist das Angebot eines Grundeinkommens für die Betroffenen kaum attraktiv. Wieso die Forderung nach der Jobgarantie von den Autorinnen aufgegeben wurde, lässt sich nur erahnen im Vorwurf, dass „Aufstehen“ lediglich den Lebensstil „deutscher Mittelschichten (die dann oft irreführend „Arbeiter“ genannt werden)“ (S. 147) retten wollte.

In welche Sackgasse die innerparteiliche Debatte um das Verhältnis von ökologischer und sozialer Ausrichtung die Beteiligten manövriert hat, wird deutlich. Die Darstellung des Konflikts zwischen Wagenknecht und Kipping als Milieukonflikt zwischen altindustrieller, männlicher, weißer Arbeiterklasse und urbanem, ökologisch-bewusstem aber auch prekärem und migrantisch geprägtem Lohnabhängigen erscheint somit nicht nur als Karikatur sondern trifft einen wahren Kern. Der innerlinke Anspruch einer verbindenden Klassenpolitik, der diese Gegenüberstellung überwindet, bleibt unerfüllt.

Riexinger fordert immerhin zu einem Nachdenken über die anstehende Konversion auf, haben doch Entwertung und Abwicklung der fossilen Industrie die Frage nach Enteignung und Vergesellschaftung mit aller Wucht auf die Agenda befördert. Bei Kipping und Bessemer fehlen solche Debatten zur Gänze. Allenfalls werden Industriepolitik und Planung zaghaft mit der Formulierung vom „Umsteuern“ angedeutet. Dass die beiden international intensive Debatten geführt haben, ist sehr erfreulich; als Leser*in hätte man allerdings gern mehr von ihnen erfahren. Überhaupt werden die innerlinken Debatten zum Green New Deal nicht vorgestellt, was die Chance geboten hätte, den Vorschlägen weitere Tiefe und Ernsthaftigkeit zu verleihen. Dass die Autorinnen das Buch mit einer Not-to-do-Liste aus albernen Glückskekssprüchen ausklingen lassen („das Lachen nicht verlernen“, „ins Private flüchten“), wirkt da symptomatisch.

Die Zeit ist reif

Somit bleibt die Aufgabe unerledigt, für die Linke einen programmatischen Entwurf für den Green New Deal zu formulieren. Immerhin: Dass die Autorinnen den Anspruch formulieren, die Klimakrise nicht nur als Vehikel für sozialpolitische Forderung zu nutzen, sondern die Notwendigkeit einer ökologischen Transformation anerkennen und hierfür Vorschläge machen, ist ihnen hoch anzurechnen. Zusammen mit Riexingers konzeptionellen Überlegungen und konkreten Vorschlägen weisen sie die Richtung. Denn die Notwendigkeit einer neuen Hegemonie aus sozialen und ökologischen Kämpfen, aus parlamentarischen Linken, Gewerkschaften und Klimabewegung steht außer Frage. Gerade angesichts des Bedeutungsverlusts der Gewerkschaften und der institutionellen Schwäche der Klimabewegung besteht Bedarf nach einem linken Akteur, der innerhalb des bürgerlichen Staats die Transformation vorantreibt. Wie selten zuvor ist eine sozialdemokratische Politik gefordert, die Ressourcenverbrauch reduziert durch die Schaffung von Gemeingütern – insbesondere im Verkehrssektor – und das notwendige Geld in die Hand nimmt, um eine neue Infrastruktur aufzubauen. Wie lange nicht sind Schuldenbremse und marktbasierter Lösungen als Antwort auf die Klimakrise diskreditiert und die Rufe nach einem intervenierenden Staat laut zu vernehmen. Dem Primat der Profitmaximierung, das für die aktuelle soziale und ökologische Krise verantwortlich ist, ganze gesellschaftliche Bereiche wieder zu entreißen, um diese nachhaltig umzubauen, dies mit dem Ziel der Sicherung der gesellschaftlichen Reproduktion auf einer geringeren Energiebasis, ist das Gebot der Stunde. Mag auch noch konzeptionelle Arbeit ausstehen, kaum ein Vorschlag verkörpert dieses Vorhaben gesellschaftlichen Fortschritts so überzeugend wie ein radikaler Green New Deal.

Johanna Bussemer / Katja Kipping 2021:

Green New Deals als Zukunftspakt. Die Karten neu mischen.

August Verlag, Berlin.

ISBN: 978-3-941360-88-4.

176 Seiten. 12,00 Euro.

Zitathinweis: Lutz Achenbach: Da geht noch was. Erschienen in: Klima Katastrophe Kapitalismus.

62/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1726>. Abgerufen am: 11. 01. 2022 13:33.

Nach unten schauen!



Eva von Redecker
Revolution für das Leben
Philosophie der neuen Protestformen

*Der Widerstand gegen die kapitalistische Herrschaft bezieht
notwendigerweise einen anderen Blick auf Leben und Naturzyklen mit ein.*

Rezensiert von [Johanna Bröse](#)

Ein „Planeten-Killer“-Komet rast unaufhaltsam auf die Erde zu. In sechs Monaten und 14 Tagen wird er mit der Erde kollidieren. Das Ende der Menschheit, das Ende der Welt, wie wir sie kennen. Aber die politischen und wirtschaftlichen Eliten haben andere Interessen als den Schutz der Erdbevölkerung: Den Ausbau der eigenen Machtsphären, grenzenlose Ressourcennutzung, maximaler Profit. Dass die Erde dabei zu 99,78 Prozent komplett zerstört und lebensunwert gemacht wird? Ausnehmend schlechter Zeitpunkt für diese Art von Information im aktuellen Politzirkus: „The timing is just, it’s atrocious. Okay, at this very moment, I say we sit tight and assess.“ Grob übersetzt: Die Arschbacken zusammenkneifen – und nichts tun. Einzige Handlungsoption? Milliarden schweren Tech-Visionär:innen dabei zu applaudieren, wie sie die Karre vollends in den Dreck setzen.

Die Idee, den Umgang der Herrschenden mit Klimakrise und Pandemie popkulturell zu verarbeiten, bescherte dem Blockbuster „Don’t look up!“ von Regisseur Adam MacKay im Winter 2021 satte Besucher:innenzahlen. In jeder Filmbesprechung werden Parallelen in die Jetztzeit gezogen, die schmerzhaft offensichtlich sind. Gleichzeitig ziehen wir aber kaum Lehren darüber, wie dem Klima-Desaster – und dem Grauen des weltumspannenden Raubbaus von Mensch und Natur – noch Einhalt geboten werden kann. Hier kommt das Buch „Revolution für das Leben“ gelegen, das die Philosophin Eva von Redecker vor einiger Zeit veröffentlicht hat.

Wo war der Strand nochmal?

Die seltsame Starre, die die Wissenschaftlerin Kate Dibiasky im Film erfasst, als sie in der – satirisch etwas zurechtgespitzten – kapitalistischen Ordnung versucht, Lösungswege zu sehen, ist eine, die auch in der Bewältigung der Corona-Pandemie sichtbar wird. Wir sehen Menschen, die von anderen Menschen, von solidarischer Organisierung, vom Glauben an die eigene und kollektive Handlungsfähigkeit weit entfernt sind oder sich von der sie umgebenden Welt entfremdet fühlen. Ein Zustand, den von Redecker einordnet: „Es mag abwegig erscheinen, dass wir uns in einer Welt, in der 7,7 Milliarden Menschen leben, verlassen fühlen sollten. Aber die Verlassenheit ist keine Frage der Existenz anderer, sondern der Beziehung zu ihnen“ (S. 40).

Es sind Begriffe wie Sachherrschaft, sachliche Herrschaft oder Phantombesitz, mit denen von Redecker zentrale Bereiche des gesellschaftlichen Lebens beschreibt. Letzterer etwa „ist ein Grundbaustein moderner Identitäten. Er besteht einerseits im Anspruch über bestimmte andere zu verfügen und andererseits darin, auf bestimmte Weisen als verfügbar zu erscheinen. Phantombesitz kann man also haben – oder sein“ (S. 34).

Was „Leben“ sei, das führt sie schon auf den ersten Seiten aus: Es müsse gefasst werden als „Befreiung von kapitalistischer Herrschaft“ (S. 9), geht also über den allgemeinen Lebensbegriff hinaus. Leben und Kapitalismus, das passt objektiv nicht zusammen, denn die kapitalistische Wirtschaftsweise verwüstet den Planeten, und damit unsere Lebensgrundlage. Sie ist dennoch tief in unseren Alltag eingraviert, verstärkt darin autoritäre Dynamiken, Herrschaftsverhältnisse und Verwertungslogiken. Leben im Kapitalismus sei, so schreibt Eva von Redecker, als säßen wir „in einer hohtourigen Achterbahn, deren Gerüst bröckelt“ (S. 127). Kommen wir da überhaupt lebend raus?

Von Redeckers gesellschaftliche Bestandsaufnahme geht in vornehmlich historisch angelegten Unterkapiteln vor: Beherrschen, Verwerten, Erschöpfen und Zerstören fungieren dabei als Zustandsbeschreibungen der destruktiven kapitalistischen Welt. Dann, der dialektische Kniff: Von Redecker zeigt Möglichkeiten, wie diese Weltverhältnisse überwunden werden könnten: „Katastrophen-Vergegenwärtigung“ (S. 92) als Modus der neuen Protestformen. Ähnlich wie den Underdog-Wissenschaftler:innen bei „Don't Look Up“ geht es dabei nicht darum, sich Illusionen über eine Umkehr zu machen, „vielmehr versuchen sie verzweifelt, das allgemeine Bewusstsein dafür zu schärfen, dass wir kaum noch Aussichten auf eine Zukunft haben“ (S. 93). Es geht um den Umgang mit den unvermeidlichen Konsequenzen. Der Marx'schen Lokomotive, auf die schon die Benjamin'sche Notbremse andere Blickwinkel ermöglicht hat, stellt Eva von Redecker nun auch noch die Dampf Wolke als klimatechnisch passendes Bild hinzu. Es sei, so sagt sie in einem Gespräch mit dem *Philosophiemagazin*, „der Kohlenstoff in der Luft, den die Lokomotive zurückgelassen hat, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen.“

Katastrophen kommen (wie im übrigen auch Revolutionen) nämlich nicht nur als Knall vor, sondern sind langgezogene Prozesse. Von Redecker macht deutlich, dass es nicht mehr um ein konkretes Aufhalten derselben geht, sondern darum, Möglichkeiten für den Erhalt des Bestehenden zu erweitern, und dass dieser Blick auf die Verfassung der Welt, das Erkennen der unmittelbaren Notwendigkeit zum kollektiven Handeln, schon an sich ein wichtiger Akt für die kommende Revolution ist.

Die „könnten“-Proteste

Die Redeckersche Revolution wird nicht im luftleeren Raum gemacht, sondern kleinteilig, an vielen Orten der Welt, rettend, regenerierend, fürsorgend, bewahrend. Von Redecker macht seit einigen Jahren einen neuen Typus von Protesten aus, denen sie weite Teile ihres Buchs widmet. Es sei ein „Aufstand der Lebenden gegen die Lebenszerstörung“ (S. 10). Die Proteste verschieben den Fokus auf Aspekte des solidarischen Zusammenlebens: „Wir könnten Leben retten [...] könnte(n) menschliche Tätigkeit regenerieren, [...] könnten (Güter) teilen“ (S. 15f.) und revolutionäre Fürsorge gegenüber der Welt und den auf ihr wohnenden Lebewesen walten lassen: „Sie [die Aktivist:innen, Anm. JB] kämpfen nicht nur für ihre eigenen Brüder, sondern in beharrlicher Verbundenheit für eine politisch gewählte weitere Verwandtschaft.“ (S. 126)

Eva von Redeckers Absicht scheint es nicht zu sein, Handlungsanleitungen zu geben, wie die Revolution für das Leben umzusetzen wäre. Im größten Teil ihres Werks geht es um die erwähnte Katastrophen-Vergegenwärtigung: Rekapitulieren, was ist. Hoffnung, so schreibt sie, „darf sich nicht bei der Zukunft bedienen“ (S. 139); oder anders gesagt: „Unter dem Pflaster ist kein Strand, sondern aufgeschütteter Kies und darunter eine Lehmschicht.“ (S. 66) Angeregt durch die großartigen Bilder, die die Philosophin immer wieder entwirft, geht es also vielleicht erstmal um den Blick auf die Erde, auf der wir uns bewegen; auf die einzelnen Pflastersteine, die Risse im Asphalt. Von Redecker fordert ihre Leser:innenschaft auf, den Blick auf das Dazwischen zu richten, auf Naturkreisläufe und Lebenszyklen, auf die vielfältigen Möglichkeiten für eine achtsame, sanfte, zärtliche Revolution. Eine Revolution, die „in den Zwischenräumen das Alten“ (S. 153) bereits angebrochen ist, wie die Autorin schreibt.

Es liegt in unseren Händen

Was im eingangs erwähnten Blockbuster nahezu vollständig vernachlässigt wird, ist in von Redeckers Buch zentral gesetzt: Gegen die kapitalistische Zurichtung der Welt regt sich organisierter Widerstand, und zwar an allen Ecken und Enden. Die Aktivist:innen von Black Lives Matter, NiUnaMenos, Ende Gelände und vielen weiteren Zusammenschlüssen – sie eint eine Logik: Einhalt gebieten statt beherrschen, regenerieren statt erschöpfen, aufbauen statt zerstören: „Die neuen Formen des Widerstands gehen von einer Mobilisierung für akut bedrohte Leben aus und kämpfen für die Aussicht auf geteiltes, gemeinsam gewahrtes und solidarisch organisiertes Leben.“ (S. 10)

Neben den Arenen, welche die neuen Protestformen für nicht-kapitalistische Organisationen aufmachen, darf jedoch auch die alte Arena des Arbeitskampfs nicht untergehen. Viele Räder, die blockiert werden müssen, um die kapitalistischen Mühlen lahmzulegen, sind nämlich dort, in der Produktionssphäre und den Bereichen der Lohnarbeitsförmigen Reproduktionsarbeit, zu finden. Obgleich diese Argumentation so nicht bei von Redecker auftaucht, lässt sie sich durchaus zwischen den Zeilen lesen. Von Redecker argumentiert zunächst einmal materialistisch, feministisch und antirassistisch zugleich, wenn sie schreibt: „Eine auf Lohnarbeit beschränkte Klassenpolitik schwächt den Klassenkampf und befördert Plünderungsdynamiken in neuen Grenzgebieten. Sie verschiebt die Schlachthöfe“ (S. 83). Erweiterung statt Engführung der Kampfplätze, sozusagen. Klassenpolitik, so ihre Theorie, hat viel „größere Wucht“, wenn man unter dem Klassenbegriff all jenes versteht, „was im Dienste der Wertschöpfung eingehgt und geplündert wird“ (S. 83). Darunter fallen nach Vorstellung der Autorin neben allen Sphären, in denen Menschen ausgebeutet werden, auch die Elemente der Natur, also Lebensgrundlagen.

Im Prozess der kapitalistischen Verwertung (von Redecker nutzt hier den Begriff der sachlichen Herrschaft) hat Phantombesitz Klassencharakter: „Die Arbeitskraft als in der Schwebe gehaltenes Selbsteigentum ist somit immer schon im Phantombesitz der bürgerlichen Gesellschaft.“ (S. 75) Damit sind die Revolutionen in den Zwischenräumen, die Eva von Redecker herausarbeitet, auch Überwindungen des Phantombesitzes, Selbstaneignung. Nicht zuletzt ist die Welt, die gerade immer weiter zerstört wird, Produkt von umfassenden Prozessen menschlicher Schaffenskraft:

„Hände. Menschliche Hände. (...) Hände mit Tattoos, Hände mit Nagellack, Hände mit Goldringen. Hände am Mainhafen, die mit dem Gabelstapler Paletten von Containern fahren, Hände in den Zulieferbetrieben. Hände in der Phosphatmine. Hände, die Overalls waschen und Teller hinstellen und Hände, die Hände halten.“ (S. 67)

Die ökologische Utopie, über die Entfremdung der Verwertungslogik hinweg: Nicht (nur) sitzen und abwägen, sondern auch machen, auf alle erdenklichen Weisen: „Was aus den diversen, oft gegenläufigen Rebellionen für das Leben eine Revolution macht, ist die Verweigerung der Abstufung und die Verknüpfung des Kampfs für das Leben mit dem für die geteilten Lebensgrundlagen, die allen gleichermaßen zustehen.“ (S. 151)

Die Stärke des Buches, ein lebendiges Koordinatensystem unterschiedlicher revolutionärer Situationen aufzuspannen, zeigt zugleich allerdings auch die Schwierigkeiten des Anliegens auf. Geht es bei dem Fokus auf die neuen solidarischen Beziehungsweisen um die Abschaffung des Kapitalismus durch diese und oder sind diese gleichzeitig auch Schutzvorrichtungen gegen die Zurichtung durch die kapitalistische Lebensweise – und damit auch potenziell für seinen Fortbestand einsetzbar? Unklar bleibt, wie ein Umgang damit ist, wenn sich die widerständigen Handlungen durch den Kapitalismus einhegen oder kooptieren lassen. Diese Fragen werden sicherlich auch die Autorin umtreiben. So oder so ist Eva von Redecker mit dem Buch eine sehr weise – und wegweisende – Zusammenschau einer revolutionären Zukunft, einer „Weltwiederannahme“ (S. 146), gelungen.

Eva von Redecker 2020:
Revolution für das Leben. Philosophie der neuen Protestformen.
S. Fischer, Berlin.
ISBN: 978-3103970487.
320 Seiten. 23,00 Euro.

Zitathinweis: Johanna Bröse: Nach unten schauen! Erschienen in: Klima Katastrophe
Kapitalismus. 62/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1736>. Abgerufen am: 11. 01. 2022
13:33.

Vogelfreund als Wetterfrosch



Jonathan Franzen

Wann hören wir auf, uns etwas vorzumachen?
Gestehen wir uns ein, dass wir die Klimakatastrophe nicht verhindern können

Der Erfolgsautor erklärt den Kampf gegen den Klimawandel für gescheitert.

Rezensiert von [Sam Oht](#)

Als Romanautor, der die Deformationen und Abgründe der intimen (Familien-)Beziehungen auf unterhaltsame Weise zur Darstellung bringt, hat Jonathan Franzen in der Vergangenheit viel Anerkennung bekommen. Für seine Essays zum Klimawandel weniger. „Die Reaktion der Klima-Community, vor allem in den sozialen Medien, war geradezu bösartig negativ“ (S. 15), klagt der etwas selbstmitleidige Autor im Vorwort zum vorliegenden Buch.

Grob zusammenfassen lassen sich seine Thesen so: der Kampf gegen den Klimawandel ist verloren; wer etwas anderes behauptet, sei vermutlich Teil der „Klima-Community“ mit nicht näher bestimmten „Interessen“. Daraus folgt keine grundsätzliche Absage Franzens an den Klimaschutz. Zwar werde sich die Erwärmung langfristig nicht bremsen lassen, so der Autor, sie lasse sich aber möglicherweise herauszögern. Und, weil es Franzen weniger um die Veränderung der Welt, als um die Arbeit am Selbst geht, meint er: „die ethische Anstrengung, unseren CO2-Fußabdruck zu verkleinern, ist wichtig; es ist etwas, das einem ein gutes Gefühl verschafft.“ (S. 53) Gleichzeitig fordert er, „ein bisschen mehr über lösbare Probleme“ (S. 51) zu reden. „Umweltprobleme (...) die tatsächlich gelöst werden könnten“ (S. 50) scheinen für ihn solche zu sein, die mit etwas Engagement und Geld, aber ohne eine grundsätzliche Umwälzung der Produktionsverhältnisse angegangen werden können. Beispielsweise die Einrichtung von Vogelschutzgebieten – statt Vergesellschaftung der Energieversorgung und der sonstigen Produktionsmittel.

Wirklich alles zu spät? Ja, zu spät

Mag sein, dass dem Kampf gegen den Klimawandel ein Zeitindex innewohnt; dass der Menschheit nach dem Überschreiten von kritischen Klima-Kippunkten nichts anderes mehr bleibt, als den Ablauf der Katastrophe zu verlangsamen. Und Anpassungsversuche an sich verändernde Bedingungen zu unternehmen. Fragwürdig aber ist die Gewissheit, mit der Franzen davon ausgeht, dass sich das Überschreiten sämtlicher Kippunkte nicht mehr verhindern lasse. Dies sei nur noch „theoretisch“ möglich, in Gedankenmodellen, die nicht nach den „Grenzen der menschlichen Psyche und der politischen Wirklichkeit“ (S. 27) fragen. Und natürlich kann er auf allerlei Phänomene und Tatsachen verweisen, um die Hoffnungslosigkeit der Situation zu begründen. Allerdings richtet sich sein Blick dabei nur auf die Moral der Konsument*innen und den politischen Willen der Regierenden. Die gesellschaftlichen Verhältnisse und deren Gesetzmäßigkeiten sind für ihn kein Thema. Es wird geklagt über die „menschliche Natur“, gegen die „anzukämpfen [...] richtig und gut“ (S. 37) sei; aber es wird kein Wort verloren über kapitalistischen Akkumulationszwang. Unhinterfragt vorausgesetzt ist der Mensch eine, auf sein borniertes Privatinteresse zurückgezogene, Warenmonade; die zur Verfügung stehenden Ressourcen sind in der Geldform gefangen und die politische Einrichtung der Welt zerfällt in konkurrierende

Nationalstaaten. Werden diese Gegebenheiten aber nicht zum Gegenstand der Kritik gemacht, lässt sich die Gesellschaft auch nicht als veränderbar denken.

Dabei ist die Veränderung der Welt ja genau deswegen notwendig, weil die Chancen dafür so schlecht stehen; weil alles verhängnisvoll in eine falsche Richtung läuft. Dass mit der Zuspitzung der Katastrophe auch der Druck, mit dem „weiter so wie bisher“ zu brechen, größer wird, löst bei Franzen „als Vogelfreund“ Frustration aus, weil er „die öffentliche Diskussion über Umweltfragen nach wie vor so stark vom Klimawandel dominiert“ (S. 12) sieht. Dies ginge, so meint Franzen, zu Lasten der Probleme, wo sich „noch immer sinnvolle und effektive Maßnahmen ergreifen ließen“ (S. 13).

Hoffnung um der Hoffnungsvollen willen

Der eigentliche Kern des Essays formiert sich um den Begriff der Hoffnung. Schon im Klappentext wird als Alternative zu den immer wieder von der Realität frustrierten Hoffnungen auf wirkliche Veränderungen (Linksradikale kennen das) vorgeschlagen: „Oder wir akzeptieren, dass das Unheil eintreten wird, und denken neu darüber nach, was es heißt, Hoffnung zu haben.“ Dabei scheint Franzen weniger als in früheren Texten damit zu ringen, ob diejenigen „die mehr Hoffnung im Leben brauchen“, die solche düsteren Perspektiven nicht ertragen, „Nachsicht verdienen“ (Franzen 2019, S. 26). Er schreibt mit dem klaren Bewusstsein des Kleinaktionärs über die Notwendigkeit von Ehrlichkeit, „weil Hoffnung eine Investition wie jede andere ist, also am besten mit klarem Blick getätigt wird“ (S. 15). Aber seine Vorstellungen davon, worauf sich noch hoffen lässt, zeugen von einem bornierten Konformismus. Eine grundlegende Veränderung der Welt scheint Franzen unmöglich. Aber die Bewahrung von „Demokratie“ und „Rechtsstaatlichkeit“, sowie „faire Wahlen“ (S. 36f.) hält er – durchaus typisch für das privilegierte Bürgertum, dass nichts von den historischen, gesellschaftlichen und materiellen Bedingungen seiner Existenz wissen will – auch dann für möglich, wenn der Klimawandel ganze Regionen unbewohnbar macht.

Seine langfristige Hoffnung ist, „dass die Zukunft, selbst wenn sie zweifellos schlechter sein wird als die Gegenwart, in mancher Hinsicht auch besser sein könnte“ (S. 39). Aber, wieder der Kleinaktionär von eben: „in Anlehnung an den Rat von Finanzplanern würde ich ein ausbalanciertes Portfolio empfehlen, mit wenigen langfristigen und vielen kurz- bis mittelfristigen Hoffnungen“ (S. 37). Verdinglichtes Bewusstsein auf der Suche nach Sinn und moralischer Erhebung. Auch wenn Franzen nichts wissen will von einer Kritik an seiner Sprechposition, so ist dem Essay doch anzumerken, „dass ein privilegierter Weißer ihn geschrieben“ (S. 16) hat.

Veränderung von oben?

Franzens Problem mit der „Umweltbewegung, die sich früher für wild lebende Tiere und Pflanzen und die Bewahrung ihrer Lebensräume starkgemacht hatte“, ist, so wird an vielen Stellen deutlich, dass diese heute „fast gänzlich vom Thema Klimawandel in den Bann geschlagen“ (S. 11f.) sei. Also, dass sie sich mehr um Windräder als um Vogelschutz kümmert. Er kritisiert einen rein technologischen Klimaschutz mit einem eskapistischen Naturschutz, der sich wenig für die Menschen und ihre Verhältnisse interessiert. Soziale Kämpfe tauchen kaum auf. Die Bewegung der *gilets jaunes*, der französischen Gelbwesten, die durchaus relevant für eine linke Position zur Klimapolitik ist, wird reduziert auf: „die Menschen in Frankreich randalieren schon wegen einer geringfügigen Benzinststeuer“ (S. 50). Für Franzen ist das ein weiterer Beweis, dass der Klimawandel aufgrund der *conditio humana* nicht gestoppt werden kann. Weil die Menschen weder „selbstlos“ noch „vorausschauend“ sind, wären die notwendigen Veränderungen „um es milde auszudrücken, sozialer Sprengstoff“ (S. 55). Selbstredend stellt er sich Klimaschutz als „eine Top-down-Intervention“ (S. 28) vor, die für „eine überwältigende Anzahl von Menschen“ keine Befreiung aus falschen Verhältnissen, sondern „eine erhebliche Einschränkung ihres gewohnten Lebensstils“ (S. 29) bedeuten würde.

Franzen ist zu konformistisch, um emanzipatorische Veränderung zu denken, gleichzeitig zu liberal, um sich eine autoritäre Klimadiktatur vorstellen zu können. Also muss die gegenwärtig ablaufende Katastrophe auf der gleichen Bahn weiterlaufen. Und vielleicht ist sein Essay ja am besten zu verstehen als eine Einübung, die aktuellen und die kommenden Katastrophen zu akzeptieren. Vielleicht ist er darin auch gar nicht so verschiedenen von seinen Romanen, wo die beschädigten, aber trotzdem irgendwie auch sympathischen Figuren am Ende, trotz aller Probleme mit sich und ihren Liebsten und der Welt, wie sie nun mal ist, doch irgendwie zurechtkommen.

Zusätzlich verwendete Literatur

Jonathan Franzen (2019): Das Ende vom Ende der Welt. Essays. Rowohlt, Hamburg.

Jonathan Franzen 2020:

Wann hören wir auf, uns etwas vorzumachen? Gestehen wir uns ein, dass wir die Klimakatastrophe nicht verhindern können. Übersetzt von: Bettina Abarbanell.

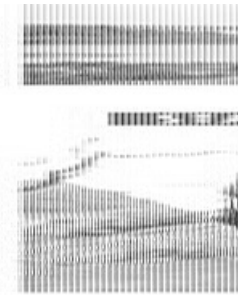
Rowohlt Taschenbuch, Berlin.

ISBN: 978-3-499-00440-7.

64 Seiten. 8,00 Euro.

Zitathinweis: Sam Oht: Vogelfreund als Wetterfrosch. Erschienen in: Klima Katastrophe Kapitalismus. 62/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1723>. Abgerufen am: 11. 01. 2022 13:33.

Die Narmada-Staudämme und der Widerstand dagegen



Ulrike Bürger

Staudamm oder Leben!

Indien: Der Widerstand an der Narmada

Staudammprojekte sorgen aufgrund ihrer ökologischen und menschenrechtlichen Konsequenzen immer wieder für Aufsehen und Kritik. Ulrike Bürger beschreibt, wie sich an der Narmada in Indien eine beeindruckende Widerstandsbewegung organisiert.

Rezensiert von [Horst Blume](#)

Wenn trotz schwierigster Bedingungen und erdrückender Übermacht des Staates Basisbewegungen bemerkenswerte Teilerfolge erringen, sollte dies nicht nur eine Meldung in den Tageszeitungen wert sein, sondern genauer unter die Lupe genommen werden. Der gewaltfreie Widerstand gegen die 30 Großstaudämme an der Narmada in Indien ist so ein Fall.

In ihrem Kampf gegen diese Großprojekte griffen im August 2012 insgesamt 51 Vertriebene zu einer sehr ungewöhnlichen Aktionsform. Sie verharrten bis zum Hals im langsam ansteigenden Wasser des Staudamms und kündigten in einem dramatischen Appell ihren Widerstand notfalls bis zum Ertrinken (*drown-satyagraha*) an. Begleitet von zahlreichen Solidaritätsaktionen konnten die AktivistInnen nach 16 Tagen als Zugeständnis am 10. 9. 2012 die Zusage erreichen, dass der Wasserspiegel des Stausees gesenkt wird, die Vertriebenen Ersatzland erhalten und weitere Forderungen geprüft werden.

Staudämme und ihre Folgen

Hinter diesem Staudammbau verbirgt sich der größte Landraub an indigenem Land seit vielen Jahrhunderten. Insgesamt werden in Indien 60 Millionen Menschen durch den Abbau von Bodenschätzen und neue Bauprojekte vertrieben. Durch zahlreiche neu ausgewiesene Sonderwirtschaftszonen werden ganze Landstriche für das Kapital zugewidmet und bestehende Schutzrechte für die örtliche Bevölkerung außer Kraft gesetzt. Die Konzerne haben freie Hand, denn der Staat setzt die Enteignung von Gemeinschaftseigentum mit Gewalt durch. Die Firma *Voith Siemens* ist im Fall Narmada Nutznießer an den Vertreibungen. An den 30 Großstaudämmen entlang des 1300 Kilometer langen Fluss Narmada sind insgesamt 25 Millionen Menschen von den Auswirkungen betroffen. Von ihrem Kampf handelt das Buch „Staudamm oder Leben!“ von Ulrike Bürger.

Im Vorwort beschreibt Lou Marin, wie im Namen einer fragwürdigen Entwicklungspolitik in vielen Ländern Megastaudämme und menschen- und naturfeindliche Industrieprojekte als „fortschrittlich und progressiv“ angepriesen werden, um sie besser durchsetzen zu können. Bereits kurz nach der Unabhängigkeit Indiens sprach der erste indische Premierminister Nehru in seiner Zukunftsvision von den Großstaudämmen als den „Tempeln des modernen Indien“. Im Gegensatz zu diesem von kapitalistischen Interessen geprägten Entwicklungsweg setzt sich seit den 1970er Jahren die Alternativbewegung für einen vollständig anderen menschengemäßen und ökologisch verträglichen Weg ein.

Die Autorin Ulrike Bürger hat in den letzten Jahren die Narmadaregion mehrmals besucht und viele Gespräche mit Widerstandleistenden geführt, um sich ein Bild über die Lage an den Staudämmen zu machen. Als Erstes analysiert sie im Buch den eurozentristischen, die herrschenden Zustände verschleiern den Begriff der „Entwicklung“ am Beispiel Indiens. Die unverbrieften traditionellen Landnutzungsrechte wurden zu Gunsten der Privatisierung von Land zurückgedrängt. Durch die Kommerzialisierung von Ressourcen wird die Lebensweise von bestehenden Gemeinschaften zerstört. Großstaudämme sollen Wasser für die industriell betriebene Landwirtschaft und die Industrie bereitstellen, Strom erzeugen und die Fluten regeln. Die großtechnische „Umformung von Ökosystemen in Produktionsmaschinen“ (S. 38) bewirkt eine Zentralisierung von Gemeinschaftsgütern in den Händen weniger Konzerne.

Ulrike Bürger stellt in diesem Buch detailliert dar, mit welcher Wucht und Konsequenz der Bau von Staudämmen in das bisher noch komplexe und recht ausgewogene Beziehungsgeflecht zwischen Natur und einheimischer Bevölkerung eingreift. Der von Überflutung bedrohte Wald dient als Quelle für Brennholz, Baumaterialien, medizinisch genutzte Wurzeln und Kräuter, für Gemüseanbau und Viehweiden. Die bisherigen Fischgründe sind ebenso bedroht wie der Sandabbau des Schwemmlandes. Kein Wunder, dass die Narmada nicht nur als eine große wirtschaftliche, sondern auch als spirituelle Lebensader angesehen wird. Der von Ost nach West quer durch Indien fließende Fluss wurde schon im 6. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung als „Mittellinie der Erde“ bezeichnet.

Facetten des Widerstands

Die herrschende indische Politik stellt den Staudambau als anzustrebenden Entwicklungsschritt dar. Die Protestierenden werden demgegenüber als rückschrittlich und primitiv bezeichnet und ausgegrenzt. Die AnwohnerInnen der Narmada begreifen ihre Lebensweise jedoch keineswegs als rückständig, sondern pfeifen auf diese Art der Entwicklung, weil sie genau wissen, dass sie am Ende der geplanten Maßnahmen ihr selbstbestimmtes, autarkes Leben verlieren und fremdbestimmt werden: „Wasser kommt aus Leitungen, die Medizin in Tablettenform und das Licht durch Kabel. Wir müssen Viehfutter kaufen. Alles hängt von irgend jemand anderem ab. Alles muss bezahlt werden.“ (S. 83)

In diesem Buch wird nicht nur auf die prekäre Lage der *Adivasi* (Indigene) in der Maheshwar-Region eingegangen, sondern es wird auch die Situation der hinduistischen Mehrheit am geplanten Maan-Staudamm dargestellt. Während bei den *Adivasi* egalitäre Strukturen, gegenseitige Hilfe, gemeinschaftliche Eigentumsformen und substantielle Frauenrechte vorzufinden sind, spielt in der Maheshwar-Region das hierarchische hinduistische Kastensystem eine große Rolle. Hier mussten Frauen zum Beispiel erst noch das Schleierablegen und das Recht auf Fahrradfahren durchsetzen. Aufgrund der guten wirtschaftlichen Situation der AnwohnerInnen, besserer Infrastruktur und des Zugangs zu modernen Kommunikationsmitteln, konnte der Widerstand gegen den Staudamm hier allerdings auch andere Vorteile nutzen.

Ausführlich untersucht wird in dem Buch die Organisation *Narmada Bachao Andolan* (NBA), die explizit gewaltfreien Widerstand leistet. Trotz brutaler Repression des Staates setzt sie auf zivilen Ungehorsam und nicht auf die brachial-militaristischen Methoden der maoistischen Naxaliten, wie sie etwa von der marxistischen Tageszeitung *junge Welt* bejubelt werden. Bemerkenswert ist bei dieser breitgefächerten gewaltfreien Bewegung ebenfalls ihr Grundsatz, nicht mit den von Eigeninteressen und Machtkalkül geleiteten politischen Parteien zu kooperieren. Die seit 1988 bestehende sozialpolitisch engagierte Widerstandsorganisation hat bisher 14 Schulen aufgebaut. Innerhalb des Widerstands wird versucht soziale Gleichheit zu leben, Hierarchie und Barrieren abzubauen und eine Kultur der Solidarität aufzubauen.

Immer wieder wurden in den letzten 25 Jahren Teilerfolge errungen, indem der Staudambau unterbrochen oder Korrekturen am Verlauf der Überschwemmung vorgenommen werden

mussten. Besonders wichtig war der Einsatz für eine angemessene Entschädigung, die nicht durch schnell verbrauchtes Bargeld, sondern durch die Bereitstellung von existenzsicherndem Land stattfinden sollte.

Einen besonders wichtigen Akzent setzt im Nachwort Shankar Narayan, indem er die brutale staatliche Gewalt sowie die Begeisterung und Mittäterschaft der aufstrebenden indischen Mittelschicht bei der Durchsetzung der Industrieprojekte anprangert. Diese setzen eine „Kette destruktiver Prozesse“ (S. 168) in Gang, die eine tödliche Bedrohung für die *Adivasis* darstellt. Er kritisiert, dass ein Großteil der Linken inkonsequent ist und keinen Rückbau beziehungsweise Abbau der Städte und des industriellen Komplexes fordert:

„Wie kann man nur eine Infrastruktur mit ihren Straßen und Kraftwerken und Institutionen wie moderne Schulen, Hochschulen und moderne Universitäten ohne industrielle Prozesse wollen? Wie kann man Städte mit so vielen Gebäuden wollen, Straßen, motorisierten Transport, Elektrizität und fließendem Wasser usw., die alle auf der Ausbeutung, dem Abbau und dem Transport von Ressourcen von außerhalb der Städte, aus den ländlichen Regionen und den Wäldern basieren? Und die nichts anderes als Zerstörung außerhalb der Städte bedeuten!“ (S. 169)

Indem er diese zugegebenermaßen sehr weitgehenden und grundsätzlichen Fragen aufwirft, regt er zur Diskussion darüber an, wie eine zukünftige Gesellschaft aussehen könnte. Und er wirft selbstverständlich weitere Fragen nach der Realitätstauglichkeit dieser Vorstellungen auf – oder ob bestimmte Zwischenschritte oder vorläufige Kompromisse teilweise Abhilfe schaffen könnten.

Zum Abschluss dieses sehr lesenswerten Buches wird die Gesamtentwicklung des Konfliktes noch einmal in einer zehnteiligen Chronik übersichtlich dargestellt. 30 Schwarz-Weiß-Fotos und ein umfangreicher Anhang mit Hinweisen, Glossar und Literaturverzeichnis laden zusätzlich zur vertiefenden Auseinandersetzung mit diesem Thema ein.

Ulrike Bürger 2011:

Staudamm oder Leben! Indien: Der Widerstand an der Narmada.

Verlag Graswurzelrevolution, Nettersheim.

ISBN: 978-3-939045-15-1.

222 Seiten. 14,90 Euro.

Zitathinweis: Horst Blume: Die Narmada-Staudämme und der Widerstand dagegen. Erschienen in: *Ökologie und Aktivismus*. 22/ 2012, *Klima Katastrophe Kapitalismus*. 62/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1065>. Abgerufen am: 11. 01. 2022 13:33.

Das trügerische Manifest der grünen Sozialdemokratie



Naomi Klein
Die Entscheidung
Kapitalismus vs. Klima

Naomi Klein plädiert leidenschaftlich für den Aufbau einer Massenbewegung, die den Klimawandel aufhalten und den Extraktivismus und den neoliberalen Kapitalismus mittels grün-sozialdemokratischer Reformen bekämpfen soll.

Rezensiert von [Christian Stache](#)

Es ist eine erhebliche Reduktion der Nutzung fossiler Brennstoffe weltweit notwendig, wenn das von allen Regierungen anerkannte Ziel erreicht werden soll, die Erderwärmung unter zwei Grad Celsius zu halten. Dabei handelt es sich, wie die kanadische Journalistin und Vordenkerin der Anti-Globalisierungsbewegung, Naomi Klein, festhält, ohnehin um einen „politisch festgesetzten Wert“, „der mehr damit zu tun hat, wirtschaftliche Zusammenbrüche zu vermeiden, als eine möglichst große Zahl Menschen zu schützen“ (S. 22f.).

Dass der Klimawandel *sofort* aufgehalten werden muss, ist der kategorische Imperativ, der im Subtext jeder der 704 Seiten der wortgewaltigen und lesenswerten Streitschrift Naomi Kleins „Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima“ mitschwingt. Er ergibt sich für den neuen Popstar der Bewegung für Klimagerechtigkeit einerseits aus der „Existenzkrise für die menschliche Spezies“ (S. 26), die der Klimawandel darstelle. Andererseits habe „unser jahrzehntelanges kollektives Leugnen (...) alle graduellen, schrittweisen Lösungen unmöglich gemacht“ (S. 34).

Bevor Klein ihre Vorschläge zur Lösung der Klimakrise diskutiert, betreibt sie in ihrem jüngsten Buch, das 2014 im englischen Original und im Frühjahr 2015 in deutscher Übersetzung publiziert wurde, im ersten von insgesamt drei Abschnitten Ursachenforschung. Im Zweiten analysiert sie die bisherigen politisch-ideologischen Projekte zur Bekämpfung des Klimawandels, die von Fraktionen der herrschenden Klasse verfolgt werden. Im dritten Abschnitt bestimmt die Autorin schließlich die Subjekte des sozialökologischen „Wandels“ (S. 559) und deren politische Forderungen.

Das Problem: Klima vs. Extraktivismus?

In der Sache ist der Titel der dritten international erfolgreichen Publikation Naomi Kleins nach „No Logo!“ (2000) und „Die Schock-Strategie“ (2007) richtig. „Unser Wirtschaftssystem und unser Planetensystem befinden sich miteinander im Krieg“ (S. 33), und der Klimawandel ist ein „Kampf zwischen dem Kapitalismus und der Erde“ (S. 35). Aber der Titel spiegelt Kleins Argumentation nicht präzise wider. Denn sie macht nicht die kapitalistische Produktionsweise für den Klimawandel verantwortlich, sondern den „Extraktivismus“.

Dabei handele es sich um „eine einseitige, herrschaftsbasierte Beziehung zur Erde, bei der es nur ums Nehmen geht“ (S. 209f.). Diese Beziehung sei verbunden mit einer „Mentalität, die viele Menschen, unsere Vorfahren ebenso wie uns Heutige, glauben ließ, wir dürften so gewaltsam mit der Erde umgehen“ (S. 209), wie es zum Beispiel im Bergbau oder bei der Erdölförderung geschieht. Diese Sorglosigkeit stehe im Kern des extraktivistischen Wirtschaftsmodells. Sie komme

in den dem Kapitalismus „zugrunde liegenden Narrativen von endlosem Wachstum und Fortschritt“ (S. 211) zum Ausdruck.

Der „Schutzheilige“ der „modernen Extraktionswirtschaft“ sei der englische Philosoph, Wissenschaftler und Staatsmann Francis Bacon, der die „Vorstellung einer vollkommen erfassbaren und kontrollierbaren Erde“ (ebd.) im 17. Jahrhundert zur vorherrschenden Ideologie gemacht habe. Bis heute sei sein „ursprüngliches, biblisch inspiriertes Denkgerüst (...) weitgehend unangetastet“ (ebd.) geblieben: die Vorstellung, Menschen hätten das Recht, „sich über das uns tragende Ökosystem zu stellen und die Erde zu malträtieren, als wäre sie eine seelenlose Maschine“ (ebd.). Auf dieser Form des „Materialismus“ gründe der moderne Kapitalismus.

Dieser Extraktivismus habe die Industrialisierung des Kapitalismus und den Kolonialismus forciert, die moderne Welt geschaffen und zur „weitreichendsten Krise“ (S. 551) geführt, die wir heute kennen: zum Klimawandel.

Dass aus dem Klimawandel eine Klimakrise geworden ist, liege laut Naomi Klein an „unserem Wirtschaftsmodell (dereguliertem Kapitalismus kombiniert mit Sparzwang für öffentliche Haushalte)“ (S. 84) und an der „Ideologie des Marktfundamentalismus“ (S. 81). Denn „vor Beginn der neoliberalen Ära“ habe sich angeblich „das Emissionswachstum verlangsamt“ (S. 103f.). Aber drei historische Entwicklungen hätten zu einem „Hyperwachstum der Emissionen“ (S. 105) geführt: 1. die Implementierung der „drei politischen Säulen“ (S. 95) der „marktliberalen Konterrevolution“ (S. 157) (gemeint sind Privatisierung, Deregulierung und Steuersenkungen für die Unternehmen bei gleichzeitigen Kürzungen der öffentlichen Haushalte); 2. die Internationalisierung der kapitalistischen Produktion und Zirkulation nach 1989/90 durch Freihandelsabkommen und der WTO zugunsten der Konzerne; und 3. das gleichzeitige Scheitern diverser Klimaschutzverhandlungen.

„Die Wahrheit“ sei also, „dass der derzeitige, superglobalisierte Kapitalismus die Klimakrise zwar verschärft, aber nicht verursacht hat.“ (S. 198) Der Klimawandel ist, folgt man Naomi Klein, vielmehr ein Problem der politisch-ideologischen Herrschaft des Extraktivismus.

Die Zauberlehrlinge: Öko-NGOs, grüne Milliardäre und die Wettermacher

Die politischen, ökonomischen und wissenschaftlichen Eliten stellen allerdings die Macht der Konzerne wie ExxonMobil, Shell, BP Chevron und so weiter nicht in Frage, die am meisten vom Geschäft mit den fossilen Energieträgern und dem Vabanquespiel mit dem Klima profitieren. Sie setzen auf andere strategische Projekte im Umgang mit dem Klimawandel. Diesen Ausgeburten des „magischen Denkens“ (S. 231), das Lösung der Klimakrise und den Kapitalismus miteinander versöhnen will, widmet sich Naomi Klein im zweiten Abschnitt ihres Buchs.

Große Naturschutzorganisationen, wie zum Beispiel Nature Conservancy oder der WWF, kämpfen „gar nicht gegen die Unternehmen und deren Interessen – sie haben sich mit ihnen vereinigt“ (S. 238). „Big Business und große Umweltschutzorganisationen“ (S. 233) unterhalten eine Art sozialökologischer Partnerschaft. Konzerne und ihnen nahestehende Stiftungen spenden den Nichtregierungsorganisationen (NGOs) Geld, entsenden VertreterInnen in NGO-Beiräte und gewähren den NGO-VertreterInnen Zugang zu elitären Zirkeln der Macht. Im Gegenzug forcierten diese „regelmäßig und in aggressiver Weise Methoden der Krisenbewältigung, die den größten Treibhausgasverursachern des Planeten die geringste Last auferlegen und ihnen in vielen Fällen sogar nutzen“ (S. 242), zum Beispiel indem sie Erdgas oder Atomenergie als Teil der Lösung der Klimakrise rehabilitieren. Nach der „konzernfreundlichen Wende großer Teile der Umweltbewegung“ (S. 252) in den 1980er Jahren suchten beiden Seiten, Konzerne und Umweltschutz-NGOs, in den folgenden „Jahrzehnten grüner Kumpellei“ (S. 405) eine „Harmonisierung ökonomischer Interessen“ (S. 256). Der Klimawandel werde „ausschließlich als

technisches Problem dargestellt, mit einem unerschöpflichen Potential gewinnträchtiger Lösungen innerhalb der Marktwirtschaft“ (S. 256).

Aus den Kreisen der Gewinner des fossilistischen Kapitalismus kommt ein anderer perfider Vorschlag zur Reduktion von CO₂-Emissionen: Öko-Charity. Naomi Klein zeigt anhand der Geschichte des Eigentümers einer der größten Flugzeugflotten der Welt, Virgin-Group-Gründer Richard Branson, dass es sich bei dem Konzept um phänomenalen Betrug handelt. Er dient dazu, gesetzliche Regelungen durch freiwillige Selbstverpflichtungen und Vertrauen in das ökologische Gewissen der „grünen Milliardäre“ (S. 281) abzuwenden.

Schließlich kritisiert Klein in einer Reportage über eine Tagung der Royal Society, der bekannten Akademie der Wissenschaften Großbritanniens, die Fixierung der Wissenschaften und ihrer Geldgeber auf eine technologische Antwort auf den Klimawandel. Anstatt „die grundlegende Ursache des Klimawandels zu beseitigen“, werde „nur das offenkundige Symptom behandelt: höhere Temperaturen“ (S. 316). Und zwar indem man durch sogenanntes Geo-Engineering das Klima manipuliert. Dass Eingriffe in die Natur von dieser Tiefe und diesem Umfang zu neuen Klimaproblemen führen, liegt auf der Hand.

„Blockadia“ und ein „Marshallplan für die Erde“

Wenn Umwelt-NGOs gemeinsame Sache mit den Energiekonzernen machen, Unternehmen in Kenntnis der wissenschaftlichen Fakten an der Förderung und Verbrennung fossiler Rohstoffe festhalten und wenn hoch dekorierte WissenschaftlerInnen es vorziehen, am Wetter herumzuschrauben, statt die politisch-ökonomischen Ursachen des Klimawandels zu untersuchen – wer sind dann die Träger des „Aufbruchs in die neue Zeit“ (S. 353)?

Naomi Kleins Antwort: eine „konstruktive“ (S. 487), „weltweite“ (S. 389) und „mächtige Massenbewegung“ (S. 17), die ein „globales Basisnetzwerk auf breiter Grundlage“ (S. 358) unterhält und in der die „Führung von unten kommt“ (S. 559). Klein übernimmt von der nordamerikanischen Aktionskampagne „Tar Sands Blockade“ für diese Bewegung den Namen „Blockadia“ (S. 355). Er bezieht sich auf die zahlreichen Blockaden und Proteste auf dem gesamten Erdball gegen neue Bergwerke, Transportstrecken und Verladehäfen von fossilen Energieträgern. Die Speerspitze Blockadias bildeten indigene Volksgruppen. Sie lebten nicht nur häufig in den Gebieten, in denen Gas-, Öl- und Kohle-Konzerne agieren. Nicht selten hätten sie auch juristisch einklagbare Ansprüche auf die umstrittenen Territorien und schließlich verfügten sie über „Modelle für eine nicht-extraktive Lebensweise“ (S. 488).

Kernprojekt Blockadias soll ein „Marshallplan für die Erde“ (S. 550) sein, um „die unvollendete Aufgabe der stärksten Befreiungsbewegungen in den letzten zweihundert Jahren“ (ebd.) zu Ende zu bringen: „eine profunde und radikale *wirtschaftliche* Transformation“ (S. 544, Herv. i.O.). Diese müsse eine Machtverschiebung von den großen Konzernen zu den Gemeinschaften bewirken und ein „weitaus gerechteres Wirtschaftssystem als das gegenwärtige“ (S. 20) hervorbringen. Gelingen soll dies einerseits durch „ein gewisses Maß“ (S. 159) „langfristiger Wirtschaftsplanung“ (S. 165) des Staates und andererseits durch die Demokratisierung der Energieproduktion und -versorgung.

Der Staat müsse bestimmte Formen der Energiegewinnung verbieten, die Rohstoffkonzerne nach dem „Verursacherprinzip“ (S. 139) besteuern, um Investitionen in erneuerbare Energien tätigen zu können, und den Markt für „grüne“ Energien regulieren. Ferner befürwortet Klein ein „dezentrales Eigentumsmodell“ (S. 156), durch das „eine ganz neue Art von Versorgungsbetrieben“ entstünde, die „durch die Kommunen, die sie nutzen, als Genossenschaften oder 'Allmende“, „demokratisch betrieben“ (S. 164) würden.

Neben der unmittelbar politischen Auseinandersetzung sollen die versammelten Kräfte Blockadias „eine andere Weltsicht in Konkurrenz zu jener“ vorstellen, „die Hauptverursacher der ökologischen

Krise ist“ (S. 554), um „mit der extraktivistischen Mentalität“ (S. 536) zu brechen und einen „grundlegenden Ideologiewechsel“ (S. 130) durchzusetzen.

Letztlich müsse Blockadia mit seinem grünen Marshallplan auf „eine tiefgreifende Verschiebung der *Machtverhältnisse* zwischen den Menschen und der natürlichen Welt“ (S. 473f., Herv. i.O.) hinarbeiten.

Falsche Hoffnung

Naomi Kleins Strategieentwurf steht und fällt mit ihrer Analyse der Ursachen des Klimawandels. Zu Recht kritisiert sie die kapitalistische Produktionsweise scharf, begnügt sich aber mit der Denunziation ihrer neoliberalen Variante. Sie rügt „marktorientierte Programme“ (S. 242) zur Lösung der ökologischen Krise, will aber den Markt nur besser regulieren und für den ökologischen Umbau nutzen. Sie stellt dem bürgerlichen Staat und der politischen Klasse ein vernichtendes Urteil über ihre Unfähigkeit aus, den sozialen und ökologischen Problemen angemessen zu begegnen und den Konzernen ihre Macht zu rauben, rät aber zu mehr staatlicher Planung und gesetzlichen Anordnungen. Sie denunziert mit viel Verve, dass letztlich immer der Imperativ privater Betriebe, Kapital zu generieren, „über den Klima-Imperativ gesiegt“ (S. 307) habe. Trotzdem will sie das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht antasten. Schließlich macht sie politische Projekte und Ideologien für den Klimawandel verantwortlich, obwohl der Extraktivismus ein Kind des Kapitalismus ist. Die Falle, in die man durch die begeisternde Lektüre von Naomi Kleins Manifests tappen kann, ist, zu hoffen, dass eine grüne Sozialdemokratie es schon irgendwie richten kann. Das kann sie nicht.

Naomi Klein 2015:

Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima.

Fischer, Frankfurt /M..

ISBN: 978-3-10-002231-8.

698 Seiten. 26,99 Euro.

Zitathinweis: Christian Stache: Das trügerische Manifest der grünen Sozialdemokratie. Erschienen in: Neue Bürgerlichkeit. 36/ 2015, Klima Katastrophe Kapitalismus. 62/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1274>. Abgerufen am: 11. 01. 2022 13:33.

„Nahrungstotalitarismus“



Vandana Shiva

Geraubte Ernte

Biodiversität und Ernährungspolitik

Die indische Ökofeministin Vandana Shiva setzt in ihrem Buch „Geraubte Ernte“ zur Verteidigung lokaler, ökologischer Landwirtschaften und der Biodiversität – wider dem neoliberalen Profitstreben – an.

Rezensiert von [Sebastian Kalicha](#)

Es gibt viele engagierte AktivistInnen, AkademikerInnen und Initiativen, die seit langem mit Nachdruck darauf hinweisen, welche desaströsen ökologischen Folgen es hat, wenn die Natur lediglich als Ressource zur kapitalistischen Profitmaximierung begriffen wird – und manchmal wirkt es so, als sei ein AktivistInnenleben im Bereich der Ökologie eines der frustrierendsten, das man haben kann. Eine dieser unbeugsamen AktivistInnen ist die Inderin Vandana Shiva, die vor allem mit dem Aufkommen der globalisierungskritischen Bewegung weltweite Bekanntheit erlangte.

Ganz generell und speziell in dem Buch „Geraubte Ernte“ konzentriert sich Shiva auf die Themen Biodiversität und Ernährungspolitik. Sie versteht sich als Anwältin für Kleinbäuerinnen- und bauern, für eine nachhaltige, ökologische, lokale und dezentralisierte Landwirtschaft, die nicht von WTO-Freihandelsabkommen und den davon profitierenden transnationalen Konzernen ruiniert werden soll. In „Geraubte Ernte“ berichtet sie von der „Zerstörung der Nahrungs- und Agrarsysteme durch weltweit operierende Konzerne und vom Widerstand der Menschen gegen diese Zerstörung“ (S. 13). In ihren Ausführungen konzentriert sie sich zumeist auf Indien, da sie zum einen „selbst aus Indien stamme“ und, weil Indien ohnehin „exemplarische Bedeutung“ (S. 17) dafür habe, wie lokale Landwirtschaft und Natur vom Profitstreben der Industrieländer zerstört werden. Von dieser Warte aus vermischt sie ihre Ausführungen immer wieder mit Erläuterungen und Anekdoten von lokalen Gebräuchen indischer Bäuerinnen und Bauern und stellt so einer neoliberalen Landwirtschaft à la WTO das positive Pendant des/der indischen Kleinbauers/bäuerin entgegen. Derartige Ausführungen sind zwar nicht ausführlich genug als dass man ihnen bereits vorwerfen könnte, hier ein verklärtes Bild und eine recht einfache Dichotomie zu schaffen – potentiell besteht in dem Buch die Gefahr dessen aber durchaus.

Spätestens wenn Shiva über den US-amerikanischen Agrarkonzern Monsanto schreibt, wird klar, was sie meint, wenn sie den Begriff „Nahrungstotalitarismus“ (S. 33) verwendet. Derzeit kontrollierten „10 Konzerne 32 Prozent des auf 23 Milliarden Dollar geschätzten Weltsaatgutmarkts und 100 Prozent des Markts für gentechnisch manipuliertes Saatgut“ (S. 20). Monsanto widmet sie sich vor allem in der zweiten Hälfte ihres Buches immer wieder ausführlicher. Eindrücklich schildert sie, mit welchen Methoden dieser Konzern versucht, immer mehr Bäuerinnen und Bauern an ihr gentechnisch verändertes Saatgut zu binden. Eine besonders kontroverse Methode ist jene, Saatgut gentechnisch so zu verändern, dass es nur einmal aufkeimt und die Bäuerinnen und Bauern dadurch gezwungen sind, jedes Jahr erneut Saatgut bei Monsanto einzukaufen. Die Folgen sind weitreichend, wie Shiva schreibt: „Mit einem einzigen weit ausholenden Schlag wird der Mensch den Zyklus Pflanze-Saatgut-Pflanze-Saatgut zerstören, auf dem das meiste Leben auf dem Planeten beruht.“ (S. 112) Pflanzen wurden auch mittels

Gentechnik für bestimmte Pestizide immun gemacht – eben für genau jene, die nur der jeweilige Konzern herstellt, womit man den Profit erneut hochschrauben konnte. Wer sich, wie der kanadische Landwirt Percy Schmeiser, wie auch immer dagegen zur Wehr setzt oder „Patentverletzungen“ begeht, wird gnadenlos verklagt. Eben das ist ein weiteres Thema, das von Shiva behandelt wird: die Patentierung (beziehungsweise der Versuch dessen) von Pflanzen und Organismen durch Konzerne. Dadurch werden nicht nur alte Kulturpflanzen plötzlich „Eigentum“ eines profitorientierten Konzerns, sondern es wurde beispielsweise für indigene Gemeinschaften oftmals plötzlich „illegal“, bestimmte traditionelle Heilpflanzen einzusetzen, da diese nun „patentiert“ und im „Privatbesitz“ sind. Shiva war maßgeblich daran beteiligt, den heute recht bekannten Begriff der „Biopiraterie“ für derartig wahnwitzige Vorgänge in die öffentliche Debatte zu bringen. Neben diesen Aspekten wird noch eine vielfältige thematische Palette abgehandelt, die von Gentechnologie, dem Problem von Monokulturen und Freihandelsabkommen, Überfischung der Weltmeere bis hin zu Strategien für eine „Demokratie in Ernährungsfragen“ (S. 157) reicht.

Auch ihre dezidiert ökofeministische Kritik und theoretische wie praktische Ausrichtung fließt, wenn auch nur recht kurz, in den Text mit ein:

„Nichtnachhaltigkeit ist die unvermeidliche Folge, wenn Wissen und gewaltfreie Beziehungen zu angeblich ‚minderwertigen‘ Spezies, auch zu den Frauen, verschärfter patriarchaler Herrschaft unterworfen werden. Nachhaltigkeit kann durch einen auf Miteinander zielenden Ökofeminismus entstehen, der einen unauflöselichen Zusammenhang zwischen der Befreiung der Frauen und der Freiheit aller Spezies sieht und der noch unscheinbarsten Lebensformen inneren Wert, Unantastbarkeit und Autonomie zuspricht.“ (S. 102)

Die Autorin bringt die Dinge, über die sie schreibt, knapp auf den Punkt, sodass man auch auf nur 180 Seiten einiges an Information bekommt – auch, wenn sich der Inhalt dann notgedrungen auf das Wesentliche beschränkt. Der zu Anfang des Buches erwähnte „Widerstand der Menschen“ (S. 13) gegen die Dinge, die sie zu Recht anprangert, kommt in dem Buch generell leider etwas kurz. Wenn die Autorin gegen die Sojaindustrie anschreibt, die verstärkt auf den indischen Markt drängt, überspannt sie leider den Bogen indem sie mit reichlich selektiven Quellen zu belegen versucht, dass Soja *an sich* ungesund sei – eine Behauptung, die mit unzähligen Studien leicht widerlegt oder zumindest stark angezweifelt werden kann.

Das wirklich Ernüchternde an dem Buch ist aber, dass es vor über zehn Jahren – mit dem Rückenwind und der Aufbruchsstimmung der globalisierungskritischen Bewegung – in englischer Sprache veröffentlicht wurde, die Missstände aber auch heute im Jahr 2012 immer noch genau so vorhanden sind. Darum ist das Buch auch in seiner zweiten Auflage (die erste Auflage auf Deutsch erschien im Jahr 2004) immer noch hochaktuell – leider.

Vandana Shiva 2011:

Geraubte Ernte. Biodiversität und Ernährungspolitik. 2. Auflage.

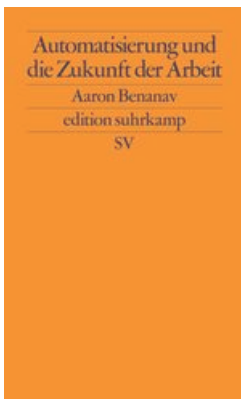
Rotpunktverlag, Zürich.

ISBN: 978-3-85869-467-6.

180 Seiten. 15,00 Euro.

Zitathinweis: Sebastian Kalicha: „Nahrungstotalitarismus“. Erschienen in: Ökologie und Aktivismus. 22/ 2012, Klima Katastrophe Kapitalismus. 62/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1066>. Abgerufen am: 11. 01. 2022 13:33.

Die Angst vorm Automaten



Aaron Benanav

Automatisierung und die Zukunft der Arbeit

Es heißt: Technologie führt entweder ins Paradies oder in den Untergang. Wie es anders geht, zeigt eine solidarische Kritik an Zukunftsvorstellungen.

Rezensiert von [Sara Morais dos Santos Bruss](#)

Digitalisierungsdebatten haben wieder Konjunktur. Nicht zuletzt wegen Corona scheint ein erneuter An Schub der Digitalisierungsbestreben auf allen Ebenen notwendig geworden zu sein. Dabei verschwimmen Forderungen nach iPads in Schulen mit der Diskussion um Vorratsdatenspeicherung, das Corona-Tracking mit dem Einsatz von Kampfdrohnen, der Ausbau von Robotik am Fließband mit dem in der Pflege. Eins ist klar: Wer die Digitalisierungsdiskurse bestimmt, bestimmt auch zu einem gewissen Grad das Bild der Zukunft.

Nicht zuletzt der Diskurs um die Klimakatastrophe hat gezeigt, dass lieber auf noch nicht vorhandene Zukunftstechnologien spekuliert wird, als grundlegend an den Strukturen des Kapitals zu rütteln. Dabei herrscht, was den Ausbau der Digitalisierung angeht, erstaunliche Einigkeit über die politischen Lager hinweg. Auch wenn linke Kräfte mit einem Digitalisierungsanschub anderen Motiven folgen mögen, stimmen diese insofern mit dem liberalen Lager überein, dass ein Mehr – an Daten, an Entwicklungen, an technologischer Durchdringung – die zunehmend einzige Option für eine bessere Gesellschaft zu werden scheint. Der Digitalisierungs- oder Automatisierungsdiskurs bejaht – meist unkritisch – das Transformationspotenzial einer allgemeinen Technologisierung, die in schwammigen Begriffen zu einem zentralen, gar dem einzigen, Akteur für das Einhalten lebenswerter Zukunftsvorstellungen geworden ist.

Automatisch in den Kommunismus?

Aaron Benanavs „Automatisierung und die Zukunft der Arbeit“ hält sich erfrischend wenig mit solchen Phantasmen einer potenziellen Vollautomatisierung auf. Auch wenn Benanav sich solidarisch zeigt mit den Träumen, die Automatisierung würde zur Entlastung der Arbeiter*innenschaft führen: An den Vorstellungen eines vollautomatisierten Luxuskommunismus zum Beispiel, oder Ideen einer algorithmisch durchexerzierten Planwirtschaft, zeigt er überzeugend auf, dass diese eben vor allem eines sind: Phantasien, die die Eingebundenheit des Technologischen in kapitalistische Verhältnisse unterschlagen. Sein Hauptanliegen ist daher, tatsächliche Automatisierungs- und Digitalisierungsbestrebungen in ihren sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen zu verankern, um den Fehlschlüssen der Automatisierungsdiskurse auf die Schliche zu kommen.

Ein Großteil des Buches widmet sich daher der Widerlegung der These, die zunehmende Automatisierung führe zwangsläufig zu einer Situation, in der Computer und Maschinen menschliche Arbeit komplett übernehmen. Die gängige Überzeugung, durch die Automatisierung würden Menschen weniger Arbeit haben, erweist sich Benanav zufolge als verkürzt, da sie einen vagen Automatisierungsbegriff als allgemeingültige Ursache für zunehmende Arbeitslosigkeit

aufgrund von steigender Produktivität setzt. Damit werden sowohl das dominante Schreckensszenario eines überflüssig gewordenen (weil arbeitslosen) Menschen angezweifelt, wie auch die These, dass durch die Digitalisierung automatisch eine neue Wirtschaftsform eintreten müsse, die beispielsweise Gehalt von Lohnarbeit abkoppelt und somit automatisch in den Kommunismus führen würde.

Viel eher sieht Benanav das Problem in einer Stagnation der Weltwirtschaft – erfolgt aus jahrzehntelanger Überkapazität bei gleichzeitigen Unterinvestitionen. Anhand von tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklungen in unterschiedlichen Ländern zeigt er, dass Massenarbeitslosigkeit und Deindustrialisierung nicht zwangsläufig mit Prozessen der Digitalisierung einhergegangen sind, sondern sich schon davor als Problem abzeichneten. So setzen Automatisierungstheoretiker*innen (wobei die meisten wohl doch eher Männer sind) falsche Kausaleffekte an den Anfang ihrer Überlegungen.

„Für diese Fehleinschätzung der Automatisierungstheorie gibt es einen Grund. Bestimmend für die Nachfrage nach Arbeitskraft ist die Differenz zwischen Produktivitäts- und Outputwachstum. Wird das Schrumpfen dieses Abstands falsch herum gelesen – als Folge steigender Produktivität, nicht sinkenden Outputwachstums –, entsteht die verkehrte Welt des Automatisierungsdiskurses.“ (S. 69)

Da die Produktivität in Benanavs Analyse nicht oder nur sehr langsam steigt, ist es eher das Sinken des Outputs – gefolgt von weniger Investitionen und Deindustrialisierung – das zu Negativentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt führt. Lohnarbeitende unterliegen also nicht den Technologien, die Arbeitsplätze automatisieren, sondern leiden unter prä-existierenden kapitalistischen Mechanismen, die Ausbeutung vorantreiben. Selbstbedienungskassen bedeuten eben nicht zwangsläufig mehr Freizeit für Kassierer*innen, sondern führen zur Erwartung, dass gleich mehrere Kassen beaufsichtigt, oder Kassierer*innen entlassen werden können. Es reicht also nicht aus, auf dem Feld der Technologie nach Allheilmitteln zu suchen, nicht zuletzt, weil dies die Technologie aus seinen ökonomischen Bedingungen herauslöst und als nicht-kulturell begreift. So ist beispielsweise die Motivation hinter dem Fortschritt der künstlichen Intelligenz bisher keine, die auf das soziale Allgemeinwohl abzielt. Es ist also kein Wunder, dass die bisherige Automatisierung dies auch nicht tut. Die als so selbstverständlich auftretende These, dass Technologie bisher überwiegend Kapitalinteressen dient, scheint fast schon zu schlicht, ist aber in Anbetracht der Dateneuphorie, wie sie seit Corona wieder herrscht, erfrischend nüchtern und selten in solcher Klarheit formuliert worden.

Der wiederkehrende Blick über die hegemonialen Geographien der Digitalisierung (USA, Europa, Japan) hinaus, erlaubt auch einen Blick auf die unsichtbaren Infrastrukturen der Digitalisierung, welche arme und marginalisierte Menschen – überwiegend Frauen im globalen Süden – prekär und gefährlich beschäftigt hält. Dies betrifft nicht nur Lagerarbeiter*innen bei Amazon oder Lieferando-Kuriere, sondern auch die Arbeiter*innen, die in Bangladesch, auf den Philippinen oder in Kenia Algorithmen trainieren, Daten kategorisieren und Content moderieren; die aufgrund ihrer „flinken Finger“ Handys montieren oder anders die Infrastrukturen erschaffen, aus denen sie systematisch ausgegrenzt werden.

Freiheit von Arbeit oder Arbeit in Freiheit

Aus der detaillierten Kritik ergibt sich aber bei Benanav kein Verweilen in der Negation, ganz im Gegenteil. Seine schlichte und doch eindrücklich formulierte Lösung ist eine Umkehrung der Kausalitäten, die in seiner Herleitung am falschen Ende den Wandel konstruieren.

„Anstatt eine vollautomatisierte Wirtschaft vorauszusetzen und sich die dadurch gegebenen Möglichkeiten zum Aufbau einer besseren und freieren Welt auszumalen, könnten wir von einer Welt der universellen Menschenwürde ausgehen und dann fragen, welcher technische Wandel nötig wäre, um sie zu verwirklichen.“ (S. 133)

Benanav interessiert sich letztendlich auch für andere Zukunftsentwürfe, jedoch jenseits solutionistischer Technologieparadigma. Im schlanken Ausblick, den er zum Ende des Buches bietet, plädiert er für eine radikale Anerkennung aller Verpflichtungen und Verflechtungen, die die Menschheit miteinander verbindet und dafür, diese nicht auf die Schultern des zunehmend unsichtbaren (weiblichen, migrantischen, kolonisierten) Prekariats abzuladen.

Auch in diesem letzten Punkt unterscheidet er sich maßgeblich von anderen Automatisierungspropheten, deren Vorstellungen einer perfekten Welt sich in dem ergießen, was die vielleicht einzige bekanntere Kritikerin der Automatisierungsdiskurse Sarah Sharma 2017 einen „Sexodus“ genannt hat – die (patriarchale) Phantasie des Ausstiegs aus allen gesellschaftlichen Verpflichtungen zum Wohle einer vollautomatisierten und dadurch vermeintlich autonomen Existenz des Einzelnen. Wie Sharma legt auch Benanav seinen Blick auf die selten beachteten reproduktiven Funktionen, die es zu vergesellschaften gilt. Diese historisch feminisierte Sphäre müsse umgestaltet werden, sodass auch die heutzutage als „identitätspolitisch“ abgetanen Kämpfe auf materialistischer Ebene angegangen werden können, um grundlegende Notwendigkeiten wie beispielsweise unter- oder unbezahlte „Frauenarbeit“ nicht unsichtbar zu machen.

Dabei können Technologien durchaus an solchen Umstrukturierungen teilhaben – aber nur, wenn sie im Sinne der Gesellschaft erbaut und eingesetzt werden. Seine Hoffnungen legt Benanav daher auf einen breit geführten Kampf sozialer Bewegungen, der sich an der historischen Aufgabe orientiert, die Eroberung der Produktion zu erlangen und nach demokratischen Begehren umzugestalten. Das, was Automatisierungsutopist*innen sich auf technischem Wege erhoffen, ist nach Benanav nur durch ein kollektives Gesellschaftsprojekt realisierbar, was Zukunft im Plural, mit Ambivalenzen und Offenheit, zu denken schafft.

Zusätzlich verwendete Literatur

Sharma, Sarah (2017): Exit and the Extensions of Man. In: Transmediale Online Journal, online einsehbar [hier](#).

Aaron Benanav 2021:

Automatisierung und die Zukunft der Arbeit. Übersetzt von: Felix Kurz.

Suhrkamp Verlag, Berlin.

ISBN: 978-3-518-12770-4.

195 Seiten. 16,00 Euro.

Zitathinweis: Sara Morais dos Santos Bruss: Die Angst vorm Automaten. Erschienen in: Klima Katastrophe Kapitalismus. 62/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1738>. Abgerufen am: 11. 01. 2022 13:33.

Postmigrantische Paradoxien



Aladin El-Mafaalani

Wozu Rassismus?

Von der Erfindung der Menschenrassen bis zum rassistischen Widerstand

Nach Halle, Kassel und Hanau ist das Sprechen über Rassismus im Mainstream angekommen. Doch es gibt weiterhin Leer- und Schwachstellen im aktuellen Diskurs.

Rezensiert von [Çağrı Varol](#)

Aladin El-Mafaalani, so wird die Neue Deutsche Medienmacherin Ferda Ataman in einem RBB-Radiointerview zitiert, sei ein „Star-Soziologe“ und der „Integrations-Mufti“ unserer Tage. Und mehr als das: Der Diskriminierungs-, Bildungs- und Migrationsforscher war Berufsschullehrer und Abteilungsleiter im Integrationsministerium NRW und ist nun Professor an der Universität Osnabrück. Neben seinen wissenschaftlichen Arbeiten hat sich El-Mafaalani zuletzt auch der Sparte Sachbuch gewidmet und in relativ kurzer Zeit drei Bestseller hintereinander veröffentlicht: Das Integrationsparadox, Mythos Bildung und Wozu Rassismus.

Der Autor schreibt in letzterem zusammengefasst (und wenig überraschend), dass es heute noch einen strukturellen Rassismus in Deutschland gibt. Dieser sei ein Überbleibsel des alten kolonialen Rassismus; doch hätten soziale Fortschritte diese Überbleibsel fast aufgelöst, sodass man mit „Gelassenheit“ (S. 9) in die Diskussionen darüber gehen solle. Viele seiner Thesen sind natürlich nicht neu: Der Autor verknüpft sie mit Ergebnissen bisheriger Diskriminierungsforschung; oftmals, ohne darauf zu verweisen, dass vieles davon schon jahrelang von migrantischen, antirassistischen Aktivist*innen sowie kritischen Rassismusforscher*innen thematisiert wurde. Das macht seine Thesen für ein breites bürgerliches Publikum anschlussfähig.

Rassismus gelassen nehmen

E-Mafaalani beklagt immer wieder den aktuellen emotionalisierten Diskurs rund um Rassismus. Das Niveau des Diskurses sei gesunken: Nunmehr redeten nicht nur Expert*innen, sondern alle über das Thema. Vor 30 Jahren hätte man das Thema Rassismus noch gar nicht ansprechen können, nun würden glücklicherweise auch diejenigen am Tisch sitzen, die als Betroffene des Rassismus oder zusätzlicher Diskriminierung (etwa sexistischer) früher Ausgeschlossene waren. Je mehr Menschen mit Migrationsgeschichte heute integriert seien, desto mehr Teilhabe forderten sie und umso mehr würden altbekannte Vorgehensweisen und Regeln hinterfragt. Das führe auch zu Konflikten: Einige Gruppen wehren sich gegen die neue Radikalität in der Debatte. Sie fürchten um ihre Privilegien, die sie als Angehörige der Dominanzgesellschaft verteidigen. Dieses „Integrationsparadox“ sei aber im Endeffekt positiv zu bewerten, so El-Mafaalani, da es den Partizipationsgrad der Migrierten und die Offenheit der Gesellschaft aufzeige, die nunmehr so weit sei, diese Diskussion zuzulassen. Einerseits würden die „Neuen“ die kleiner gewordenen „Restprobleme“ skandalisieren und moralisieren, andererseits führe dies zu aber mit der Zeit zu Wandel. Anzumerken ist, dass sehr lange weiße Wissenschaftler*innen mit denselben Argumenten verhindert haben, dass migrantische und aktivistische Positionen an den Universitäten angenommen wurden. Die Positionen der kritischen Rassismusforschung wurden von Beginn an als Moralismus, Skandalisierung und Übertreibung diskreditiert.

Die eingangs erwähnte Ferda Ataman spricht davon, dass sie eine Sache faszinierend fände: Wenn El-Mafaalani über Rassismus spreche, würden selbst Konservative, die sich sonst immer über die bloße Erwähnung desselben aufregten, plötzlich „Joa, stimmt irgendwie“ sagen. Der Autor versucht, seine Kritik so herüberzubringen: Missstände thematisieren, ohne von Schuldigen zu sprechen. Diese Strategie vermag bei den Leser*innen zwar gut anzukommen, unterschlägt aber die gesellschaftliche Mitverantwortlichkeit an der aktuellen Konjunktur des Rassismus. Diese nahm in den letzten Jahren eine immer gewalttätigere Dimension an, während der Diskurs in der Mitte der Gesellschaft ständig neue „Fremde“ geformt hat.

Gesellschaftskritik nach Chemnitz

Gesellschaftliche Bestandsaufnahmen werden immer wieder durch rassistische Realitäten durchgerüttelt, die zeigen, auf welchen wackeligen Beinen allzu positive Beschreibungen stehen. Das zeigte sich nicht zuletzt, als in den letzten Jahren größere Diskrepanzen in Situationsanalysen unterschiedlicher Migrationsforscher*innen auftraten.

Von der weißdeutschen Akademie bis zu ehemaligen Kanak Attak-Mitglieder*innen ist der Begriff der „Postmigration“ in aller Munde. In postmigrantischen Gesellschaften wird Migration als Normalität anerkannt, während diese Gesellschaften gekennzeichnet sind durch Konflikte, Debatten und Spannungen, die die Transformationen der Gesamtgesellschaft verdeutlichen. Teilhabe- und Partizipationsfragen werden neu verhandelt, während die rassistischen Ein- und Ausschlüsse durch die Rekonfiguration rechtlicher Bedingungen, unter denen die Migrantisierten leben, von den Staatsapparaten der jeweiligen Situation angepasst werden. Der mediale Diskurs flankiert die Neujustierungen und skandalisiert dabei unerwünschte Gruppen. Tatsache ist, dass Formen der Exklusion auch heute noch funktionieren, weil Teile der Gesellschaft die Ansicht vertreten, dass politische Rechte nicht allen zugestanden werden sollen.

Wir schreiben das Jahr 2018, gerade hat El-Mafaalani sein Buch „Das Integrationsparadox“ veröffentlicht. Er dockt darin unter dem Namen der „offenen Gesellschaft“ inhaltlich an postmigrantische Thesen an, aber nutzt stattdessen einen eigenen Begriff. Im selben Zeitraum zeigen unter anderem die Nazi-Ausschreitungen in Chemnitz, die immer wieder befeuerte Geflüchteten-Debatte, der Aufstieg der AfD, aber auch die Özil-Debatte die Polarisierung der Gesellschaft. Der Bezug auf Chemnitz ist hier besonders wichtig, da es noch am Beginn der Attentate und Massenmorde von Halle, Kassel und Hanau sowie vor der Ermordung von George Floyd und der anschließenden weltweiten Protestbewegung steht. Der damalige Bundesinnen- und Heimatminister, Horst Seehofer, übte Verständnis für die Rechtsradikalen, indem er die Migrationsfrage als „die Mutter aller politischen Probleme im Land“ bezeichnete. In Chemnitz manifestierte sich dieselbe Tonlage und Sprache, wie man sie bei Politiker*innen nach den rechten Angriffen in Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda hören konnte.

Die Migrationsforscherin Naika Foroutan ist nach den Geschehnissen von Chemnitz entsetzt: Die Sarrazin-Debatte in den 2010er Jahren habe diese destruktive „präfaschistische Phase“ eingeleitet, während die Gegner*innen bewusst geschwiegen haben, sagt sie in einem Interview mit dem *Tagesspiegel* im Juli 2018. Aladin El-Mafaalani hält die Analysen von Foroutan jedoch für übertrieben: Deutschland sei vielmehr „richtig geil“ und im Ergebnis laufe doch auf dem Wohnungs-, Arbeits- und Ausbildungsmarkt sowie in der Schule vieles besser als früher, resümiert er damals in einem *taz*-Interview. Man solle doch mehr das Positive sehen und nicht nur das Negative. Auch im Nachgang der Ereignisse von damals zeugten die Konflikte vielmehr von einem gestiegenen Selbstbewusstsein der neuen Generation der Migrant*innen; und gerade, weil die Diskriminierung im Verlauf zurückgegangen und die Teilhabechancen gestiegen seien, könnten Diskriminierte mehr über Diskriminierung sprechen (S. 132). El-Mafaalani bleibt auch in seinem neuesten Buch dieser Linie treu.

Der herrschaftsstabilisierende Migrationsdiskurs

Die generelle Veränderung hin zu einer offeneren Gesellschaft sei im Ergebnis auch auf die Migrant*innen zurückzuführen, die sich in der Jugend El-Mafaalanis unter anderem den Verbotsschildern „Grünfläche betreten verboten“ einfach widersetzt hätten; irgendwann saßen auch die Deutschen auf den Grünflächen und die Verbote wären obsolet geworden.

Eine offene Gesellschaft entsteht aber nicht nur durch beharrliches Sitzen auf Grünflächen. Skandalisierungen und bürgerliche Moralexzesse gegenüber den Kindern der sogenannten Gastarbeiter*innen sind immer noch Bestandteil einer staatlichen Sozial- und Sicherheitspolitik. Diese knüpfen an ältere Narrative und Skandalisierungen nach dem Anwerbestopp, bei der Einführung von Zuzugssperren, bei Ghetto-Vergleichen und bei den Rückkehrprämien mit dem Ziel der Halbierung der Ausländer*innenzahl an – denen wiederum Parolen wie das „Boot ist voll“, „Ausländer raus“ und „Deutschland den Deutschen“ folgten oder vorausgingen.

Heute sind es Shisha-Bars, Sportcafés und Wettbüros, also oftmals die Rückzugsräume der dritten Generation, die durch Innenministerien und Polizei als Orte der Clankriminalität diffamiert werden und wo der Rassismus todbringend zuschlägt. Dies kritisiert auch El-Mafaalani in seinem aktuellen Buch. Der institutionelle Rassismus ist für den Autor jedoch im Endeffekt – neben einer problematischen Organisationskultur – ein individualisierter Prozess, der durch „bestimmte Innenminister“ (S. 81) forciert würde; so wie es einige wenige rechtsextreme Polizist*innen gibt oder sich der Staat bei der NSU-Mordserie „– gelinde gesagt – nicht von seiner besten Seite“ (Das Integrationsparadox, S. 45) präsentiert habe.

Das sind die Grenzen des Rassismus-Verständnisses und der Staatskritik des Autors. Die Funktion von neoliberalen Leistungsidealen im rassistischen Diskurs sowie die Messung des Wertes von Menschen über ihre ökonomische „Nützlichkeit“, also die Verschränkung von Kapitalismus und Rassismus, wird ebenfalls nicht thematisiert. Und noch ein Zusatz zum NSU-Komplex: Hätte der Staat nach der Enttarnung des NSU die Orte der rechten Szene, die Kameradschaften und die Wohnungen des Unterstützer*innenumfelds genauso mit Razzien und Repression überzogen, wie in der (kaum versteckt anti-muslimischen) Shisha-Bar-Kampagne der Polizei NRW, wäre heute weitaus mehr über den NSU-Komplex bekannt. Tatsächlich passiert noch immer genau das Gegenteil. Vor kurzem wurde das Urteil für den letzten Angeklagten und Helfer des NSU, A. Eminger, vom BGH für rechtskräftig erklärt. Eminger mietete Wohnungen und Wohnwagen für den NSU an und half dabei, dass diese im Untergrund leben konnten. Die lächerliche Haftstrafe von 2,5 Jahren wurde bestätigt und die Akte juristisch geschlossen. Der NSU-Komplex kann nicht einfach mit behördlichen „Pannenserien“, Behördenmentalitäten, Routinen und mit persönlichen Fehlern einiger Beamt*innen erklärt werden, wie es der Autor tut (S. 82). Rassistische Morde an nicht Deutsch gelesenen Menschen werden nicht als Bedrohung gegen den Staat bewertet und interessieren die Staatsapparate ohne gesellschaftlichen Druck daher herzlich wenig. Gleichzeitig wird die Bewertung „rassistisch“ in den Apparaten vermieden, wo es nur geht. Viele Migrantisierte gehen daher von einer Wiederholung des NSU oder von ähnlichen Mordserien wie in Hanau aus, weil das Problem eben tiefer liegt und unabhängig von Personen weiterbesteht. Es handelt sich dementsprechend auch nicht um die bloße Skandalisierung losgelöster Einzelfälle, sondern um die Benennung von Kontinuitäten.

Paradoxien der Migration

Der Aufstieg der Migrierten in die Leuchttürme der Nation, also eine verbesserte Partizipation, ist eine Marketinglüge. Mitunter werden Tokens und „Quoten-Migrant*innen“ mit wahrer Partizipation verwechselt. Während noch vor einigen Jahren das in der Kunst- und Kulturszene entwickelte Konzept Postmigration sogar radikal war, wird heute davor gewarnt, dass postmigrantisch immer mehr eine herrschaftsstabilisierende Funktion annimmt. Das Ankommen im Mainstream fällt leider auch mit der Entleerung des kritischen Potenzials zusammen. Die Kritik fußt

darauf, dass das Konzept keine deutliche Abkehr von der Kategorie Weiß-Sein und einer hiernach geformten deutschen Identität sowie eines entsprechenden narzisstischen, europäischen Geschichtsbildes auf Seiten der Dominanzgesellschaft fordert. Stattdessen werden toxische Integrations- und damit auch Heimatmetaphern inkorporiert, wie im Konzept der „offenen Gesellschaft“ von El-Mafaalani.

Dass Deutschland nicht mehr so reaktionär ist wie in den 1950er Jahren lag vor allem am Protest der 68er Generation und dem Kampf der progressiven feministischen, antirassistischen Bewegungen. Der Beitrag der Kämpfe der Migrierten an der Modernisierung der Gesellschaft kann kaum erfasst werden, da deren Kämpfe bis heute kaum historisch aufgearbeitet oder adäquat analysiert worden sind – noch nicht mal die Arbeitskämpfe. Vielleicht lag der Fehler auch darin, dass die Migrationsforschung sich auf das postmigrantische Paradigma stürzte, bevor es das migrantische Reservoir des Widerstands und des Wissens untersucht hatte. Kanak Attak hatte dies versucht, ist aber mittlerweile auch schon Geschichte.

So wie Post-Racial im US-Kontext die systemische Form des Rassismus negiert und die institutionelle Diskriminierung von Minderheiten als eine Phase der Vergangenheit ausmacht, bedienen Bücher zu Rassismus, die postmigrantische und integrationistische Diskurse bündeln, heute nur noch den Massengeschmack. Die Thesen von El-Mafaalani fußen auf zahnlosen Konstrukten, die daher auch Konservative nicht einmal mehr beunruhigen. Während auf der Straße die gesellschaftliche Realität auch ohne wissenschaftliche Konzepte auskommt, erschaffen sich die Menschen ihre Utopien in der Praxis immer wieder neu. Nicht umsonst sagt man, die Straße sei der Theorie immer schon zwei Schritte voraus. Das ist bei Forscher*innen, die bisher nur auf akademischem Niveau in ihren Expert*innenzirkeln diskutiert haben, aber die Niedrigschwelligkeit der heutigen Diskurse beklagen, noch nicht ganz angekommen.

Aladin El-Mafaalani 2021:

Wozu Rassismus? Von der Erfindung der Menschenrassen bis zum rassismuskritischen Widerstand. Kiepenheuer & Witsch, Köln.

ISBN: 978-3462002232.

192 Seiten. 12,00 Euro.

Zitathinweis: Çağan Varol: Postmigrantische Paradoxien. Erschienen in: Klima Katastrophe Kapitalismus. 62/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1729>. Abgerufen am: 11. 01. 2022 13:33.

Das Patriarchat entgiften?!



Blu Doppe / Daniel Holtermann (Hg.)
Vom Scheitern, Zweifeln und Ändern
Kritische Reflexionen von Männlichkeiten

Der Sammelband handelt von der (Un-)Möglichkeit, sich kritisch mit der eigenen Männlichkeit auseinanderzusetzen.

Rezensiert von [Benita Baum](#)

„Warum setzen sich eigentlich so wenig Männer für die Gleichberechtigung aller Geschlechter ein, wenn doch die Ungerechtigkeiten so offensichtlich sind?“ (S. 9). Diese Frage stellen Blu Doppe, Daniel Holtermann, die Herausgeber*innen von „Vom Scheitern, Zweifeln und Ändern“ gleich zu Beginn ihres Sammelbandes. Aus (überwiegend) biografischer Perspektive reflektieren die einzelnen Beiträge das Thema Männlichkeiten unter Einbeziehung der gesellschaftlichen Verhältnisse – gleichsam dem Motto: „Das Private ist politisch.“

Die Entgiftung der eigenen Männlichkeit

Wie der Titel bereits verrät, teilt sich der Sammelband in drei Teile mit je unterschiedlichen Blickwinkeln auf (kritische) Männlichkeiten. Besonders „Scheitern“ – der erste Teil – steigt mit starken Beiträgen und Argumenten in die Diskussion ein. Die Texte nähern sich Männlichkeitsanforderungen, Sexualität, Intimität und gesellschaftlichen Geschlechterverhältnissen, beschreiben die Widersprüche der eigenen Privilegien und die gleichzeitige Beschneidung von Identitäten anhand von Geschlechtszuschreibungen. „[D]as Begehren, ein Mann zu sein, [ist] unhintergebar patriarchal“ (S. 28), benennt Kim Posster im eingehenden Interview ein zentrales Problem. Weiter beschreibt er die Problematik eines individualistischen Anspruches auf Männlichkeit sowie die fehlende Kritik am Patriarchat in einer kapitalistischen Gesellschaft und wirft die These auf, dass Männlichkeit als solche das Problem darstelle und nicht von Individuen entgiftet und positiv gewendet werden könne.

Der Zweifel, ob es überhaupt eine fruchtbare Art und Weise geben kann, wie Männer sich kritisch mit ihrer eigenen Männlichkeit auseinandersetzen können, zieht sich durch den gesamten Sammelband. So werden zwar Versuche angestellt, die eigene Macht zu reflektieren, seinen Raum abzugeben, Männlichkeit als Armutzeugnis zu begreifen und die Zusammenhänge zwischen Sexualität, Macht und Gewalt zu beleuchten, doch die Erkenntnisse bleiben oft diffus. Wenn Sebastian Schädler feststellt, dass „sich Patriarchatskritik im Patriarchat aus[zahlt]“ (S. 72) und von Männerbündnissen und stetigem Wettbewerb zwischen Männern geschrieben wird, kommen Bedenken auf, ob (cis)Männer* sich (oft im Austausch mit anderen Männern*) wirklich kritisch mit der eigenen Männlichkeit auseinandersetzen können – und sollen. Welchen Erfolg kann ein solches Bestreben haben, wenn nicht nur das, den Wettbewerb der linken, antisexistischen Männlichkeit zu gewinnen – und wie patriarchatskritisch ist dieses Ergebnis am Ende?

Viele der Autor*innen betonen, dass die eigene Auseinandersetzung mit der Problematik so wichtig ist, um FLINTA* Personen nicht weiter zu belasten, indem sie als stetige Bildungsbeauftragte gesehen werden und ihnen allein die Aufgabe zukommt, über Sexismus, Geschlechternormen und

Macht aufzuklären. Gleichzeitig besteht auch unter Männern* ein gewisser Leidensdruck. So herrschen beispielsweise „die Anforderung, sexuell aktiv zu sein“ (S. 97) und stetige Gewalt (besonders in Form von Männlichkeitserwartungen), die wiederum zur Abstumpfung in Bezug auf die eigene Emotionalität führt. Männer werden zu Rationalität, Vernunft und einem kühlen Kopf erzogen, während sich diametral dazu Weiblichkeit durch Fürsorge und Emotionalität auszeichne. In der Abgrenzung zur Weiblichkeit konstituiert sich die Männlichkeit und hier entstehen auch die Schwierigkeiten, Männlichkeit kritisch zu reflektieren. Wie könnte eine bessere Männlichkeit definiert werden, wenn Weiblichkeit in der gesellschaftlichen Norm der Geschlechterbinarität notwendig das Gegenteil von ihr sein muss? Bedürfte es dazu nicht einer viel grundlegenden Gesellschaftskritik – wie beispielsweise Kim Posster sie denkt? Und zudem einer Gesellschaftskritik, die den Dualismus von Männlichkeit und Weiblichkeit und die Unsichtbarkeit all jener, die sich weder im einen noch im anderen finden, selbst problematisiert?

Einer von den Guten sein

In dieser Perspektive bleibt jedoch ein Umstand zentral: Die Auseinandersetzung mit der eigenen Täterschaft wäre von großer Bedeutung. Bei jeder dritten Frau, die in ihrem Leben schon einmal Gewalt erfahren hat, bleiben die Bekenntnisse jener offen, die diese Taten begehen. Die Gruppe Besser als nix teilt in ihrem Beitrag die Erkenntnisse und Erfahrungen aus der transformativen Arbeit mit einer gewaltausübenden Person. Der Gedanke hinter diesen transformativen Prozessen ist der einer *community justice*, bei der „Sicherheit für marginalisierte Communitys jenseits von staatlichen Institutionen“ (S. 206) geschaffen werden soll. Der Beitrag zeigt deutlich: Es sind nicht die Täter, die Verantwortung für ihre Taten übernehmen, sondern das jeweilige Umfeld, während es den Tätern lediglich darum geht, ihr soziales Umfeld, ihren Wohnort und die Stammkneipe nicht zu verlieren. Es braucht mehr Auseinandersetzung mit Täterschaft von den Tätern selbst. Und das bedeutet im Umkehrschluss Auseinandersetzung aller Männer* mit ihrem eigenen Verhalten abseits von Selbstbeweihräucherung. Unter der Prämisse, dass es keine „gute“ Männlichkeit geben kann, sollten wir uns nicht so sehr mit der Frage aufhalten, wie weniger toxische Männer noch besser werden können, sondern viel mehr mit der, wie zumindest Formen von geschlechtsbezogener (oft sexualisierter) Gewalt reflektiert und eingedämmt werden können.

Damit einhergehend zeigt sich eine weitere Problematik von linken, selbstreflektierten Männern*. Die Forderung, sich selbst weiterzubilden und diesen Bildungsauftrag nicht an FLINTA* weiterzugeben wird zuweilen verwechselt mit dem Drang danach, Kritik von diesen abzuwehren und nicht ernst zu nehmen. Wie Bilke Schnibbe zeigt, scheint es für die „guten“ Männer* schwer, die Kränkung ihrer Männlichkeit zu benennen und zu durchdenken, sich ihrer Anspruchshaltung an und auf Frauen* bewusst zu werden und sich harsche Kritik gefallen zu lassen. Gerade Männer*, die gute Verbündete sein wollen, sehen sich selbst oft in einer Position, in der sie so viel an sich selbst herumreflektieren, dass sie meinen, FLINTA* nicht mehr zuhören zu müssen. Selbstverständlich ist eigenes Handeln, Nachdenken und Reflektieren wichtig. Problematisch wird es jedoch dann, wenn diese Prozesse ausschließlich in (linken) Männerbündnissen passieren, in denen man sich gegenseitig in seinem Bild von kritischer Männlichkeit bestärkt, ohne anzuerkennen, dass auch der Drang danach, „einer von den guten“ sein zu wollen, von gekränktem Männerstolz zeugen kann. Zum Beispiel weil, man dem gesellschaftlich anerkannten Bild des „richtigen Mannes“ gar nicht erst entsprechen könnte, wie Schnibbe andeutet.

Sich verunsichern lassen

Warum setzen sich also so wenige Männer* für Gleichberechtigung ein? Nach Lesen des Sammelbandes stellt sich der Gedanke ein, dass dies wohl nicht die richtige Frage ist. Viel eher müsste gefragt werden, ob es überhaupt eine gewinnbringende Art und Weise für Männer* gibt, ihre eigene Männlichkeit kritisch zu reflektieren. Es scheint eine ausweglose Situation zu sein – linke Männer*, die sich selbst überhöhen; das Versinken in Selbstmitleid, weil man(n) es nur falsch machen kann; pro-feministische Männerbündnisse, die schlussendlich doch patriarchal

werden – all dies benennt der Sammelband und reproduziert es teilweise auch.

Aber um sich selbst zu ertappen, Verhaltensweisen als patriarchal begreifen zu können und sich an den richtigen Stellen verunsichern zu lassen eignen sich die aufgeführten Beiträge zweifelsfrei.

Blu Doppe / Daniel Holtermann (Hg.) 2021:

Vom Scheitern, Zweifeln und Ändern. Kritische Reflexionen von Männlichkeiten.

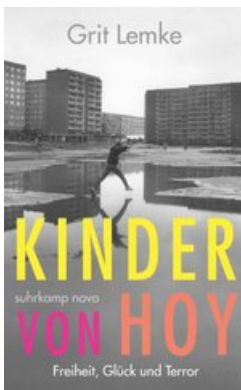
Unrast-Verlag, Münster.

ISBN: 978-3897710832.

272 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Benita Baum: Das Patriarchat entgiften?! Erschienen in: Klima Katastrophe Kapitalismus. 62/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1735>. Abgerufen am: 11. 01. 2022 13:33.

Das Ende des Plattenbau-Paradieses



Grit Lemke
Kinder von Hoy
Freiheit, Glück und Terror

Ein eindrücklicher Roman über Hoyerswerda, das Pogrom 1991, das Leben in der DDR und deren Ende.

Rezensiert von [Sebastian Friedrich](#) und [Friederike Jahn](#)

In der DDR stand Hoyerswerda für Zukunftsoptimismus, später wurde die sächsische Stadt zum Symbol für den Untergang der DDR. Grit Lemke, Jahrgang 1965 und selbst Hoyerswerdsche, hat ein Buch über die Brüche der Wendezeit und die „Baseballschlägerjahre“ geschrieben. Doch es geht nicht allein um den Terror dieser Jahre, den Schwerpunkt des autobiografischen, dokumentarischen Romans bilden die etwa zwanzig Jahre bis zum Ende der DDR.

Das Leben im Kollektiv

Mit dem Ausbau der Energiewirtschaft durch das VEB Gaskombinat Schwarze Pumpe, schlicht die „Pumpe“ genannt, wird in den 1960er Jahren auch das Projekt „Sozialistische Stadt“ in Hoyerswerda gestartet, um dem Zuzug von Arbeiter*innen gerecht zu werden. Schnell ist „Hoy“, wie Hoyerswerda vor Ort bezeichnet wird, die kinderreichste Stadt der DDR: „Denn nichts weniger als eine frohe Zukunft verhieß das neu erbaute Gaskombinat“ (S. 9).

Familien und junge Leute beziehen in Scharen die Neustadt, wo Wohnkomplex (WK abgekürzt, WeKah genannt) neben Wohnkomplex entsteht. Mit dem Einzug der „Kinder von Hoy“ in die neue Stadt beginnt auch das Buch: Lemke beschreibt das Alltags- und Schulleben, die Fahrt im Schichtbus „erste, zweite, dritte Welle“ (S. 11) und ebenjene WKs, die gebaut werden, wo die Kinder kollektiv erzogen werden, wo „ein allumfassendes, gemeinsames Sorgerecht“ (S. 19) gilt. Notgedrungen durch die Schichtarbeit der Erwachsenen – schließlich arbeiteten alle in „Pumpe“ – übernehmen Erzieher*innen, ältere Geschwister oder Nachbarskinder Aufgaben der Kindererziehung. Allgegenwärtig sind die „Kittelschürzen“, also die anderen Mütter, die nach ihren Dederonschürzen benannt sind, bei denen man ebenso Trost und Geborgenheit findet, vor denen man sich aber auch hüten muss, denn auch sie haben den kollektiven Erziehungsauftrag und der wird erfüllt. Dabei ist der Ton schroff-liebevoll: „Ich wer’ die Beene machen!“ und „Ich mach glei’ mit, Freundchen“ (S. 23).

Die meisten Kinder erleben eine glückliche Kindheit; das Kollektiv funktioniert. Im Sommer sind die Kinder gemeinsam im Ferienlager, und alle werden früher oder später „bei Pumpe“ landen. Die Straßen sind nach Kosmonaut*innen benannt, trotzdem landet niemand im All, sondern alle früher oder später in der Grube.

Flucht in die Subkultur

Die dicke Luft des proletarischen Lebens im Realsozialismus atmen die Leser*innen ein, genau wie die frische Luft, die die Subkultur bietet, die es auch in der DDR gab. Lemke beschreibt das

Älterwerden ihrer Generation, die Organisation abseits des gesellschaftlichen Plans, den Kampf „um den Erhalt von Ordnung Sicherheit Disziplin. Wir kämpfen auf der Gegenseite.“ (S. 71)

Aus der kinderreichsten Stadt ist eine Stadt geworden, in der ein Siebtel der Einwohnerschaft Jugendliche sind. Diese Jugendlichen finden sich in Jugendklubs ein, eine Lehrerin organisiert ein Singeklub, bei dem ein Schüler besonders heraussticht: Gerhard Gundermann (Jahrgang 1955), der zwar in der Erzählung nicht direkt vorkommt, der aber trotzdem allgegenwärtig im Buch ist.

Die Begeisterung der porträtierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen für den abgedrehten und regellosen Dadaismus und die Selbstinszenierung als eine Art Bohème machen deutlich, dass die wilden 1980er Jahre schon eine Weile zurückliegen. Sie zeigen aber auch, dass es durchaus Schlupflöcher und Möglichkeiten in der ach so biederen DDR gab.

Textzeilen von Gundermanns Lieder ziehen sich durch das Buch und ergänzen den Text der Erzählerin und die O-Töne der vielen Weggefährt*innen Lemkes. Es ist eine eindrucksvolle, stets stimmige sowie vielstimmige Collage, die Lemke geschaffen hat. Als Filmemacherin hat sie das Handwerk der Montage gelernt, als Buchautorin hebt sie diese Kunst auf eine neue Ebene. Es ist beeindruckend, wie die Autorin verschiedene Ebenen locker miteinander verwebt. Sie verzichtet dabei auf eine Ich-Erzählerin, womit sie es sich eigentlich schwerer macht: Hinter einer Ich-Erzählerin kann man sich gut verstecken und vor Widerspruch immunisieren – wer will einem schon die gemachten Erfahrungen absprechen?

Der Horror der Nazis

Während die O-Töne im lokalen Slang daherkommen, Sprichwörter kursiv gesetzt sind und sprachlich hervorstechen, nutzt Lemke den lausitzischen Dialekt manchmal auch im Erzähltext und lässt dadurch den Schlamm der Neustadt, die kollektive Kindererziehung und den jugendlichen Dadaismus lebendig werden. Anschaulich und beklemmend beschreibt Lemke den Horror der rechten Gewalt: die Angst vor den Nazis, die Verzweiflung, das nächste Opfer sein zu können, schließlich die Einsamkeit, weil man sich nicht mehr traut, die Wohnung zu verlassen.

Lemke schreibt bitter und ehrlich über die Vorläufer des Pogroms auf die Unterkünfte der Vertragsarbeiter*innen: „Alles, was wir dabei empfinden ist Erleichterung. Es waren nicht wir, in deren Fenster Steine flogen“ (S. 159). Sie beschreibt schonungslos das Zuschauen, Mitmachen, Beklatschen im September 1991 – und die eigene Ohnmacht, das Wegducken, das Einigeln im selbstverwalteten Jugendklub, dem „Laden“: „Während die Vietnamesen [...] um ihr Leben laufen, beschäftigen wir uns im Laden mit der Figur des Hasen bei Beuys.“ (S. 174)

Getriebene Leben

Lemke macht das, was bisher viel zu wenige ihrer Generation aus der DDR gemacht haben: Sie blickt zurück – gefühlvoll, analytisch, selbstkritisch. Die Autorin traut sich, von ihrer Erfahrung zu abstrahieren, und erzählt so ein starkes Stück Gesellschaftsgeschichte – ohne dabei alles zu nivellieren, aber auch ohne nur bei sich kleben zu bleiben.

Den meisten ihrer Zeitgenoss*innen war diese Form der Reflexion bisher nicht vergönnt: Sie hatten kaum Gelegenheit, einmal stehenzubleiben, sich an dem bisher gegangenen Weg zu erinnern, ja, diesen aufzuarbeiten. Die meisten waren und sind Getriebene: Aufgewachsen in einem Land, das täglich die Zukunft beschwor, geriet allen Gewissheiten zum Trotz alles aus den Fugen – sogar die Zeit selbst. Plötzlich gab es weder Morgen noch Gestern, es zählte nur das Hier und Jetzt – Arbeitssuche, Zurechtkommen, Nachbar*innen vermissen, die wegzogen, wegstarben oder Feind*innen wurden, Leben als Kampf; Kampf ums Überleben.

Gerne hätten wir noch mehr erfahren über die Wege und Kämpfe der „Kinder von Hoy“ ab Mitte

der 1990er Jahre. Entsprechende Beschreibungen machen im Buch aber nur wenige Seiten aus und sind weniger dicht und tiefsinnig als die grandiosen Zeilen zuvor. Allerdings findet sich in diesem letzten Abschnitt des Buches eine der Stärken Lemkes wieder: ihre Unvoreingenommenheit, indem unumwunden zugegeben wird, dass man auch nicht den Nachfragen der neuen Kinder von Hoy, dem Jahrgang 1988, adäquat antworten kann – oder will. „Aber sie fragen und nerven weiter. Die Antworten, die sie bekommen lauten immer: 'Wir warn's ni' 'Wir sind so ni' 'Sie woll'n uns nur schlechtmachen' 'Es muss doch ooch ma Ruhe sein'.“ (S. 231).

Es mag sein, dass der Autorin bei diesem wunderbaren Buch am Ende ein wenig die Luft ausgegangen ist, vielleicht hat sie auch bewusst darauf verzichtet, weil die eingeschlagenen Richtungen der Protagonist*innen zu unterschiedlich waren. Vielleicht ist auch einfach noch nicht der richtige Zeitpunkt für Reflexionen über die Jahre nach dem großen Bruch gekommen.

Grit Lemke 2021:

Kinder von Hoy. Freiheit, Glück und Terror.

Suhrkamp, Berlin.

ISBN: 978-3-518-47172-2.

255 Seiten. 16,00 Euro.

Zitathinweis: Sebastian Friedrich und Friederike Jahn: Das Ende des Plattenbau-Paradieses.

Erschienen in: Klima Katastrophe Kapitalismus. 62/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1740>.

Abgerufen am: 11. 01. 2022 13:33.

Puccini hören? Von der Kunstfreiheit gedeckt!



Alessandro Baricco
Hegels Seele oder die Kühe von Wisconsin
Nachdenken über Musik

Adorno wouldn't approve: Alessandro Bariccos Medizin gegen langweilige Klassik entstammt dankenswerterweise eher dem Kino als der Zwölfertonmusik.

Rezensiert von [Kevin Grünstein](#)

„Nachdenken über Musik“ lautet der ausschlaggebende Untertitel – klassische Musik, aber klickt die Rezension nicht sofort weg, denn so trocken sind die vier Essays zwischen den Buchklappen nicht. Disclaimer für Hegelfans: Außer durch ein kurzes Eingangszitat taucht your dearest H.G.F. nicht ernsthaft auf. Dito die Kühe von Wisconsin. Sie produzieren mehr Milch, wenn sie symphonischer Musik ausgesetzt sind – das zweite Eingangszitat, auch bezugslos. Tut mir leid für jene Hegelcracks, die dem Titel mehr abgewinnen wollten. Allerdings: Auf die Kühe komme ich zurück. Auf Hegel auch.

Klassik nervt

Mit dem revolutionären Potential klassischer Musik kann es nicht weit hin sein, wenn in der Hamburger Elbphilharmonie Staatsoberhäupter andächtig lauschen, während sie auf den Straßen G20-Demonstrierende vermöbeln lassen. Wenn Beethovens *Siebte* als Begleitmusik für Toilettenpapierwerbung herhält, sie gleichzeitig die Hymne für das vereinte Europa darstellt und die sadistischen Gewaltakte in *Clockwork Orange* untermalt, dann sind das Feld und die Grenzen klassischer Musik schon ganz gut abgesteckt. Finanziell protegiert wird sie von Elementen, vor allem Automobilkonzernen, die ihr barbarisches Strukturskelett in einen Klangschleier aus Hochkultur hüllen. Ich weiß das, ihr wisst das. Alessandro Baricco weiß das. Also zieht (bzw. zog: Baricco schrieb das Büchlein 1992) er aus, um die „vermeintliche kulturelle Vorrangstellung“ (S. 16) ernster Musik neu zu sortieren, um sie von den „arithmetischen Kopfgeburten“ (S. 65) auf die Tanzbeine zu stellen. Das macht er auf eine für klassische Verhältnisse konstraintuitive, nämlich ziemlich intuitive Weise.

Vorweg: Habt Vertrauen in Bariccos Essaystil. Kein Problem, wenn ihr euch mit Wiener Avantgarde, Darmstädter Ferienkurse, Puccini, Mahler et cetera nicht auskennt. Baricco nutzt eine wunderbar allgemeinverständliche, bildreiche Sprache, um seine Überlegungen loszutreten. Wir verstehen was er meint, wenn er die eifersüchtig gehüteten hochkulturellen Grenzen der Musiklandschaft mit riesigen Landesgrenzen zerfallener Reiche vergleicht, die die wenigsten je tatsächlich gesehen haben; oder wenn er den Originalitätsfetisch mit einem Gefängnis gleichsetzt, aus dem der Gefangene längst raus (weil tot) ist; oder wenn er den Niedergang der Moderne als spektakuläre Explosion beschreibt, die vorher klare magnetische Pole in eine „Galaxie von willkürlich in alle Richtungen auseinanderstrebenden Teilchen“ zerschoss (S. 45f.). (Wenn er wieder und wieder, über 110 Seiten hinweg, Musikstücke als „Graffiti“ bezeichnet, aus deren Formen wir Bedeutung schöpfen, ist das Bild bei aller Eingängigkeit fast schon überspannt). Ich

weiß selbst nicht, ob alles so stimmt, was er über klassische Musik zu sagen hat, aber ob der Text wahr ist oder nicht, erklärt sich eh weniger aus sich selbst heraus, sondern aus seinem Verhältnis zur gelebten Welt. Dazu komme ich gleich. Für den Augenblick will ich festhalten, dass Alessandro Bariccos vier Essays, die nacheinander sein Argument entfalten, formal genau das befeuern, um was es ihm inhaltlich geht: Auch wenn die Kritik an der „Ideologie“ nur an der Oberfläche kratzt und ich mir mehr Beispiele gewünscht hätte (hierfür ist Berthold Seligers [Klassikkampf](#) zu empfehlen), „Hegels Seele“ ist spannend, eingängig, erhellend und stellenweise echt überraschend. Ich gehe mal nicht so weit, die Essays spektakulär zu nennen – aber genau hierauf wird Baricco abzielen.

Zwölftonmusik nervt auch

Im Zentrum steht die These, hallo Guy Debord, dass die Gegenwart ein Spektakel ist. Die Welt ist ein Feuerwerk, im ständigen Kippen zwischen Schlaraffenland und Höllensturm. Und diese wahnsinnige Fülle müsse in Form gebracht, müsse hörbar gemacht werden. Das habe die ernste Musik zu lange verkannt. Ihr Anspruch mag (musik-)historisch gerechtfertigt gewesen sein: Nach den harmonischen Systemen des Idealismus, nach der sich tatsächlich aufhebenden Dialektik aus *Vermutung* und *Überraschung* (hier klingt er doch an, der Hegel), antwortete die musikalische Moderne mit jener Zersplitterung hierarchischer Ordnungen, wie sie die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs und des Untergangs sicher geglaubter Imperien geliefert hatten. Beispiel Zwölftonmusik: „Sie verzichtet bekanntlich auf jeden tonalen Bezug und verwendet die zwölf Noten des temperierten Systems ohne irgendeine hierarchische Ordnung. Keiner von den zwölf Tönen ist ein Grundton, keiner ein fremder Ton.“ (S. 64) Dass diese Neue Musik in den Wirren des frühen 20. Jahrhunderts entsteht, leuchtet ein. Deshalb kann Adorno den Werken Arnold Schönbergs etwas abgewinnen, und deshalb sieht Adorno auch eine Form von Ästhetik darin: „denn Hegel hat ja gesagt, es sei die Kunst weder ein angenehmes noch ein nützliches Spielwerk, sondern selbst eben eine Entfaltung der Wahrheit“ (Adorno 2017, S. 78).

Baricco sieht das genauso – und stellt sich genau deshalb, implizit mit Hegel, gegen Adorno. Zwölftonmusik, überhaupt alle Experimente der ernsten Musik im 20. Jahrhundert, taten leider nicht viel mehr, als einen Keil zwischen die (musikalische Beschreibung der) Welt und das Publikum zu treiben. Und diese Entfremdung, das macht Baricco sehr stark, sollten wir nicht dem Publikum, nicht uns selbst zulasten werfen:

„Es wimmelt nur so von Kompositionen, die auf ausgeklügelten selbstentwickelten Regelsystemen aufgebaut sind, verstiegensten arithmetischen Kopfgeburten, deren Wert und Sinn wir hier gar nicht diskutieren wollen. Uns liegt daran zu erinnern, wie all das für das Publikum einen unsichtbaren und unerreichbaren Kosmos darstellt.“ (S. 65)

Ich zumindest kann mit diesem Angriff sehr relate. „Glaubt irgendjemand wirklich, dass das nur eine Frage der Gewöhnung, der Zeit oder der kulturellen Bildung ist?“ (S. 64)

Das Spektakel aufheben

Mit wem können wir eher was anfangen? Als Neuerer ernster Musik, als Typen, von denen man einiges lernen kann, ohne dieselben Fehler zu machen, tauchen Gustav Mahler und – ausgerechnet – Giacomo Puccini auf. Ausgerechnet, denn Adorno, so Baricco, „liquidierte Puccini gern mit einem lapidaren Urteil: Unterhaltungsmusik“. Einst ein veritabler Diss, wird dieses Urteil nun zum kritischen Hebel, „die Grenzen zwischen ernster Musik und Unterhaltungsmusik in Bewegung zu bringen“ (S. 87). Was Baricco über die beiden Komponisten zu sagen hat, ist – spannende These, pun intended – großes Kino. Denn mit ihren exzentrischen Klangprofilen nahmen sie tonal vorweg, was erst später durch Großaufnahme, Gegenschnitt, Totale bildlich erfahrbar wurde: filmische Stilmittel, aber als Musik.

Die Klassik darf dem Spektakel nicht den Rücken kehren. Wer die Wirklichkeit kritisieren will, muss sich ihr aussetzen, sie aufnehmen, auch auf die Gefahr hin, in Affirmation und Kitsch zu kippen oder lediglich zur Milchprofitmaximierung beizutragen (7,5 Prozent, laut der University of Michigan, Wisconsin). Bariccos Mahnung ist ausdrucksstark. Bleibt eine letzte Frage. Ist sie, Baujahr 1992, veraltet? Aus ihrer gefühlsintensivierenden Funktion als Soundtrack ist Klassik aus dem Kino heraus längst in die youtube-feeds mehrerer Generationen gesickert (allen voran Harry Potter). Und vor Kurzem gaben der Pianist Igor Levit und das Rundfunk-Tanzorchester Ehrenfeld dem Rapper Danger Dan Schützenhilfe dabei, die Kunstfreiheit zu decken. Kleine Beispiele, wie Klassik Pop aufhebt. Das „Nachdenken über Musik“ bleibt nachdenkenswert.

Zusätzlich verwendete Literatur

Adorno, Theodor W. (2017) [1958/59]: Ästhetik. Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main.

Alessandro Baricco 2021:

Hegels Seele oder die Kühe von Wisconsin. Nachdenken über Musik. Übersetzt von: Karin Krieger. Hoffmann und Campe, Hamburg.

ISBN: 9783455009781.

112 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Kevin Grünstein: Puccini hören? Von der Kunstfreiheit gedeckt! Erschienen in: Klima Katastrophe Kapitalismus. 62/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1732>. Abgerufen am: 11. 01. 2022 13:33.

Lieben aus Protest



Carolin Wiedemann
Zart und frei
Vom Sturz des Patriarchats

Wie können wir mit neuen Beziehungsweisen das patriarchale System unterwandern?

Rezensiert von [Clara Zink](#)

Gibt es eine zentrale, allumfassende Ursache für alle Ungerechtigkeiten in der Welt? Die Antwort auf diese Frage ist komplex und hängt auch davon ab, wer sie beantwortet. Aus einer marxistischen Perspektive wäre es zum Beispiel möglich, das Verhältnis zwischen Kapitalist*innen und Arbeiter*innen als das ultimative Ausbeutungsverhältnis anzusehen. Ein solches Verständnis vom Kapitalverhältnis als „Hauptwiderspruch“ wurde von einigen Feminist*innen dafür kritisiert, jede andere Unterdrückungsform – zum Beispiel Sexismus – als „Nebenwiderspruch“ abzutun. Auf diese Weise würde, so ihre Argumentation, davon ausgegangen, dass mit dem Ende des Kapitalismus automatisch auch alle anderen Unterdrückungsverhältnisse verschwinden. Feministische Kämpfe im Hier und Jetzt wären dann nicht zentral zu setzen, sondern „mitgemeint“.

Solche holzschnittartigen Hierarchisierungen von Ungleichheitsverhältnissen öffnen immer wieder Tür und Tor für antifeministische Mobilisierungen – und das eben auch in der politischen Linken. Carolin Wiedemann erläutert diese Dynamiken in ihrem Buch „Zart und frei“ und geht dabei auch auf hierarchisierende Tendenzen innerhalb feministischer Diskurse ein. Diese arbeiteten sich in der Vergangenheit vor allem am Patriarchatsbegriff ab, wie Wiedemann in Anlehnung an Theoretiker*innen wie die kürzlich verstorbene bell hooks und Judith Butler erläutert: Bereits während der ersten feministischen Bewegungen kritisierten Schwarze Frauen, dass der Kampf gegen das Patriarchat vor allem auf weiße Frauen ausgerichtet sei, dabei die Lebensrealität Schwarzer Frauen nicht berücksichtige und keine Gerechtigkeit für sie erreichen könne. Und auch aus queerfeministischer Perspektive wurde später der Fokus auf die cis hetero Frau als „Norm“ kritisch hinterfragt.

Patriarchat neu gedacht

Wiedemann ist nicht die erste Autorin, die aufzeigt, wie andere Machtverhältnisse außer dem zwischen Männern und Frauen immer wieder von der feministischen Bewegung ignoriert – und so die Chance verpasst wurde, solidarisch füreinander einzustehen. Ihre Argumentation zeichnet sich jedoch durch ihren Fokus auf den Patriarchatsbegriff aus: Seit den Versäumnissen der zweiten Welle des Feminismus habe dieser sich gewandelt. Ihrer Ansicht nach etabliert sich derzeit eine neue feministische Bewegung, die den Begriff weiterdenke und „eine neue antipatriarchale Massenmobilisierung“ (S. 104) ins Leben rufe:

„In diesem neuen Umgang ist der Begriff des Patriarchats von seinem monolithischen, homogenisierenden Charakter befreit und für eine Deutung geöffnet, die den Zusammenhang mit Klassenverhältnissen, mit kapitalistischen und rassistischen Ausbeutungsverhältnissen sowie mit heteronormativer Herrschaft im Sinn hat“ (S. 104f).

Unter diesen Voraussetzungen kann und sollte sich Gerechtigkeit heute an einer zentralen Ungleichheitsdimension ausrichten, nämlich der des Geschlechts:

„Am Umgang mit der Frage nach Geschlechtern, nach Identitäten, nach Begehrens- und Beziehungsformen zeigt sich, wie frei unsere Gesellschaft tatsächlich ist und wie gerecht wir sind. An diesen Fragen entscheidet sich, wohin wir steuern“ (S. 9).

Identität ist nicht „natürlich“

Eine weitere schädliche Tendenz, die Wiedemann im Zusammenhang mit der Geschlechterfrage sowohl in der rechtskonservativen Szene wie auch in liberalen Kreisen identifiziert, ist neben der Hierarchisierung auch die der „Naturalisierung“. Dabei werden bestimmte Eigenschaften oder Zustände als vermeintlich „natürlich“ verteidigt; zum Beispiel die männliche Herrschaft oder die Marktwirtschaft als Systeme, die angeblich immer schon in Mensch und Gesellschaft angelegt waren. Ein Punkt, den Wiedemann dabei immer wieder herausstellt, ist die Unterscheidung zwischen rechter und strategischer, emanzipatorischer Identitätspolitik. Letztgenannter Begriff bezeichne, so Wiedemann, eine „Politik, die von eigenen Erfahrungen der Diskriminierung und Ausbeutung ausgeht, sie als kollektive Erfahrungen erkennt und so ihre strukturelle Dimension sichtbar macht und bekämpft“ (S. 57). Der „Call-Out-Culture“, also dem öffentlichen Hinweisen auf diskriminierendes Verhalten, spricht sie zum Beispiel als Form strategischer Identitätspolitik in erster Linie ein hohes Maß an Bedeutung zu, wenn es um den Widerstand gegen ungerechtes, vermeintlich „normales“ Verhalten geht. Gleichzeitig sieht sie solche Verfahrensweisen aber auch kritisch:

*„Sicher liegt in diesem eigentlich strategischen identitätspolitischen Umgang, (...) die Gefahr, die Strategie aus den Augen zu verlieren und die gesellschaftlich zugeschriebenen Identitäten positiv aufzuladen, statt sie zu demontieren, sie zu (...) naturalisieren und sie dabei weiter gegeneinander auszuspielen. Sicher gibt es immer ein paar Leute, die Queer-Feminist*in-Sein zur neuen Identität verklären, die damit neue Codes etablieren, die wiederum neue Ausschlüsse produzieren“ (S. 110 f.).*

Mehrfach thematisiert sie solche hypothetischen „Einzelfälle“, welche die emanzipatorische Identitätspolitik „in ihr Gegenteil zu verdrehen“ (S. 57) drohten und dazu führen könnten, „dass Utopien selbst ins Deterministische kippen (...), wenn sie ein bestimmtes Menschenbild implizieren (...)“ (S. 185). Derartige Einzelfälle werden in erster Linie von Menschen imaginiert, die sich vom Gender-Sternchen bevormundet fühlen, konkrete Beispiele für sie gibt es im Buch keine. Das Einlassen auf derartige Gedankenspiele scheint ein Versuch Wiedemanns zu sein, „auch denen die Hand zu reichen, die verunsichert sind“ (S.12). Tatsächlich läuft sie damit aber eher Gefahr, ihrer ansonsten so überzeugenden Analyse den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Sex und Solidarität

Gekoppelt an ihre Patriarchatskritik und den Fokus auf die Geschlechterfrage stellt Wiedemann bereits in der Einleitung eine These auf, die da lautet: „Alle hätten besseren Sex, wenn das Patriarchat beendet wäre“ (S. 10f). Darum, sowie um Zartheit generell, geht es in der zweiten Hälfte des Buches. Wiedemann hat hierzu einige Interviews mit Menschen geführt, die Liebe, Sex und Beziehung neu zu leben versuchen. So teilt sich etwa eine interviewte Person die Elternschaft ihres Kindes mit zwei Menschen, zu denen sie eine sexuelle Beziehung hat. Eine andere Person teilt sich die Kindererziehung hingegen mit den Mitbewohner*innen ihrer großen Wohngemeinschaft,

in der auch noch der Vater des Kindes lebt, obwohl die beiden kein Paar mehr sind. Wiedemann berichtet in diesem Teil des Buches auch mehr von persönlichen Erfahrungen und Erlebnissen; etwa sehr ehrlich und zärtlich von ihrer Teilnahme am „Tender and Feral Lab“, einem „erotischen Laboratorium“, bei dem sich zuvor fremde Menschen „fernab vom cis-männlichen Blick“ (S. 130) ausprobieren und näher kommen können. Einen solchen liebevollen Umgang untereinander definiert sie als Solidarität und beschreibt dann, erneut in Anlehnung an bell hooks, wie „Lieben als Aktivismus“ aussehen kann: Es gehe gar nicht darum, uns von allen binären, heteronormativen Vorlieben im Hinblick auf Sex und Familie zu befreien, sondern darum, „das Prinzip der Normierung des Zusammenlebens aufzubrechen und das patriarchal-rassistische System, auf dem die bürgerliche kapitalistische Gesellschaft basiert, sukzessiv zu untergraben“ (S. 185). Wiedemanns Buch kann dabei helfen, patriarchale Strukturen auch in den eigenen (linkspolitischen) Reihen und privaten Beziehungen zu identifizieren. Ohne Druck dekonstruiert sie die Ängste und Vorurteile, die häufig mit alternativen Lebens- und Liebesformen assoziiert werden. Sie macht überzeugend klar, dass es sich für alle lohnt, Zärtlichkeit neu zu denken und auszuprobieren.

Carolin Wiedemann 2021:

Zart und frei. Vom Sturz des Patriarchats.

Matthes & Seitz, Berlin.

ISBN: 978-3-95757-949-2.

218 Seiten. 20,00 Euro.

Zitathinweis: Clara Zink: Lieben aus Protest. Erschienen in: Klima Katastrophe Kapitalismus. 62/2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1730>. Abgerufen am: 11. 01. 2022 13:33.

Die Schublade der ökonomischen Macht aufräumen



Søren Mau

Stummer Zwang

Eine marxistische Analyse der ökonomischen Macht im Kapitalismus

Eine kritische Untersuchung macht marxistisches Basisvokabular praxistauglich.

Rezensiert von [Christoph Zeevaert](#)

Die Debatte um ökonomische Macht im Kapitalismus ist eine, die die marxistische Linke seit jeher mal unterschwellig, mal offensichtlich begleitet. Die „Kapital“-Exegese, die mal für dogmatische Wertkritik, mal für einen ausbeutungsfixierten Klassenreduktionismus herhalten muss, scheint dabei auf den ersten Blick eine inhaltliche Grundlage für alle Art marxistischer Glaubensrichtungen herzugeben. Søren Mau unternimmt mit seinem Werk den Versuch, dieses Feld zu sortieren.

Marx auf Marx anwenden

Søren Maus frisch publiziertes Werk „Stummer Zwang – Eine marxistische Analyse der ökonomischen Macht im Kapitalismus“ ist entgegen des Anscheins keine marxologische Abhandlung, sondern eine scharfsinnige materialistische Herleitung, die es sich in die Praxis zu übersetzen lohnt. Die ausführliche Schrift von Mau deckt beinahe sämtliche Bereiche notwendiger theoretischer Rekonstruktion ab. Zunächst beschäftigt der Autor sich mit einer ausführlichen Einführung in marxistische Basis-Begriffe wie Macht, Herrschaft und Gewalt, die er kritisch überprüft. Gerade seine Abhandlungen über marxistische Staats- und Ideologietheorien sind zwar knapp, aber äußerst aufschlussreich zur Rahmung der Diskussion um Macht im Kapitalismus. So führt Mau vor allem anhand sogenannter westlicher Marxist*innen aus, wie ideologische Verhältnisse eine eigene Macht entfalten, die über ihre ökonomische Quelle hinauswachsen kann und eine eigene Dynamik abseits der rein ökonomischen Ebene entwickeln.

Eine große Stärke des Buches ist der scharfe Umgang mit Marx'schen Begriffen. So wendet Mau thesenhaft die Fetischkritik auf den Begriff des automatischen Subjektes an. Das Kapital als angeblich eigenständiges gesellschaftliches Subjekt dekonstruiert Mau als ein soziales Verhältnis, dass, in den gesellschaftlichen Denkbewegungen seiner historischen und politischen Dimension beraubt, als etwas Natürliches erscheint. Das Kapital ist die Summe der Kapitalist*innen, die wiederum gesellschaftlich handelnde Subjekte sind und nebenbei ein unmittelbares Klasseninteresse daran haben, die Ausbeutung von Mensch und Natur nicht nur fortzusetzen, sondern bei jeder Gelegenheit zu verschärfen. Gleichzeitig stellt Mau heraus, dass diese Handlungsweise vom systematischen Rahmen des Kapitalismus nicht nur belohnt und nahelegt, sondern sogar vorausgesetzt wird. Im Spannungsverhältnis dieser Erkenntnisse versucht Mau aufzuzeigen, dass eine marxistische Argumentation weder bei einer subjektlosen Kritik abstrakter Verhältnisse stehen bleiben kann, noch der Weg über eine moralische Kritik der Ausbeutungsverhältnisse den Weg aus der kapitalistischen Totalität weist. Für einen praktischen Ausblick untersucht Mau vor allem Kämpfe im Bereich der Logistik, denen er großes Potenzial

zuweist.

Rundumschlag statt Skizze

Das Werk von Søren Mau bietet einen tiefen und inhaltlich scharfen Einblick in die Frage nach der ökonomischen Macht im Kapitalismus. Sowohl die Rekonstruktion der Marx'schen Überlegungen zum Thema, die marxistischen Debatten, die sich daran anschlossen als auch die praktischen Implikationen finden in diesem Werk eine umfassende Betrachtung. So analysiert er an verschiedenen Stellen Versuche linker Feindbestimmung, die einen Begriff davon entwickeln, wo Macht im bürgerlichen Kapitalismus entsteht. Ein Beispiel dafür ist für ihn die Mobilisierung des ...umsGanze!-Bündnisses am Rande der G20-Gipfel-Protteste in Hamburg, das unter dem Motto „Shut down the logistics of capital“ zu Blockadeaktionen am just-in-time-produzierenden Hafen aufgerufen hatte. Mau wendet seine Analysekatoren dabei niemals holzschnittartig an, sondern entwickelt die Begriffe sauber, bevor er sie als operative Werkzeuge verwendet. Auf den ersten Blick wirken einzelne Kapitel redundant, im Verlauf der Lektüre stellt sich dieser Eindruck aber ausnahmslos als falsch dar.

Wie Michael Heinrich im Vorwort des Buches ausführt, ist das Werk eine Art Pionierprojekt. Zwar ist die Debatte um ökonomische Macht im Kapitalismus, wie eingangs beschrieben, schon immer eine Wegbegleiterin marxistischer Theorie und Praxis, eine konzentrierte Auseinandersetzung mit der Analysekatoren des „Stummen Zwangs“ stand aber bisher noch aus. Dieses Lehrstück materialistischer Analyse wird dadurch sehr umfangreich, was Stärke und Schwäche zugleich ist. Als Einführungswerk in die Debatte eignet es sich durch seine Form nicht wirklich, doch die geduldige Lektüre lohnt sich allemal. Das Verständnis von kapitalistischer Subjektivierung – auf der proletarischen wie auf der bürgerlichen Seite der Klassenverhältnisse – ist essentielle Vorbedingung einer marxistischen Praxis, die ihren Namen verdient.

Søren Mau 2021:

Stummer Zwang. Eine marxistische Analyse der ökonomischen Macht im Kapitalismus. Übersetzt von: Christian Frings.

Dietz Verlag, Berlin.

ISBN: 978-3-320-02384-3.

360 Seiten. 29,90 Euro.

Zitathinweis: Christoph Zeevaert: Die Schublade der ökonomischen Macht aufräumen.

Erschienen in: Klima Katastrophe Kapitalismus. 62/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1733>.

Abgerufen am: 11. 01. 2022 13:33.

Philosophieren in der Krise der Moderne



Bolívar Echeverría
Für eine alternative Moderne
Studien zu Krise, Kultur und Mestizaje

*Die Enttäuschung utopischer Hoffnungen lähmt die politische Kreativität.
Nun muss die Philosophie emanzipatorische Möglichkeiten auszuloten.*

Rezensiert von [Markus Hennig](#)

Die christliche Erzählung des Turmbaus zu Babel beginnt mit der Annahme, dass alle Welt sich in einer Sprache verstand. Nur auf der Grundlage dieser unverstellten Kommunikation entwickelt sich die Vision, einen Turm zu bauen, „dessen Spitze bis an den Himmel reiche“. Gott bestraft die Menschen für dieses Vorhaben, indem er ihre Sprache verwirrt und so die Kommunikation zwischen den Menschen verhindert. Weil der Turmbau daraufhin abgebrochen wird, verstreuen sich die Menschen über die gesamte Erde. Anschließend daran „erscheinen die vielen ‚Anderen‘ als Reste eines zerstückelten ‚Selbst‘“ (S. 206), so Bolívar Echeverría in einer kurzen Kommentierung dieses Mythos. Gegen ein derartiges Verkennen des Anderen schreibt der lateinamerikanische Philosoph an, um „den Anderen in seiner eigenen ‚Selbstheit‘ wahrzunehmen und nicht als narzisstisches Bild des Wahrnehmenden“ (S. 207).

Eine nicht-eurozentrische Kritische Theorie?

Der vorliegende Band versammelt Essays, die Bolívar Echeverría zwischen 1984 und 2008 geschrieben hat. Diese wurden von David Graaff ins Deutsche übersetzt und gemeinsam mit Javier Sigüenza und Lukas Böckmann im Argument Verlag herausgegeben. Neben der Veröffentlichung von zahlreichen weiteren Essays lehrte Echeverría seit den 1970er Jahren an der Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM) und war Redakteur der Theoriezeitschrift Cuadernos Políticos. Maßgeblich durch seinen mehrjährigen Aufenthalt in West-Berlin in den 1960er Jahren geprägt, arbeitete Echeverría an der Möglichkeit einer „nicht-eurozentrischen kritischen Theorie“, wie es Stefan Gandler zu seinem 10. Todestag formulierte.

Doch ein solches Label birgt auch Gefahren. Es kann dazu verleiten, die Gedanken von Echeverría auf bereits bekannte Begriffe zu reduzieren. Wie dieser selbst schreibt, gibt es in der westlichen Moderne neben der Wahrnehmung des Fremden als gleichwertiges Anderes noch zwei weitere Weisen, mit dem Fremden umzugehen: Es kann einerseits als das gänzlich Andere streng vom Eigenen geschieden werden oder es kann als eine leicht variierte und meist angeblich minderwertige Form des Eigenen interpretiert werden. Beides würde eine Auseinandersetzung mit der Fremdheit und Differenz des Anderen verhindern. Um dem Anspruch der Gegenseitigkeit also ernst zu nehmen, dürfen die vorliegenden Essays nicht einfach als etwas bereits Bekanntes gelesen werden.

Vielmehr können sie als Ausdruck der *Mestizaje* verstanden werden, womit Echeverría den historischen Prozess beschreibt, in dem zwei unvereinbare Zivilisationsformen sich miteinander verbinden *müssen*. Die Notwendigkeit dieser Verbindung ergibt sich dabei aus dem Scheitern der vollständigen Unterwerfung und Auslöschung des Anderen. Als indigene Überlebensstrategie

wurden die Elemente der europäischen Zivilisation auf der Grundlage indigener Traditionen angeeignet und inszeniert. Der Diskurs der Herrschenden verschlang so die Muster und Verhaltensweisen der Beherrschten, weshalb Echeverría diesen Vorgang aus der Perspektive der Herrschenden auch als *códigofagia* bezeichnet; das heißt, in Anlehnung an Anthropophagie (Menschenfresserei), als Fressen der kulturellen Codes, bei dem diese verschlungen werden, um ihre Wirkung in sich aufzunehmen. Wenn Echeverría also für das moderne Philosophieren betont, dass es sich dabei um eine bestimmte Form des Nachdenkens handelt, die sich unter dem Einfluss der Reformation vor allem in der englischen, deutschen und französischen Sprache herausbildete, dann ist er, als lateinamerikanischer Sprecher des Spanischen, Teil des Versuchs, sich diese Form des reflektierenden Diskurses vor dem Hintergrund einer eigenen Geschichte des eigenen modernen Nachdenkens anzueignen. Dabei entsteht folglich eine eigene Form des modernen Reflektierens.

In diesem Vorhaben entwickelt sich eine eigenständige Konstellation an Begrifflichkeiten, die zur Untersuchung des Verhältnisses von Moderne, Kapitalismus und der sich darin entwickelnden Kultur herangezogen werden. Obwohl in den verschiedenen Aufsätzen zentrale Begriffe in verschiedenen Variationen formuliert werden, ist jedoch der Zugang zum Denkgebäude an manchen Stellen erschwert. Einzelnen Konzepten scheint es noch an einer Konkretisierung zu fehlen, was insofern nachvollziehbar ist, da der angestrebte Prozess einer „radikale[n] Selbsttransformation der politischen Moderne“ (S. 32) zunächst in seiner Möglichkeit umrissen werden soll. Laut Echeverría braucht es diese Selbsttransformation, um die Krise zu überwinden, in welche die Moderne verstrickt ist.

Die Krise der Moderne

Diese Krise der Moderne versteht Echeverría dabei vor allem als politische Krise. Denn das Versprechen der Moderne, die Lebensumstände der Menschheit durch Fortschritt zu verbessern, konzentrierte sich besonders im politischen Bereich. Zahlreiche Utopien entwarfen Perspektiven einer harmonischen Gesellschaft, deren Realisierung kurz bevorstünde. Angesichts der zahlreichen Untergangsszenarien, die uns umgeben, erscheinen den meisten derartige Utopien zunehmend befremdlich. Die Enttäuschung dieser utopischen Hoffnungen sieht Echeverría als Ursache für die Lähmung der politischen Kreativität, die nun zwischen einem „vereinfachendem, defensivem Pragmatismus ihrer Politik und verzweifelten Messianismen“ (S. 82) schwankt. Als Folge daraus mangelt es politischen Diskussionen an Perspektiven dafür, wie aus der gegenwärtigen Gesellschaft heraus eine emanzipatorische Politik zu gestalten sei, die an reale Möglichkeiten anknüpft und zugleich über diese hinausgeht.

In dieser Situation ist es laut Echeverría die Aufgabe der Philosophie, Möglichkeiten der Emanzipation auszuloten. Das bedeutet für ihn, danach zu fragen, auf welche Art und Weise sich in der kapitalistischen Moderne eine emanzipatorische Subjektivität formieren kann. Zentral ist dafür der Begriff des Ethos, mit dem Echeverría das Geflecht von Verhaltensweisen, Denkformen und Institutionen bezeichnet, die sich im Alltagsleben verbinden, um die fortlaufende Unterdrückung der Gebrauchswerte durch die Wertlogik zu kompensieren. Denn laut Echeverría ist es mit der Moderne möglich geworden, die Knappheit der Güter, die für die Befriedigung von Bedürfnissen notwendig sind, zu überwinden. Doch diese Überwindung der Knappheit wurde nur durch ihre eigene Leugnung ermöglicht: Das heißt, die kapitalistische Moderne reproduziert sich dadurch, dass sie die reale Möglichkeit der Befriedigung der Bedürfnisse aller verhindert, indem sie die Knappheit künstlich aufrechterhält. Im Ethos als „spontane Verhaltensweise“ (S. 105) entwickelt eine Gemeinschaft Normen und Verhaltensweisen, die es den Individuen erlauben, auf diese widersprüchliche Situation zu reagieren und sich ihr anzupassen:

„Das kapitalistische historische Ethos artikuliert den Vorgang, in dem das Kapital sein Gegenteil, den Gebrauchswert, beschützt, während es ihn gleichzeitig unterdrückt, als Gewohnheit oder Brauch, als eine Aneinanderkopplung von Norm und Person; den Vorgang, durch den die Möglichkeit eines zivilisierten Lebens erhalten bleibt, obwohl es zugleich durch ihn entstellt wird.“ (S. 198 f.)

Gerade in dieser Perspektive begründet sich für Echeverría die Möglichkeit, an die Moderne anzuknüpfen und in dieser nach gesellschaftlichen Alternativen zu suchen. Denn in ihr liegt das Potenzial, aufgrund der Überwindung von Knappheit, den Anderen nicht länger als Bedrohung vernichten zu wollen, sondern sich in der Vielfalt der Kulturen zu entfalten. Dafür braucht es eine Reflektion über ihre verschiedenen Ausformungen sowie das Anknüpfen an ihren eigenen selbstkritischen Diskurs, in dem bereits an verschiedenen Stellen die Möglichkeit nach einem konkreten Universalismus aufschien. Um dieses Nachdenken zu erweitern, helfen Übersetzungen zwischen den diversen Formen und Sprachen des Nachdenkens, um divergierendes Denken im Sinne eines gemeinsamen Projekts zu ermöglichen.

Zusätzlich verwendete Literatur

Gandler, Stefan (2020): Zum 10. Todestag des lateinamerikanischen Denkers Bolívar Echeverría (Riobamba 31. Januar 1941 - Mexiko-Stadt 5. Juni 2010). In: [amerika 21.de](http://amerika.21.de). Online einsehbar [hier](#).

Bolívar Echeverría 2021:

Für eine alternative Moderne. Studien zu Krise, Kultur und Mestizaje.

Argument Verlag + ariadne, Hamburg.

ISBN: 978-3867541114.

240 Seiten. 20,00 Euro.

Zitathinweis: Markus Hennig: Philosophieren in der Krise der Moderne. Erschienen in: Klima Katastrophe Kapitalismus. 62/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1728>. Abgerufen am: 11. 01. 2022 13:33.

Lizenzhinweise

Copyright © 2010 - 2022 kritisch-lesen.de Redaktion - Einige Rechte vorbehalten

Die Inhalte dieser Website bzw. Dokuments stehen unter der [Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz](#). Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie über unsere [Kontaktseite](#) erhalten.

Sämtliche Bilder sind, soweit nicht anders angegeben, von dieser Lizenzierung ausgeschlossen! Dies betrifft insbesondere die Abbildungen der Bücher und die Ausgabenbilder.

